Wege zur Wirklichkeit

Völkerflut und Völkerschwund

HEINRICH SCHADE



VOWINCKEL

WEGE ZUR WIRKLICHKEIT - Band 5
Herausgegeben vom Deutschen Seminar – München/Stuttgart

HEINRICH SCHADE

Völkerflut und Völkerschwund

Bevölkerungswissenschaftliche
Erkenntnisse und Mahnungen

Mit 20 Abbildungen

Neckargemünd 1974

KURT VOWINCKEL VERLAG

INHALT

ABBILDUNGEN

TABELLEN

I. VORWORT

Bevölkerungswissenschaft und Bevölkerungspolitik sind in Deutschland seit dem Kriege tabu; man wähnt sie mit machtpolitischen Erwägungen verknüpft. Andererseits aber wird weltweit Familienplanung propagiert, um die überseeischen Länder mit starker Bevölkerungszunahme vor Hungersnöten und sozialen Katastrophen zu bewahren; denn bei der zunehmenden Verflechtung der Weltwirtschaft und bei den Bemühungen um Entwicklungshilfe betreffen diese Gefahren mittelbar auch in hohem Maße die westeuropäischen Länder.
Aber auch innenpolitisch ist Bevölkerungswissenschaft von entscheidender Bedeutung, sogar für die Tagespolitik. Die Bevölkerungswissenschaft kann Aufschluß darüber geben, in welchem Umfang die konjunkturellen Verhältnisse durch Häufigkeit der Heiraten und der nachfolgenden Geburten beeinflußt werden, welche Anzahl von Studenten, Lehrlingen, Ärzten und Lehrern, Rentnern usw. in einem bestimmten Zeitabschnitt zu erwarten sind. Die Einrichtung von Studienplätzen, Schulen, Kindergärten muß danach vorausgeplant werden.
Die Bevölkerungswissenschaft läßt aber auch erkennen, welche Bedeutung Bevölkerungszahl und Bevölkerungsdichte auf die allgemeine gesellschaftliche und wirtschaftliche, aber auch auf die kulturelle Entwicklung haben. Im deutschsprachigen Raum, vielleicht auf längere Sicht auch in anderen westeuropäischen Ländern, zeichnet sich im Gegensatz zu der starken Zunahme überseeischer Bevölkerungen ein Geburtenrückgang ab, der für größere Völker der Neuzeit einzigartig ist.
In den 20er und 30er Jahren hat vor allem Friedrich BURGDÖRFER warnend auf den Geburtenschwund in Deutschland und auf seine Folgen hingewiesen. Schon damals war es ein Anliegen des Vowinckel-Verlages, durch einschlägige Veröffentlichungen auf den drohenden Bevölkerungsrückgang aufmerksam zu machen. In den „Wegen zur Wirklichkeit" wollen Verlag und Autor Tatsachen vorlegen, welche die heute ungleich ernstere Situation der Bevölkerungsentwicklung der Welt, Europas und der Deutschen ins Bewußtsein rufen.
Die Frage ist, ob Bevölkerungswissenschaft und -politik, sei es in kapitalistischen wie auch in sozialistischen Ländern, lediglich vom Gesichtspunkt der oekonomischen Verhältnisse, in denen der Mensch nur als Arbeitskraft in einem kollektiven System betrachtet wird, wirken sollen oder ob nicht auch die eigentlich menschlichen, kulturellen Ziele zu berücksichtigen sind. Besteht nicht die Gefahr, daß eine Verschmelzung der europäischen Bevölkerungen zu einer Entwurzelung der Menschen und damit zur Zerstörung des Restes der gemeinsamen europäischen Kultur führt?
Die vorliegende Schrift enthält bevölkerungswissenschaftliche Ausschnit-

te, die auf einer über 20 Jahre gehaltenen Vorlesung über Bevölkerungsbiologie gründen und durch aktuelle Daten ergänzt sind.
Im Weltbevölkerungsjahr mag sie allen Interessierten die grundlegenden Probleme, auch wenn sie unbequem sind, darlegen. In diesem Rahmen werden Fragen der Übervölkerung der Welt und der Bevölkerungsbewegung im deutschsprachigen Raum besonders hervorgehoben.

II. BEGRIFFE UND METHODEN

Bevölkerungswissenschaft und Bevölkerungslehre (Demographie) befassen sich nach dem von B. WINKLER herausgegebenen Demographischen Wörterbuch hauptsächlich in quantitativer Betrachtung mit dem Studium menschlicher Bevölkerungen, wobei Zahl, Gliederung und Entwicklung analysiert werden. Hierbei kommt es oft darauf an, Teilgruppen, etwa Frauen im gebärfähigen Alter oder Männer über 65 Jahre usw. im einzelnen zu erfassen. Die verschiedenen Bevölkerungstheorien setzen sich zum Ziel, Ursachen der Bevölkerungsentwicklung und ihre Beziehungen zu wirtschaftlichen, soziologischen und anderen Vorgängen zu klären.
Solche Lehren verbinden sich oft mit Erwägungen zu einer Bevölkerungspolitik als angewandter Wissenschaft, d.h. es werden Folgerungen aus den aufgestellten Bevölkerungstheorien gezogen. Ausgangspunkt für die Praxis ist die Bevölkerungsstatistik. Grundlage für eine Bevölkerungsstatistik sind einmal die an einem bestimmten Stichtag bei den Volkszählungen durchgeführten Erhebungen. Sie erstrecken sich nicht nur auf eine umfassende zahlenmäßige Feststellung, sondern oft sehr detailliert neben den persönlichen Daten auch auf die mit den Haushalten verbundenen Gegebenheiten, wie Wohnungsgröße, Eigentumswohnungen, Küche, Bad usw., die sie mehr oder weniger genau erfassen. Sodann besteht die Möglichkeit, aus den Registern der Standesämter und Einwohnermeldeämter zu einem bestimmten Stichtag oder laufend Angaben etwa über Geburten- und Sterbefälle zu erhalten, die Statistik also fortzuschreiben.
Um besonders detaillierte Unterlagen zu bekommen, kann man kleinere Gruppen (Zensus, Mikrozensus) untersuchen, die aber repräsentativ sein müssen, d.h. in allen ihren Gliederungseigenschaften der Gesamtpopulation gleichen sollen. Damit keine einseitige Auswahl erfolgt, müssen die Gemeinden, Haushalte und Personen nach dem Zufallsprinzip bestimmt werden.
Demographie kann sich speziell mit besonderen Teilaspekten befassen, z.B. sozialer Schichtung, Schulbildung (Gesellschaftsdemographie) oder mit populationsgenetischen Fragen, d.h. der Häufigkeit und Verteilung von Genen oder erblichen Merkmalen in der Bevölkerung (genetische Demographie).
Eine ganz neue Entwicklung der statistischen Bearbeitung wird sich anbahnen, wenn auf Grund der einzuführenden Register Computerauswertungen für viele Teilkomplexe und Hochrechnungen als Modelle für zukünftige Entwicklungen erstellt werden können.
Durch **Zählungen** werden die rohen Zahlen der Sterbe-, Geburten-, Heiratshäufigkeit usw. pro Jahr erfaßt.
Um die absoluten Zahlen besser vergleichbar zu machen, werden sie auf 1000 Personen der Bevölkerung bezogen. Diese Geburten-, Heirats-,

Sterbeziffern usw. geben also das Verhältnis einer statistischen Teilmasse zu einer anderen an, in diesem Fall also von Teilen der Gesamtpopulation. Als **Quote** bezeichnet man das Verhältnis einer Teilmasse zu einer Gesamtmasse, also etwa den Anteil der nichtehelichen Geburten an sämtlichen Geburten. **Proportionen** bedeuten endlich das Verhältnis von zwei Teilmassen zueinander, um beim Beispiel zu bleiben, das Verhältnis der nichtehelichen zu den ehelich geborenen Kindern oder etwa das Verhältnis der Mädchengeburten zu Knabengeburten. **Mortalität** bedeutet die Sterbeziffer in bezug auf die Gesamtpopulation, **Letalität** im medizinischen Sinne die Anzahl der Gestorbenen bezogen auf die Zahl der Erkrankten. Als **Säuglingssterblichkeit** wird die des 1. Lebensjahres, als **Frühsterblichkeit** die des ersten Lebensmonats bezeichnet. Es bedeuten jeweils **Geburten-, Sterbeziffer** usw. die Zahl der Geborenen oder Gestorbenen auf 1000 der Bevölkerung in einer Zeiteinheit, d.h. in einem Jahr. Ein **Geburtenüberschuß** bzw. **-defizit** ergibt sich aus der Differenz von Geburtenziffer und Sterbeziffer. Es zeigt sich aber, daß auch derartige „Ziffern" nicht streng miteinander vergleichbar zu sein brauchen. Dies beruht darauf, daß bei Vergleichen die statistischen Massen, hier „1000 Köpfe der Bevölkerung", in ihrer Gesamtheit gleichartige Einheiten darstellen müssen. Das ist jedoch nicht immer der Fall. Wenn in einer Bevölkerung relativ viele Frauen im nicht mehr gebärfähigen Alter leben, muß erwartungsgemäß die Geburtenzahl auf 1000 der Bevölkerung geringer sein.

Dies sei an einem Beispiel erläutert: in der Schweiz wurde bei einer früheren Statistik festgestellt, daß die Sterblichkeit unter den Geistlichen 19 ‰ betrug, unter den Eisenbahnern dagegen nur 17 ‰. Dies beruhte nicht darauf, daß die Geistlichen ein besonders gefährliches Leben führen, sondern daß ihr Durchschnittsalter 62,6 , das der Eisenbahner nur 43,2 Jahre bei dieser Erhebung betrug. Aus einsichtigen Gründen ist die Sterbeziffer besonders in kleineren Universitätsstädten mit zahlreichen Kliniken höher als in anderen Orten mit vergleichbarer Einwohnerzahl, weil natürlich auch zahlreiche Sterbende in diese Kliniken eingeliefert werden; Frauenkliniken vermindern, Kinderkliniken erhöhen in einem Ort die Sterblichkeit. Zeitungsveröffentlichungen über statistische Erhebungen betonen oft den angeblich günstigen Einfluß der Ehe auf die Lebenserwartung und die Gesundheit; denn Verheiratete leben durchschnittlich länger als Ledige. Die Sterblichkeit unter Ledigen ist aber deshalb größer, weil Schwererkrankte oft ledig bleiben und weil natürlich alle tödlich erkrankten Kinder ledig sind.

Um eine bessere Vergleichbarkeit der Ergebnisse herzustellen, kann man die Geburten pro Jahr auf 1000 Frauen im gebärfähigen Alter, d.h. zwischen 15 und 45 Jahren, errechnen: die **Fruchtbarkeitsziffer**. Diese kann – noch weiter differenziert – als altersspezifische Fruchtbarkeitsziffer bestimmt werden, etwa wenn man vergleichen will, wie hoch diese Ziffer zwischen

dem 21. und 25. Lebensjahr bei den deutschen und bei ausländischen Frauen in der BRD ist.

Die bedeutungsvolle **Nettoreproduktionsziffer** ist nach MACKENROTH „eine für einen geschichtlichen Augenblick geltende Kennziffer, die uns etwas aussagt über das in diesem Augenblick geltende Verhältnis der einzelnen demographischen Bewegungsvorgänge zueinander". Die Nettoreproduktionsziffer soll anzeigen, inwieweit die zum gegebenen Zeitpunkt geborenen Mädchen bei den gegebenen Sterbeverhältnissen ihre Mütter in der nächsten Generation ersetzen können. Ist diese Ziffer = 1, erhält sich der Bestand, sinkt sie unter 1, nimmt die Bevölkerung ab. Berechnungsbeispiele finden sich bei MACKENROTH.

Die Einbeziehung der **Heiratsziffer** in die Beschreibung der Bevölkerungsbewegung ist von Bedeutung, weil eine Heirat auch oft zugleich eine Geburt im folgenden Jahr bedeutet. Herabsetzung der Eheschliessungen z.B. in Kriegs- und Notzeiten hat die Verringerung der Geburtenzahlen zur Folge.

Nach Beendigung eines Krieges schnellt die Heiratszahl und damit die Geburtenzahl in die Höhe. Durch eine gestörte Geschlechtsproportion gehen die Heiraten zurück: da die Männer meist einige Jahre jüngere Frauen heiraten, sind diese bei Geburtenrückgang relativ in der Minderzahl (vgl. Abb. 5). Schwankungen in der Geburten- oder Heiratshäufigkeit haben nach rund 25 Jahren erneut einen Einfluß auf den Bevölkerungsaufbau (vgl. Abb. 5), weil wieder ein entsprechender Rückgang der Heiraten und Geburten eintritt.

Ein weiterer, häufig benutzter Begriff ist die **Bevölkerungsdichte,** welche die Anzahl der Bewohner auf den Quadratkilometer bezeichnet. Diese Angabe kann für manche Staaten in Teilgebieten sehr ungleiche Verhältnisse beschreiben: die Bevölkerungsdichte z.B. in den USA ist etwa im Staate New Jersey sehr viel größer als in New Mexiko (i. J. 1950 248 bzw. 2,2 Einwohner je km^2), oder in England größer als in Schottland.

Um nun festzustellen, inwieweit Bevölkerungen miteinander vergleichbar sind, muß man den Bevölkerungsaufbau ermitteln (Abb. 1). In einem Koordinatensystem werden von der Mitte der Basis aus entweder jahrgangsweise oder nach Gruppen von 5 Jahren nach links die männlichen Personen, rechts die weiblichen eingetragen. Nach der Besetzung der verschiedenen Altersgruppen ergeben sich dann verschiedene Grundformen des Altersaufbaues.

Eine **Pyramide** wird als bezeichnend für eine wachsende Bevölkerung angesehen, in welcher in jedem neu hinzukommenden Jahrgang die Basis sich durch zunehmende Geburtenzahl verbreitert. Andererseits könnte die seitlich schräg verlaufende Pyramidenform auch durch eine gleichmäßig starke Sterblichkeit hervorgerufen werden. Wenn die Zahl der Geburten von Jahr zu Jahr gleich bleibt, entsteht eine **Glockenform**, bei der sich an

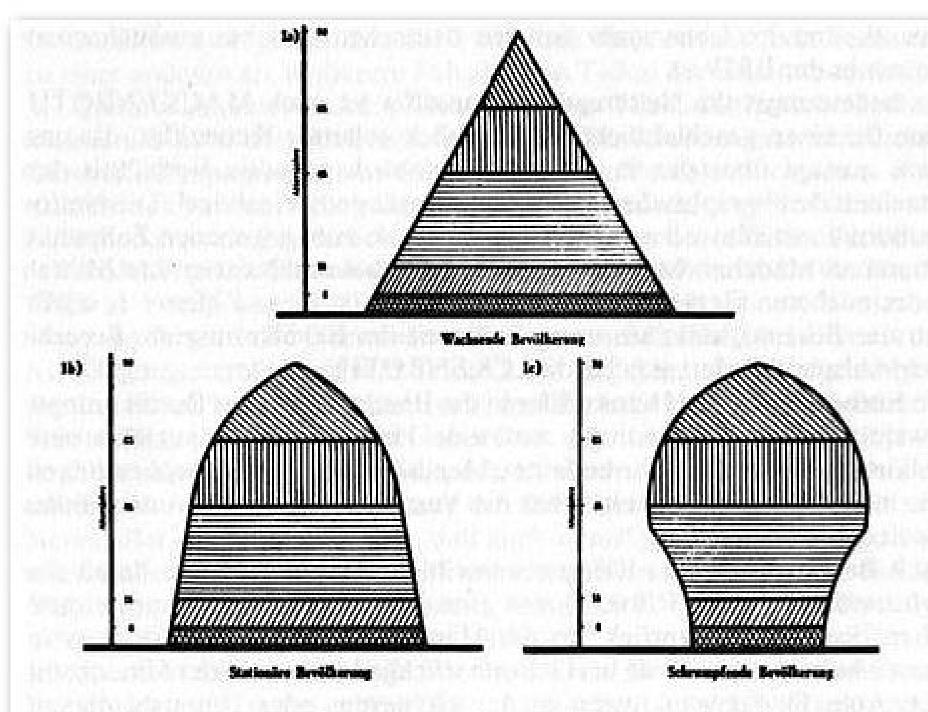


Abb. 1 Altersaufbau von Bevölkerung: Pyramidenform, Glockenform Urnenform. (aus MACKENROTH)

der Basis keine zunehmende Verbreiterung findet, es handelt sich also um eine stationäre Bevölkerung. Gehen aber die Geburten stark zurück, wird die Basis zunehmend schmaler; diese **Urnen-** oder **Zwiebelform** kennzeichnet eine schrumpfende Bevölkerung. In dieser ist z.B. der Anteil der 45- bis 65jährigen Frauen gegenüber den 15- bis 45jährigen ungleich größer, als dies bei der Pyramidenform der Fall ist. Es ist unschwer einzusehen, daß 1000 Personen einer Bevölkerung bei einem unterschiedlichen Altersaufbau statistisch etwas ganz Verschiedenes darstellen, und daß daher Vergleiche allein auf Grund der Geburtenziffern usw. zu einer unrichtigen Beurteilung führen müssen.

Im folgenden sollen einige Beispiele für unterschiedlichen Bevölkerungsaufbau gezeigt werden. Abb. 2 zeigt den pyramidenförmigen Bevölkerungsaufbau von Nordchina nach den Statistiken von 1929 bis 1931. Auf der rechten Seite findet sich bei den 10- bis 20jährigen Mädchen ein starkes Defizit gegenüber den Knaben. Dies beruht darauf, daß in diesen Zeiten starke Hungersnöte herrschten. Da männliche Nachkommen für das

Ansehen der Familie in China von großer Bedeutung waren, weibliche dagegen nicht, bedeutete dies offensichtlich für Hunderttausende von Mädchen den Tod, während Söhne überleben durften.

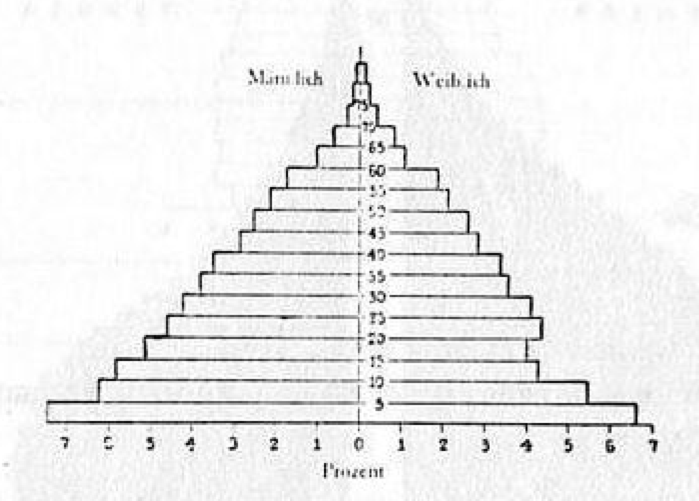


Abb. 2 Pyramidenform Nordchina 1929 – 31: ungleichmäßige Geschlechterverteilung der 10- bis 20jährigen durch Gewalteinwirkungen.

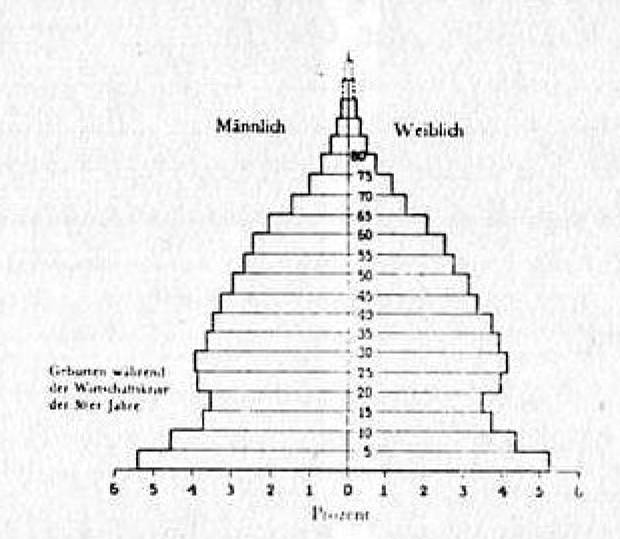


Abb. 3 Altersstruktur in den Vereinigten Staaten 1949.
Geburtenrückgang durch wirtschaftliche Einflüsse mit anschließender Geburtenzunahme

Auch der Aufbau der Vereinigten Staaten (Abb. 3) aus dem Jahre 1949 zeigt noch eine Pyramidenform, die aber in den Jahren 1929 bis 1932 eine starke Einschnürung zeigt, ein Zeichen dafür, daß ungünstige wirtschaftliche Zeiten einen Einfluß auf die Heiratshäufigkeit und die Anzahl der Geburten haben. Das Beispiel Englands (Abb. 4) aus dem Jahre 1931 weist eine beginnende Glockenform auf. An dem Beispiel aus der Bundesrepub-

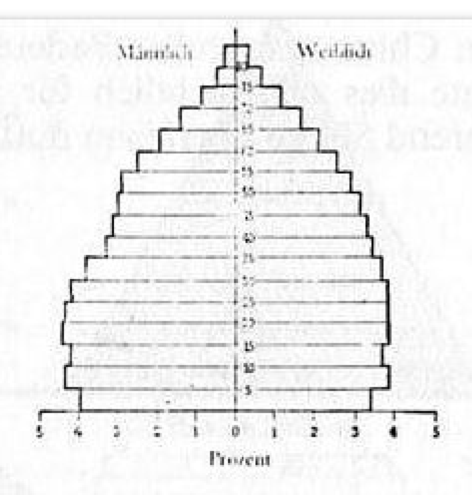


Abb. 4 Bevölkerungsaufbau England 1931.
Glockenformen mit Verschmälerung der Basis. Geburtenrückgang.

(Abb. 2–4 aus COOK)

lik (Abb. 5) finden sich die Einflüsse auf den Altersaufbau besonders ausgeprägt. Im ganzen zeigt sich eine Glockenform mit nach unten schon deutlich zunehmender Verschmälerung der Basis, d.h. ein Übergang zur Urnenform. Ein starker Einschnitt ist bei den jetzt 30jährigen durch den Geburtenausfall gegen Ende des 2. Weltkrieges vorhanden, der Einschnitt des Geburtenausfalls des 1. Krieges ist zu den Altersklassen der 50- bis 60jährigen heraufgerückt. Die Verluste des 1. Weltkrieges finden in einer flachen Einbuchtung auf der Männerseite ihren Ausdruck, während sich rechts ein starker Frauenüberschuß abzeichnet, der natürlich auf Heirats- und Geburtenhäufigkeit einen starken Einfluß gehabt hat. Bei den 40jährigen zeigt sich ein Einschnitt durch die Wirtschaftskrise von 1930 und danach ein deutlicher Anstieg der Geburtenhäufigkeit in den 30er Jahren. Aus der Abbildung wird außerdem – wie bereits auf S. 11 erwähnt – deutlich, daß bei Geburtenrückgang Männer im heiratsfähigen Alter, die 5 Jahre älter sind als Frauen, in größerer Zahl vorhanden sein müssen als weibliche Personen. Dies wird bei den 30jährigen deutlich erkennbar und hat natürlich eine Bedeutung für die jeweiligen Heiratschancen in beiden Geschlechtern.
Der Bevölkerungsaufbau ist von großer Bedeutung für wirtschaftliche Verhältnisse. Die Besetzung der Altersklassen vom 21. bis 65. Jahr gibt die Zahl der Arbeitsfähigen an, denen die unter 21jährigen und über 65jährigen als im Wesentlichen nicht Verdienende und zu Versorgende gegenüberstehen. Man kann aus der Altersstruktur die Zahl der zu erwartenden Heiraten und Kinder ableiten, den Bedarf an Wohnungen, Schulen, Konsumgütern, Wohnungseinrichtungen, Kinderwagen, Spielzeug usw.

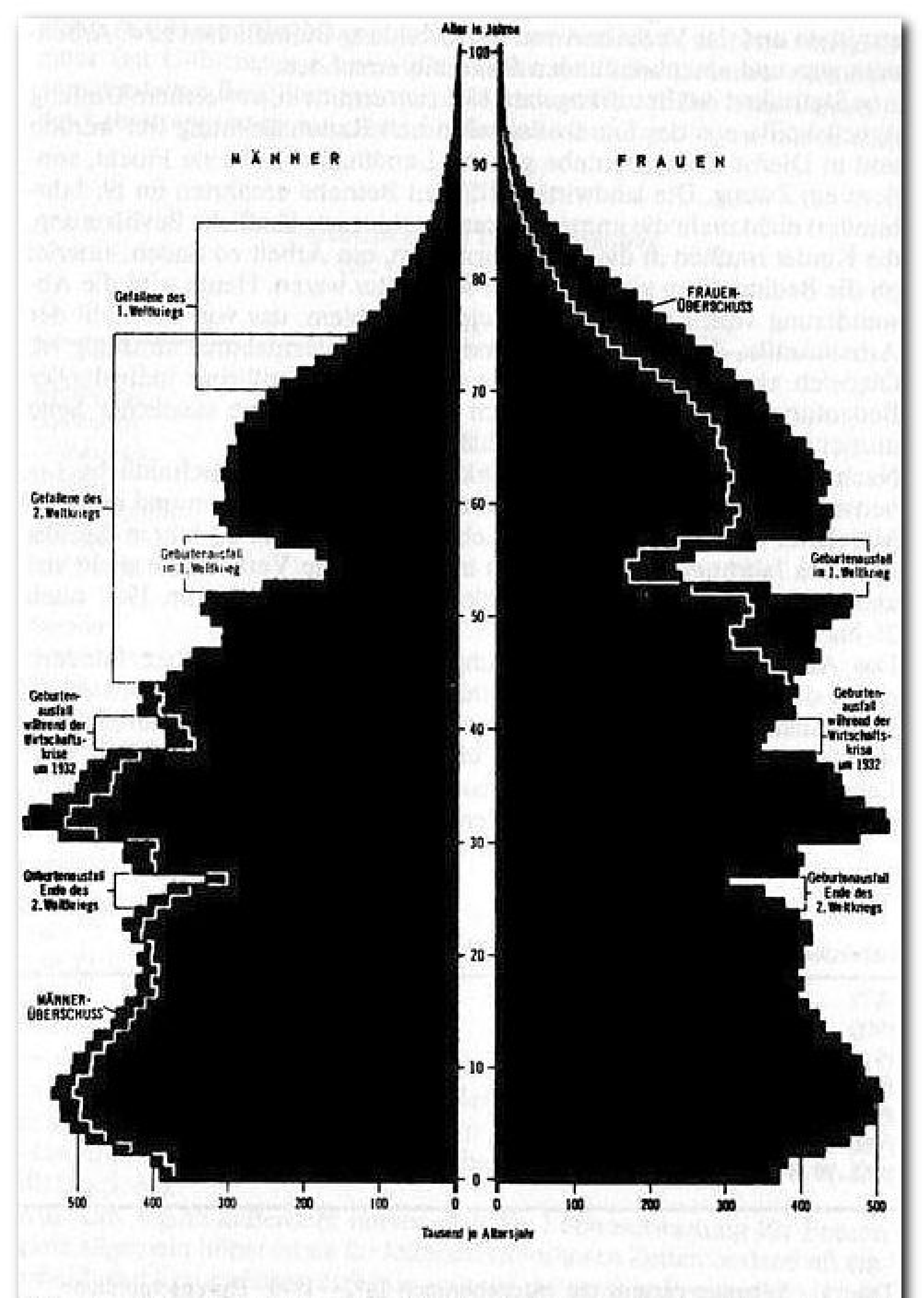


Abb. 5 Altersaufbau nach Familienstand und Geschlecht der BRD 1971 (aus Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1973)

ermitteln und das Verhältnis von in Ausbildung Befindlichen bzw. Arbeitnehmern und einzuberufenden Rekruten errechnen.
Aus Statistiken mit Berufsangaben läßt sich ermitteln, in welchem Umfang Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft durch Rationalisierung frei werden und in Dienstleisungsbetriebe gehen. „Landflucht" ist keine Flucht, sondern ein Zwang. Die landwirtschaftlichen Betriebe ernährten im 19. Jahrhundert nicht mehr die immer stärker zunehmende ländliche Bevölkerung, die Kinder mußten in die Stadt abwandern, um Arbeit zu finden, einerlei ob die Bedingungen günstiger oder schlechter waren. Heute wird die Abwanderung vom Land erneut zu einem Problem, das von der Zahl der Arbeitskräfte, ihrer Entlohnung und damit der Rentabilität abhängig ist. Obgleich eine Berufsprognose, die doch von wesentlicher individueller Bedeutung ist, weitgehend möglich wäre, wird sie von staatlicher Seite immer noch überraschend vernachlässigt.
Nach dem Rückgang der Sterblichkeit nimmt die durchschnittliche Lebenserwartung stark zu. Man nimmt an, daß im alten Rom und auch im Mittelalter die durchschnittliche Lebenserwartung bei 20 Jahren lag. Bis in dieses Jahrhundert hinein lagen in Übersee die Verhältnisse nicht viel anders. In Indien betrug die mittlere Lebenserwartung um 1940 noch 25 bis 30 Jahre.
Das Ansteigen der Lebenserwartung in den westeuropäischen Ländern ergibt sich aus dem Beispiel Deutschlands (Tab. 1). Dieser außerordentlich steile Anstieg beruht im wesentlichen darauf, daß die Säuglingssterblichkeit stark zurückgegangen ist. Wenn ein Viertel der Geborenen nur eine Lebenserwartung von einem Jahr hat, wird dadurch der Mittelwert natürlich entscheidend gesenkt. Der Verlauf der Sterblichkeitskurve war vor

Lebenserwartung	der Männer	der Frauen
1872	35,2 Jahre	38,0 Jahre
1900	45,0 Jahre	47,2 Jahre
1910	47,4 Jahre	48,11 Jahre
1925	56,0 Jahre	58,61 Jahre
1933–1935	59,86 Jahre	62,61 Jahre
1960–1962	66,86 Jahre	72,39 Jahre
1968–1970	67,25 Jahre	73,44 Jahre

Tab. 1 Lebenserwartung der Neugeborenen 1872 – 1970: Durchschnittliche höhere Lebenserwartung der Frauen.
(aus SCHENK, ergänzt aus Statistisches Jahrbuch der BRD.)

allem in früheren Bevölkerungen nicht kontinuierlich, sondern entsprach einer fast U-förmigen Kurve. Die durchschnittliche Lebenserwartung in verschiedenen Bevölkerungen ergibt sich aus Tab. 2. Die hohe Zunahme der Lebenserwartung hat eine erhebliche Bedeutung, die, wie mir scheint,

Durchschnittliche Lebenserwartung
(bei Geburt, in Jahren)[1])

	Männer	Frauen
Norwegen	71	76
Schweden	71,6	75,7
Frankreich	68,2	75,4
USA	67	74,2
Großbritannien	68,1	74,2
Kanada	68,4	74,1
BR Deutschland	67,6	73,6
Japan	68,4	73,6
Spanien	67,3	71,9
Argentinien	63,7	69,5
Mexiko	57,6	60,3
Chile	49,8	53,9
VAR (Ägypten)	51,6	53,8
Pakistan	53,7	48,8
Indien	41,9	40,6
Nigeria	37,2	36,7

[1]) Unterschiedliche Ermittlungsjahre.

Tab. 2 Durchschnittliche Lebenserwartungen in verschiedenen Ländern. (aus PULTE. „Die Welt in Zahlen")

zu wenig beachtet wird: sie führt dazu, daß gleichzeitig drei Generationen nebeneinander leben. Die Zahl der Menschen wird dann nicht nur durch größere Geburtenzahlen, sondern auch durch den größeren Anteil älterer Menschen wesentlich erhöht. (Einzelheiten der Lebenserwartung in der BRD s.S. 84).

Aus Tab. 1 geht außerdem hervor, daß die Lebenserwartung für Frauen ganz allgemein höher ist als für Männer. In früheren Zeiten bestand oft ein erheblicher Frauenüberschuß, wie er heute nur noch in Westberlin vorhanden ist (vgl. S.94). So kamen im Jahre 1452 auf 1000 Männer in Basel 1249 Frauen, im Jahre 1637 in Zürich 1309 Frauen. Im 13. und 14. Jahrhundert

bestand ein Verhältnis von 100 : 120. Zwar waren die Frauen durch Kindbettfieber in früheren Zeiten stark gefährdet, die Verluste der Männer waren demgegenüber durch kriegerische Ereignisse, Streitigkeiten usw. sehr viel höher. Der Zwang zur Ehelosigkeit für viele Frauen hatte natürlich einen großen Einfluß auf die soziologischen Verhältnisse. Frauenüberschuß führte zur Gründung zahlreicher Nonnenklöster; er kann sowohl zur Unterdrückung der Frau und damit zu verbreiteter Prostitution, als auch zur Emanzipation, je nach den sozialen und wirtschaftlichen Gegebenheiten der Zeit führen. Die höhere Sterblichkeit der männlichen Individuen betrifft heute die pränatale, perinatale und postnatale Zeit, die Zeit vor, während und unmittelbar nach der Geburt sowie den ganzen Lebensverlauf. Früher meinte man, daß diese Männerübersterblichkeit auf übermäßigem Nahrungs- und Alkoholkonsum, auf stärkerem Arbeitsstress und größerer Unfallhäufigkeit beruhen. Auch die Annahme, daß rezessiv gonosomal erbliche Erkrankungen die Übersterblichkeit bewirkten, reicht nicht aus, diese zu erklären. Es ist naheliegender, eine in der männlichen Konstitution liegende Neigung zur früheren Alterung – etwa der Blutgefäße – als Ursache zu vermuten. Ilse SCHWIDETZKY bezeichnet danach zu Recht die Männer als das biologisch schwächere Geschlecht.
Häufig wird die Auffassung vertreten, es genüge, daß in jeder Ehe zwei Kinder geboren würden, um den Bestand der Bevölkerung zu erhalten. In der Tab. 3 sind zwei Annahmen dargestellt, aus denen hervorgeht, daß zwei Geburten pro fruchtbare Ehe selbstverständlich nicht genügen. Wenn man von einem Ausgangsbestand von 100.000 Mädchengeburten ausgeht, ist zu erwägen, daß bis zum heiratsfähigen Alter bereits ein – wenn auch nur geringer – Prozentsatz verstorben sein wird. Größer ist der Prozentsatz der Frauen, die bis zum 40. Lebensjahr nicht heiraten. Unter diesen

	MODELL 1		MODELL 2
von 100 000	3000 bis 16 J. gestorben	von 100 000	3000 bis 16 J. gestorben
97 000	85 % bis 40 J. verheiratet	97 000	90 % bis 40 J. verheiratet
82 450	davon 12 % unfruchtbar	87 300	davon 10 % unfruchtbar
72 556	= eheliche Fruchtbarkeit	78 570	= eheliche Fruchtbarkeit
100 000	Mädchen	100 000	Mädchen
	Geburten auf 100 000		Geburten auf 100 000
+ 106 000	Knaben Mädchen bzw. Ehepaare	+ 106 000	Knaben Mädchen bzw. Ehepaare
= 206 000	2,8 Kinder je fruchtbare Ehe	= 206 000	2,6 Kinder je fruchtbare Ehe

Tab. 3 Modell für die Mindestzahl ehelicher Lebendgeburten von 100 000 Mädchen eines Geburtsjahrganges zur Bestandserhaltung der Bevölkerung.

befinden sich natürlich auch alle die, welche aus konstitutionellen und gesundheitlichen Gründen nicht zur Heirat kommen. Die Ehen der verheirateten Frauen sind dann noch zu einem beträchtlichen Anteil unfruchtbar. Nach dem Beispiel leben von den 100.000 Mädchengeburten noch 72.556 bzw. 78.570 in einer fruchtbaren Ehe. Von diesen müssen dann 100.000 Mädchen und, weil auf diese 106.000 Knaben kommen, insgesamt 206.000 Kinder, also 2,8 bzw. 2,6 Kinder pro ehelich fruchtbare Familie geboren werden. Wenn man hierbei noch 1 bis 2 % Totgeburten und etwa 5 % nichteheliche Geburten berücksichtigt, müßten im günstigsten Fall durchschnittlich 2,2 Kinder pro fruchtbare Ehe zur Bestandserhaltung geboren werden. Diese durchschnittliche Zahl bedeutet aber, daß bei Zunahme von Ein-Kind-Ehen entsprechend mehr Frauen zum Ausgleich 3 Kinder haben müßten.

Um die früheren generativen Verhältnisse in Europa und die heutigen in manchen Ländern in Übersee verständlich zu machen, sei auf eine Bevölkerungsuntersuchung in einer deutschen ländlichen Bevölkerung hingewiesen, die vom 17. bis ins 20. Jahrhundert reicht (Tab. 4). Die Bearbeitung umfaßt nur die generativ abgeschlossenen Ehen, d.h. die Erst-Ehen der Frauen, die das 45. Lebensjahr bei Lebzeiten ihres Mannes erreichten. Unter 4111 Ehen fanden sich nur 1845, die in dieser Weise als

Heiratsalter der Frau	Zahl der generativ abgeschlossenen Ehen	Kinderzahl in den generativ-abgeschlossenen Ehen in Prozenten															
		kinderl.	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
—18	76	1,3	1,3	3,9	2,6	10,5	5,3	10,5	14,5	15,8	10,5	6,8	6,8	6,8	1,3	—	2,6
19—20	139	1,4	3,6	2,2	3,6	6,5	6,5	10,1	14,4	12,2	14,4	11,5	5,0	3,6	1,4	0,7	1,4
21—22	232	2,6	1,7	2,6	8,2	14,2	11,2	10,3	10,8	10,8	13,8	5,2	4,7	1,3	—	0,4	—
23—24	288	2,4	2,4	8,0	11,8	8,3	9,0	12,9	16,3	11,5	5,6	3,8	3,8	0,7			
25—26	301	2,3	5,0	5,3	12,6	11,0	13,3	15,9	16,3	11,0	3,7	2,3	1,3				
27—28	252	3,2	8,7	8,3	14,7	6,3	15,5	19,8	13,1	5,2	2,8	1,6	0,8				
29—30	176	6,8	5,7	9,1	21,6	19,9	15,9	11,9	5,1	2,8	1,1	—	—				
31—32	145	8,3	11,7	12,4	17,9	22,1	14,5	6,2	3,4	2,1	0.7	—	0,7				
33—34	71	7,0	15,5	21,1	26,8	16,9	9,9	1,4	—	1,4	—						
35—36	47	12,8	17,0	31,9	12,8	14,9	6,4	2,1	—	—	2,1						
37—38	47	21,3	21,3	34,0	19,1	4,3	—										
39—40	34	35,3	26,5	26,5	5,9	2,9	2,9										
41—45	37	59,5	24,3	10,8	5,4	—	—										
Zus.	1845	6,0	6,9	9,2	13,0	11,5	11,6	11,5	10,8	7,7	5,3	3,0	2,2	0,8	0,2	0,1	0,2

Tab. 4 Heiratsalter und Kinderzahl in einem bäuerlichen Zensus (Schwalm) in generativ abgeschlossenen Ehen in Prozenten. Erläuterung im Text. (aus SCHADE)

generativ abgeschlossen gelten können. Bei frühem Heiratsalter sind hohe und sehr hohe Kinderzahlen häufig. Frauen, die bis zu 20 Jahren einschließlich heirateten, hatten in fast 25 % zehn und mehr und in 50 % acht und mehr Kinder. Bei vielen Frauen dürfte damit das physiologisch überhaupt Mögliche erreicht sein. Bei einem Heiratsalter von 25 bis 26 Jahren, das am stärksten besetzt ist, hatte noch über die Hälfte der Frauen 6 und mehr Kinder. Es ist bemerkenswert, daß auch bei höherem Heiratsalter, so von 35 bis 36 Jahren, noch 25% der Frauen vier und mehr, 40 % drei und mehr und 70 % zwei und mehr Kinder hatten. Auch diese Geburtenhäufigkeiten dürften sich der Grenze physiologischer Möglich-

Jahrzehnt nach	Sterbeziffer	Geburtenüberschuß	Sterblichkeit ohne Totgeburten		
	Schwalm		Preußen	Schleswig-Holstein	Hannover
1600	27,1	(+ 42,1)			
1610	50,6	+ 10,1			
1620	51,6	+ 5,6			
1630	60,7	— 11,9			
1640	46,5	+ 5,0			
1650	28,6	+ 22,6			
1660	27,3	+ 12,6			
1670	31,3	+ 14,2			
1680	32,2	+ 9,1			
1690	31,1	+ 6,0			
1700	26,8	+ 10,5			
1710	29,0	+ 9,4			
1720	27,8	+ 2,1			
1730	28,7	+ 0,8			
1740	31,3	+ 3,7			
1750	32,9	— 3,0			
1760	33,4	— 0,2			
1770	27,4	+ 2,0			
1780	29,2	+ 2,3			
1790	31,4	+ 2,4			
1800	32,1	+ 5,8			
1810	30,6	+ 6,9	28,5		
1820	27,8	+ 6,4	28,0		
1830	27,4	+ 7,4	30,0		
1840	30,1	+ 5,3	29,0	21,3	23,2
1850	30,9	+ 2,2	28,9	20,2	22,8
1860	33,1	— 0,9	28,9	20,6	22,9

Tab. 5 Sterbeziffern und Geburtenüberschuß in einem bäuerlichen Zensus (Schwalm). (aus SCHADE)

keit genähert haben. Andererseits war die Zahl der sterilen bzw. kinderlosen Ehen und der Ehen mit Ein-Kind-Sterilität sehr gering. Das bedeutet also: auch in Europa haben ähnliche Fortpflanzungsverhältnisse geherrscht, wie sie heute noch in Übersee zum Teil verbreitet sind. Die Sterbeziffern lagen auch in europäischen Bevölkerungen zum Teil äußerst hoch, wie dies aus der Tab. 5 hervorgeht. In den Seuchenjahren des dreißigjährigen Krieges war die Sterblichkeit besonders hoch. Auch die amtliche preußische Statistik weist noch 1860 eine Sterbeziffer von fast 30 ‰ auf. Die Frühsterblichkeit, d.h. die Sterblichkeit auf 100 Lebendgeburten in den ersten fünf Lebensjahren, betrug um 25 %, sie betrug im dreißigjährigen Krieg sogar 36,3 %.
Auch die preußische Statistik weist für 1890 noch eine Säuglingssterblichkeit im ersten Lebensjahr von 20,3 % der geborenen Kinder auf. In überseeischen Ländern, z.B. in Afrika, betrug die Säuglingssterblichkeit besonders in endemischen Gebieten über 50 %, so z.B. 1932 in Kamerun noch 65 %. Wir können uns heute keine Vorstellungen mehr davon machen, mit welch fatalistischer Einstellung die häufigen Geburten und die Todesfälle von den Menschen des Mittelalters bis in die Neuzeit hinein hingenommen wurden, zumal die Ursachen des Sterbens und der Seuchen nicht bekannt waren: „Der Herr hat's gegeben, der Herr hat's genommen."

Die ganze Bedeutung der Hygiene für den Rückgang der Sterblichkeit ist nur zu erfassen, wenn man einige Daten über die früheren Verhältnisse kennt. Es seien daher Angaben aus SCHENK eingefügt. Man hat gesagt, daß die Geschichte der Malaria die Geschichte der von ihr beherrschten Völker sei. Zahlreiche Kriegszüge in Italien kamen durch die Malaria zum Erliegen. Die dichtbesiedelte römische Campagna war zeitweise völlig verödet. Das Fleckfieber hat in Kriegszeiten eine geradezu vernichtende Bedeutung gehabt, so vom Dreißigjährigen bis zu den beiden Weltkriegen unseres Jahrhunderts. Von 1919 – 22 sollen noch 3 Millionen Menschen in der Sowjetunion an Fleckfieber gestorben sein. Noch Anfang dieses Jahrhunderts war die Tuberkulose eine Volksseuche. 1880 starben an Tuberkulose in Deutschland 3,6 ‰ der Einwohner (= 165.600 Personen), im Jahr 1900 noch 2,25 ‰, 1971 nur noch 0.071 ‰. Die Pocken, die um das Jahr 600 nach Europa gekommen sein sollen, töteten im 18. Jahrhundert 11,4 % der Einwohner, meist Kinder, 95 % der Menschen erkrankten an ihnen. Nach SÜSSMILCH waren in Berlin im Jahre 1766 22,8 % der Sterbefälle durch Pocken verursacht. 1873 starb in Preußen rund eine Million Menschen an Pocken; es war dies der triftige Grund zur Einführung der Impfgesetze. Noch 1892 starben in Hamburg an der Cholera 9200 Menschen in 4 Wochen. Es sei nur noch an die vernichtenden Epidemien von Pest und Fleckfieber erinnert.
Die Befreiung der Menschheit von den Seuchen erfolgte vor allem durch die Entdeckung der Infektionserreger, so z.B.

des Europäischen Rückfallfiebers (OBERMEIER 1868)
des Milzbrands (KOCH-POLLENDER 1871)
der Gonorrhoe (NEISSER 1879)
des Typhus (EBERTH-GAFFKY 1880 – 1884)
der Tuberkulose (KOCH 1882)
der Cholera (KOCH 1882)
der Diphtherie (LÖFFLER 1884)
des Tetanus (NIKOLAIER 1885)
der Syphilis (SCHAUDINN-HOFFMANN 1905)
der Pocken (PASCHEN 1906)

III. BEISPIELE VON BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNGEN

An dem Beispiel der Bevölkerungsentwicklung in Deutschland von 1850 bis 1950 sollen die allgemeinen Probleme der Bevölkerungsentwicklung dargelegt werden (Abb. 6).

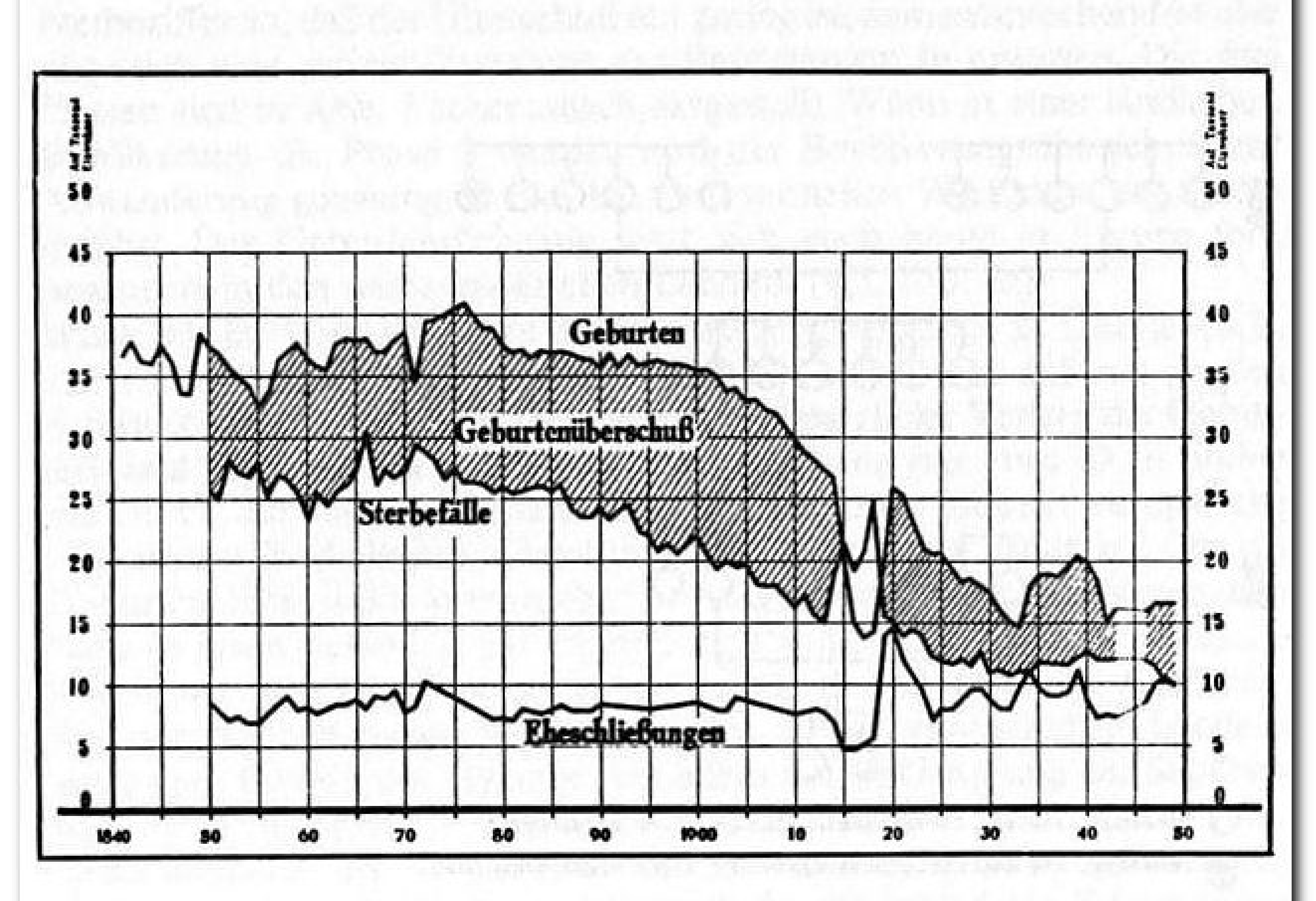
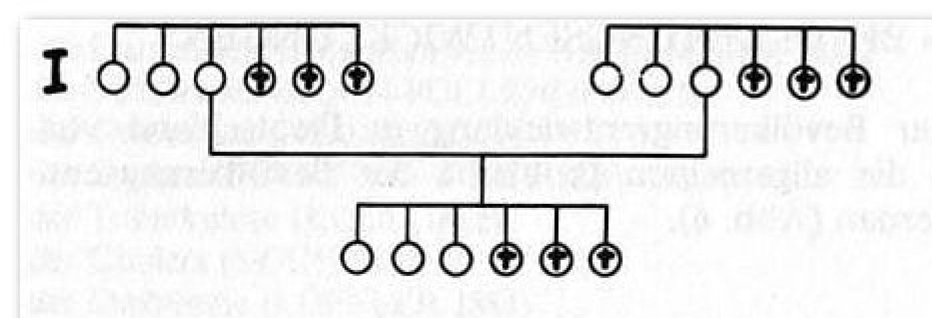
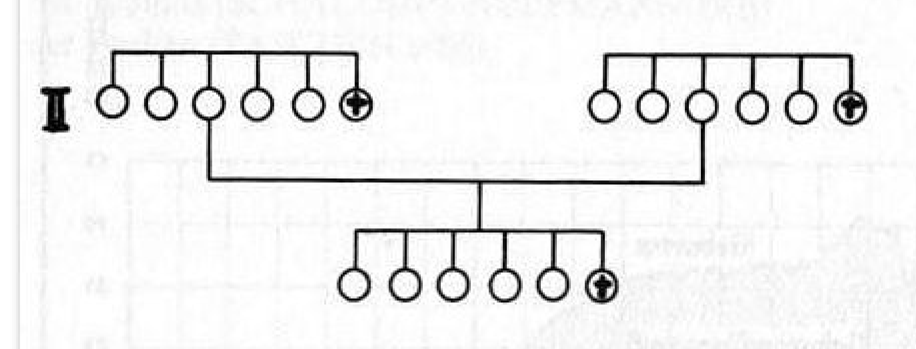
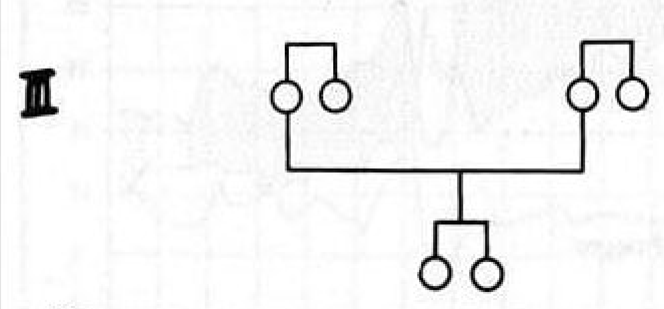


Abb. 6 Bevölkerungsbewegung in Deutschland 1850 bis 1950 (aus MACKENROTH)

Um die Mitte des vorigen Jahrhunderts liegt die Geburtenziffer (Geburten auf 1000 der Bevölkerung) um 35, in den Jahren nach der Einigung des Deutschen Reiches steigt sie auf 40 an. Von da ab sinkt sie zunächst langsamer, dann schneller bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges auf 25. Durch die heimkehrenden Soldaten und die große Zahl der Eheschließungen nach dem Ersten Weltkrieg steigt die Geburtenziffer noch einmal auf 25, sinkt dann aber rasch bis auf 15 im Jahre 1932; dem folgt ein erneuter Anstieg bis über 20; nach dem Zweiten Weltkriege liegt die Geburtenziffer zwischen 16 bis 18.
Die Sterbeziffer verläuft zunächst mit Schwankungen um 25 bis 30 und sinkt dann kontinuierlich bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges auf 15 ab, heute liegt die Sterbeziffer bei 11,5. In einer ersten Periode bis 1870 findet sich dementsprechend ein Überschuß der Geburtenziffer gegen-







Personen, die das fortpflanzungsfähige Alter erreichen

Personen, die das fortpflanzungsfähige Alter nicht erreichen

Abb. 7 Schema der Fortpflanzungstypen (aus SCHADE)
I Hohe Geburtenzahl, hohe Sterblichkeit
II Hohe Geburtenzahl, geringe Sterblichkeit
III Geringe Geburtenzahl, geringe Sterblichkeit

über der Sterbeziffer (Geburtenüberschuß) von etwa 10, z.T. auch erheblich niedriger, im Abschnitt nach 1870 weichen Geburten- und Sterbeziffern zunächst stärker auseinander, so daß sich um 1900 ein Geburtenüberschuß um 14 ergibt. Da die Geburtenziffer dann schneller sinkt als die Sterbeziffer, haben sich die Kurven 1914 bereits einander genähert. Der tiefe Einschnitt 1915 und in den folgenden Jahren beruht auf den Kriegsverlusten. Die Abbildung zeigt also, daß in einer ersten Phase ein annähernd paralleler Verlauf der Geburten- und Sterbeziffern bei mäßi-

gem Überschuß zu einem mittelstarken Ansteigen der Bevölkerungsziffer führt. In einer zweiten Phase sinkt dann infolge der verbesserten hygienischen Verhältnisse die Sterbeziffer ab, die Geburtenziffer bleibt noch hoch, so daß ein erhöhter Geburtenüberschuß auftritt, der zu einer starken Vermehrung der Bevölkerung führt: „die Bevölkerungsschere" öffnet sich. In der dritten Phase nähert sich die Geburtenziffer so weit der Sterbeziffer an, daß der Überschuß nur gering ist, dementsprechend ist also nur noch eine geringe Zunahme der Bevölkerung zu erwarten. Die drei Phasen sind in Abb. 7 schematisch dargestellt. Wenn in einer ländlichen Bevölkerung die Phase 2 eintritt, wird der Bevölkerungsüberschuß zur Abwanderung gezwungen: dies hat zum schnellen Wachstum der Städte geführt. Der Geburtenrückgang setzt sich auch heute in Europa fort, besonders in den westeuropäischen Ländern (vgl. Tab. 6a).

Wenn wir im Vergleich dazu die Bevölkerungsvorgänge in Übersee, z.B. auf Taiwan* (Formosa) verfolgen (Abb. 8), sehen wir, daß mit großen Schwankungen noch bis 1920 ein annähernd paralleler Verlauf der Geburten- und Sterbeziffern mit einem Überschuß von nur etwa 10 zu finden ist. Durch die Japaner werden dann auf Formosa indirekt europäische hygienische Verhältnisse eingeführt. Die Sterbeziffer sinkt auf 20, die Geburtenziffer sinkt aber nicht, sie steigt sogar noch an, wir haben dadurch einen hohen Geburtenüberschuß von 25. Derartige Verhältnisse finden wir in vielen überseeischen Ländern und früheren Kolonien. Wie wir gesehen haben, geht genau wie in den europäischen Ländern unter dem Einfluß der Hygiene, vor allem der Bekämpfung der Seuchen und der Säuglingssterblichkeit, die Sterbeziffer rasch zurück, und zwar noch schneller als in Europa, wo die entsprechenden hygienischen Methoden erst entwickelt werden mußten, während diese Erkenntnisse und Methoden nach Übersee bereits in vollem Umfange „exportiert" werden konnten.

Während die Sterbeziffer durch äußeren Einfluß stark zurückgeht, bleibt die Bevölkerung doch bei ihrem bisherigen Fortpflanzungsverhalten. In nicht wenigen Ländern steigt infolge der günstigeren hygienischen Verhältnisse für die Frauen die Geburtenziffer zunächst sogar noch an. Geburten- und Sterbeziffern klaffen also weit auseinander. Die bevölkerungspolitische Frage dieses Jahrhunderts ist danach: Werden die überseeischen Völker die generative Verhaltensweise, wie sie sich in den westeuropäischen Ländern durchgesetzt hat, im Laufe der Jahrzehnte übernehmen, und wie schnell wird dies vor sich gehen?

Zweifellos hat die westeuropäische Bevölkerungsweise eine starke Ausstrahlungskraft. Auch in Osteuropa, wo die Geburtenziffer noch lange bei

* Taiwan wird heute im Demographic Yearbook der UNO nicht mehr aufgeführt.

30 - 40 lag, geht diese stark zurück. In der UdSSR betrug die Geburtenziffer im Jahre 1970 noch 17,8, der Überschuß 9,6‰, die jährliche Wachstumsrate insgesamt 1,1 %, im europäischen Teil 0,9 %. Im Jahre 1926 betrug der Überschuß bei einer Geburtenziffer von 44.0 noch 23.7 (im Jahre 1958 noch 25.0 bzw. 17,5). Die Bevölkerungsdichte liegt mit 11pro km² ähnlich niedrig wie in den USA, allerdings auch mit erheblichen regionalen Unterschieden: im europäischen Rußland 33, allein in der Ukraine mit 79 und in Asien mit nur 4 Einwohnern auf den km². In Sowjetrußland

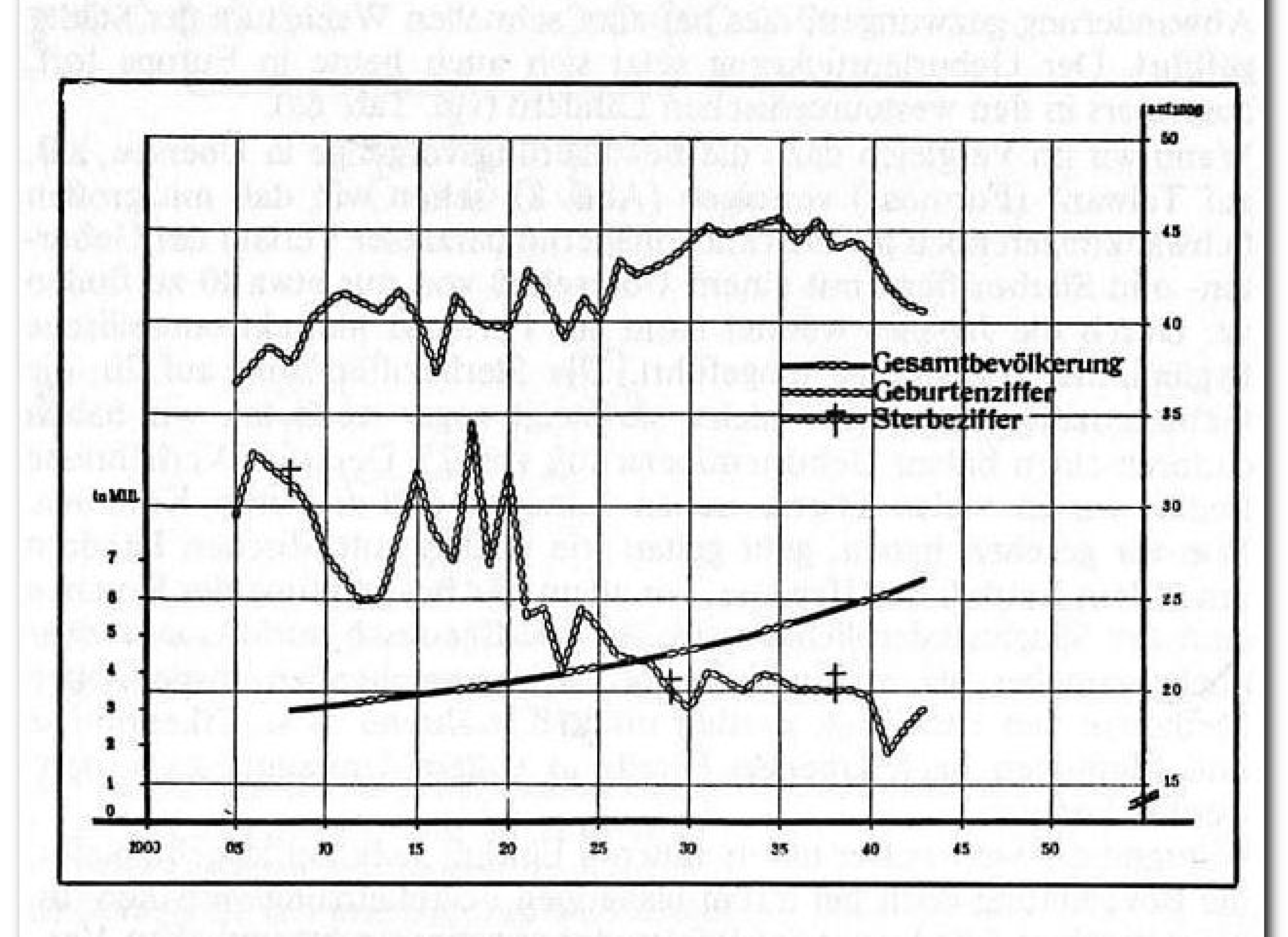


Abb. 8 Geburten- und Sterbeziffern Formosa (Taiwan) 1905 – 1943 als Beispiel der „Öffnung der Bevölkerungsschere". Entsprechende Zunahme der Gesamtbevölkerung. (aus MACKENROTH)

ist eine außerordentlich starke Zunahme von Großstädten mit starker Industrialisierung eingetreten, unter 185 Städten mit über 100.000 Einwohnern finden sich im Jahr 1970 neun mit über einer Million Einwohnern. Die Bevölkerungszahl Rußlands ist von 39 Mill. im Jahre 1800 im Jahre 1933 auf 133 Mill., im Jahre 1939 auf 194 Mill. und auf 242 Mill. Einwohner im Jahre 1970 gestiegen.

Das eindrucksvollste Beispiel für den Rückgang der Geburtenziffer bietet Japan (Abb. 9). Hier wurde das Gleichgewicht der Bevölkerungszahl durch Jahrhunderte durch konsequente Kindstötung erhalten. Ein Japaner (HONDO, zit. aus DEMOLL) schrieb z.B., daß es keinen Unterschied zwischen dem Wegwerfen von Neugeborenen und dem Entwurzeln von Unkraut gegeben habe. Im 19. Jahrhundert kam es mit der Öffnung Japans zu einer Humanisierung und damit zu außerordentlich starker Bevölkerungszunahme. Im Zeitraum von 1935/37 bis 1955/60 sank dann die

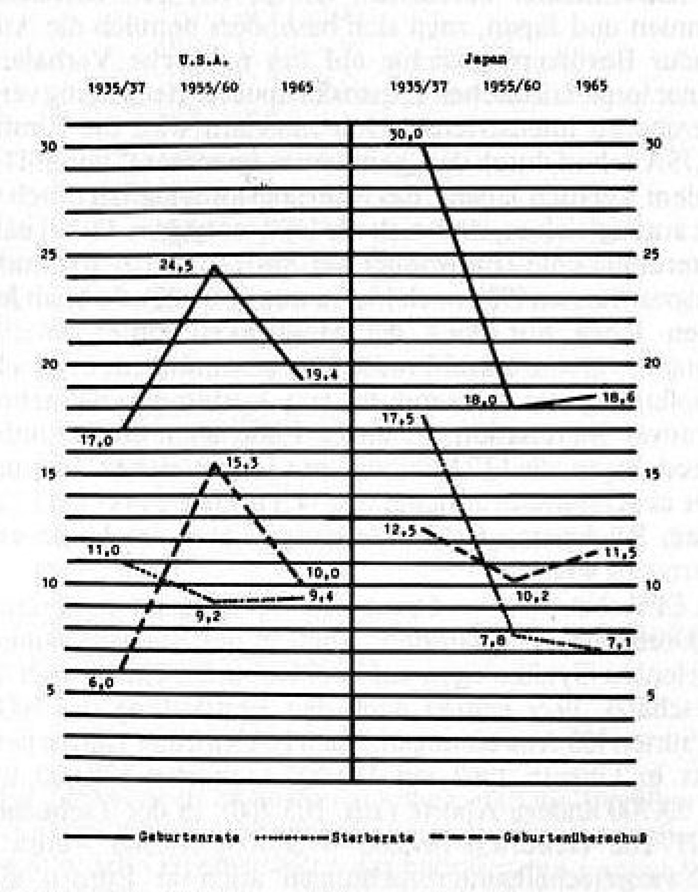


Abb. 9 Geburtenüberschuß in den USA und JAPAN

Geburtenziffer in Japan von 30,0 auf 18,0. Da die Sterbeziffer infolge weiter zunehmender günstiger hygienischer Verhältnisse weiter absank, ist jedoch die Verringerung des Geburtenüberschusses relativ gering (12,5 auf 10,2).

Im Vergleich dazu zeigt Abb. 9, daß in den USA im gleichen Zeitraum die Geburtenziffer von 17,0 auf 24,5 anstieg; die entsprechende Zunahme des Geburtenüberschusses von 6,0 auf 15,3 ist beträchtlich.
Wie ist dieser einmalig rasche Geburtenrückgang in Japan zu erklären? Im 18. und 19. Jahrhundert blieb die Bevölkerung durch die Kindstötungen zunächst konstant. Ab 1850 – 60 zeigt sich dann eine schnelle kontinuerliche Zunahme der Bevölkerung. Da das Inselreich nur eine beschränkte Ernährungsbasis gewährt - viele Gebiete sind unfruchtbar – , beschritt Japan die Wege, welche auch die europäischen Bevölkerungen bei ihrer Zunahme nacheinander beschritten haben. Bei den Inselreichen, wie Großbritannien und Japan, zeigt sich besonders deutlich die Auswirkung zunehmender Bevölkerungsdichte auf das politische Verhalten. Zuerst wird mit einer imperialistischen Expansionspolitik gleichzeitig versucht, die Auswanderung zu intensivieren. Den Japanern wird die Einwanderung nach den USA schon durch das „gentleman agreement" von 1917 beschnitten; auch dem Versuch Japans, das Nahrungsmitteldefizit durch gesteigerten Export auszugleichen, stellt sich die USA entgegen. Dabei näherte sich die Bevölkerungsdichte (Einwohner auf km^2) in Japan 200, während die der Vereinigten Staaten 1939 noch 15,5 betrug (1971:22). So blieb Japan nach dem letzten Krieg nur noch die Möglichkeit, unter amerikanischer Zustimmung die Geburtenzahl radikal zu beschränken, es geschieht dies durch Empfehlung der Anwendung von Verhütungsmaßnahmen, evtl. auch operativer Sterilisation, in erster Linie aber durch umfangreiche legale Abtreibungen, die 1,17 Millionen pro Jahr erreichen. In Japan trat auf diese Weise ein Geburtenrückgang von 34,3 im Jahre 1947 auf 17,2 im Jahre 1957 ein, ein Rückgang, der in Westeuropa etwa im Laufe eines Jahrhunderts erreicht wurde.
Nach SALLER betrugen in Österreich die illegalen Abtreibungen das Zwei- bis Dreifache der Geburten. Auch in der Bundesrepublik wurden von kompetenten Gynäkologen auf zwei Geburten ein bis zwei künstliche Aborte geschätzt. 1929 kamen nach den Feststellung der AOK Berlin auf 100 Geburten 103 Abtreibungen. Nach HARMSEN kamen bei Freigabe des Aborts in Ungarn 1962 auf 130.000 Geburten 170.000 legale und außerdem 33.700 andere Aborte (zus. 203.700), in der Tschechoslowakei 1962 auf 217.200 Geburten (89.800 + 26.100) 115.900 Aborte. Danach haben Schwangerschaftsunterbrechungen auch in Europa einen sehr erheblichen Anteil an der Geburtenbeschränkung. Es muß angenommen werden, daß auch in Westeuropa der frühere Geburtenrückgang wesentlich auf Abtreibungen beruhte.
Der Rückgang der Geburtenziffer in europäischen Staaten geht aus Tab. 6 a hervor, er hat in den letzten beiden Jahren in den mitteleuropäischen (deutschen) Staaten noch erheblich zugenommen.
Andererseits hat z.B. Puerto Rico, obwohl es unter amerikanischem

Einfluß steht, trotz starker Propaganda für Familienplanung und Sterilisation nur einen Geburtenrückgang von 40,5 auf 24,8 zu verzeichnen (Tab. 6b); es dürfte dies darauf beruhen, daß die andersartige Bevölkerung nicht in der Lage ist oder bisher nicht in der Lage war, die Denkweise des Generationsverhaltens der USA zu übernehmen.

	1964 - 1972
Belgien	17,2 - 13,8 (- 3,4)
BRD	18,2 - 11,3 (- 6,9)
DDR	17,2 - 11,7 (- 5,5)
Frankreich	18,2 - 16,9 (- 1,3)
Großbritannien	18,8 - 14,9 (- 3,9)
Irland	22,4 - 22,4 (- 0,0)
Italien	19,9 - 16,3 (- 3,6)
Jugoslawien	20,8 - 18,2 (- 2,6)
Niederlande	20,7 - 16,1 (- 4,6)
Norwegen	17,7 - 16,6 (- 1,1)
Polen	18,1 - 17,4 (- 0,7)
Portugal	23,8 - 20,5 (- 3,3)
Spanien	22,2 - 19,3 (- 2,9)
CSSR	17,2 - 17,3 (+ 0,1)
Ungarn	13,1 - 14,7 (+ 1,6)

Tab. 6 a Veränderung der Geburtenziffern in einigen europäischen Ländern. 1964 - 1972 (aus Statistischen Nachrichten)

Das Beispiel Japans zeigt besonders deutlich, daß die Bevölkerungskapazität eines Landes zunächst abhängig ist von der Ernährungsbasis, die auf den geographischen Gegebenheiten des betreffenden Landes beruht. Bei noch so intensiver und industrialisierter Landwirtschaft ist über ein bestimmtes Maß hinaus eine ausreichende Ernährungsgrundlage nicht mehr gegeben. Es ist bei uns aus politischen Gründen verpönt, von Übervölkerung zu sprechen, obgleich es jedermann offenbar sein müßte, daß es Bevölkerungen gibt, die nicht in der Lage sind, sich aus ihren eigenen Hilfsquellen zu ernähren. Die zweite Möglichkeit bietet dann die Industriealisierung; aber auch diese ist abhängig von den geographischen

Voraussetzungen des betreffenden Landes, z.B. ob Bodenschätze in ausreichendem Maße und in ausgewogenem Verhältnis zueinander vorhanden sind (Kohle, Erz), um eine umfangreiche Industrie aufzubauen. Am günstigsten sind daher Gebiete, welche eine ausreichende Ernährungsbasis **und** eine ausreichende industrielle Basis gewähren. Eine günstige Verbindung zeigte das im Deutschen Reich um 1937 vereinigte mitteleuropäische Gebiet; Ernährungsbasis und industrielle Basis waren für diesen Bevölkerungsraum in idealer Weise gegeben. Auch der südosteuropäische Raum war wirtschaftlich in günstiger Weise in dem Österreich von 1914 verbunden.

					1965-70
Japan	1947 – 1957 – 1965 :	34,4	17,2	18,6	**19,2**
China	1954 – 1958 – 1965 :	37	32	32,7	**33,1**
Puerto Rico	1947 – 1958 – 1965 :	40,5	31,5	30,2	**24,8**
Costa Rica	1951 – 1957 – 1964 :	47	39,5	40,8	**45,1**

Zum Vergleich: In Westeuropa sank die Geburtenziffer vom 19. zum 20. Jahrhundert von 30-35 auf unter 15-20.

Tab. 6b Geburtenziffern in einigen Bevölkerungen
(Nach Demographic Yearbook, United Nations)

Ein anderes günstiges Gebiet stellt die USA mit ihren für die geringe Bevölkerungsdichte überschießenden Reichtümern dar; aber auch China könnte bei straffer Organisation und Industrialisierung sogar für die Landwirtschaft große Möglichkeiten bieten.

Nachdem in Deutschland nach 1945 die Ernährungsbasis von der industriellen Basis getrennt war, mußte unter allen Umständen ein neuer Zusammenschluß gefunden werden, durch den die Wirtschaft so verflochten werden konnte, daß die Bundesrepublik nicht mehr von der Einfuhr von Lebensmitteln abgeschnitten werden kann. Dagegen lag das Interesse Frankreichs an dieser „Integration" darin, nachdem für die Bundesrepublik die Ernährungsbasis verlorengegangen war, auch ihre Verfügbarkeit über die industrielle Basis einzuschränken. Da die Kohle zu dieser Zeit noch die Hauptenergiequelle darstellte, wurde auf Forderung von Robert SCHUMANN an ADENAUER die Montan-Union gegründet. In diesem Zusammenhang ist von Bedeutung, daß die Bundesrepublik heute über die neue Hauptenergiequelle, das Oel, keine freie Verfügung hat und daß ihr durch den Atom-Sperrvertrag auch die Verfügungsfreiheit über nukleare Energie beschnitten wird.

Wie ist die Bevölkerungsentwicklung in der Welt, verglichen mit der in Europa? Tab. 7 zeigt die Höhe des Geburtenüberschusses in einigen ausgewählten Ländern 1948, 1956/57, 1965 und 1970. In den arabischen Ländern des Islam ist von 1948 bis 1971 der Geburtenüberschuß infolge der stark rückläufigen Sterbeziffer, die vor allem durch verringerte Säuglingssterblichkeit bedingt ist, noch gestiegen. Von erheblicher Bedeutung für große Kinderzahl ist ein niedriges Heiratsalter; je früher Frauen heiraten, umso mehr Kinder bekommen sie, sofern nicht eine strenge Familienplanung einsetzt. In Tunesien wurde das Heiratsalter gesetzlich erheblich

	Geburtenziffern				Sterbeziffern				Geburtenüberschuß			
	1948	1956/57	1965*	1970*	1948	1956/59	1965*	1970*	1948	1956/57	1965*	1970*
Algier	44,3	33,5	48,2	49,1	20,0	10,7	11,0	16,9	24,3	22,8	37,2	32,2
Ägypten	42,7	39,2	41,6	34,9	20,4	16,4	14,8	15,0	22,3	22,8	36,8	19,9
Tunis	33,1	37,0	29,4	46,3	14,9	8,8	9,6	16,0	18,2	28,2	19,8	30,3
Honduras	39,9	45,5	45,5	49,0	14,0	10,4	9,3	17,1	25,9	35,1	36,2	31,9
Salvador	44,6	48,9	46,5	40,0	16,9	14,0	10,5	9,9	27,7	34,9	36,0	30,1
Guatemala	51,9	49,4	43,5	39,0	23,5	20,6	16,8	15,0	28,4	28,8	26,7	24,0
Japan	33,7	17,2	18,6	19,2	12,0	8,3	7,1	6,6	21,7	8,9	11,5	12,6
Ceylon	39,7	36,5	32,3	29,4	12,9	10,1	8,6	7,5	26,8	26,4	23,7	21,9
Thailand	23,9	35,0	37,7	42,8	10,7	9,4	7,7	10,4	13,2	25,6	30,0	32,4
Guam	62,7	64,3	34,8	34,1	9,9	7,4	5,0	4,0	52,8	56,9	29,8	30,1
BRD	17,0	17,0	17,9	12,7	10,5	11,3	11,2	11,9	6,5	5,7	6,7	0,8

*oder letzte Angabe

Tab. 7 Geburtenziffern, Sterbeziffern, Geburtenüberschuß in einigen überseeischen Ländern im Vergleich mit der Bundesrepublik Deutschland. (Nach Demographic Yearbook, United Nations)

heraufgesetzt auf 25 Jahre für die Frau und 30 Jahre für den Mann. Während 1956/57 der Geburtenüberschuß infolge der absinkenden Sterbeziffern stark angestiegen war, zeigt sich nach Heraufsetzung des Heiratsalters zunächst ein Rückgang der Geburtenziffern und damit des Geburtenüberschusses, eine Entwicklung, die aber nicht angehalten hat. Dagegen soll in China, wo auch ein spätes Heiratsalter von 27 bzw. 24 Jahren unter dem Motto „Frau achte auf Deine Gesundheit" propagiert wird, ein beträchtlicher Erfolg zu verzeichnen sein. Außerordentlich hohe Geburtenziffern und Geburtenüberschüsse zeigen die mittelamerikanischen Staaten und die in Tab. 7 als Beispiele aufgeführten Länder Ceylon, Thailand und Guam. Unter günstigen hygienischen Bedingungen zeigt Thailand eine niedrige Sterbeziffer, dabei aber noch einen Anstieg der

Geburtenziffern. Was bedeuten nun derartig hohe Geburtenüberschußziffern für den Zuwachs der Weltbevölkerung (Abb. 10)? Tab. 8 zeigt die Verdopplungszeiten je nach der jährlichen Zuwachsrate. 1965/71 hat die gesamte Welt jährlich um 2,0 % zugenommen (Tab.9). Bei regelmäßigem Zuwachs von 2 % würde sich eine Bevölkerung in 35 Jahren verdoppeln.

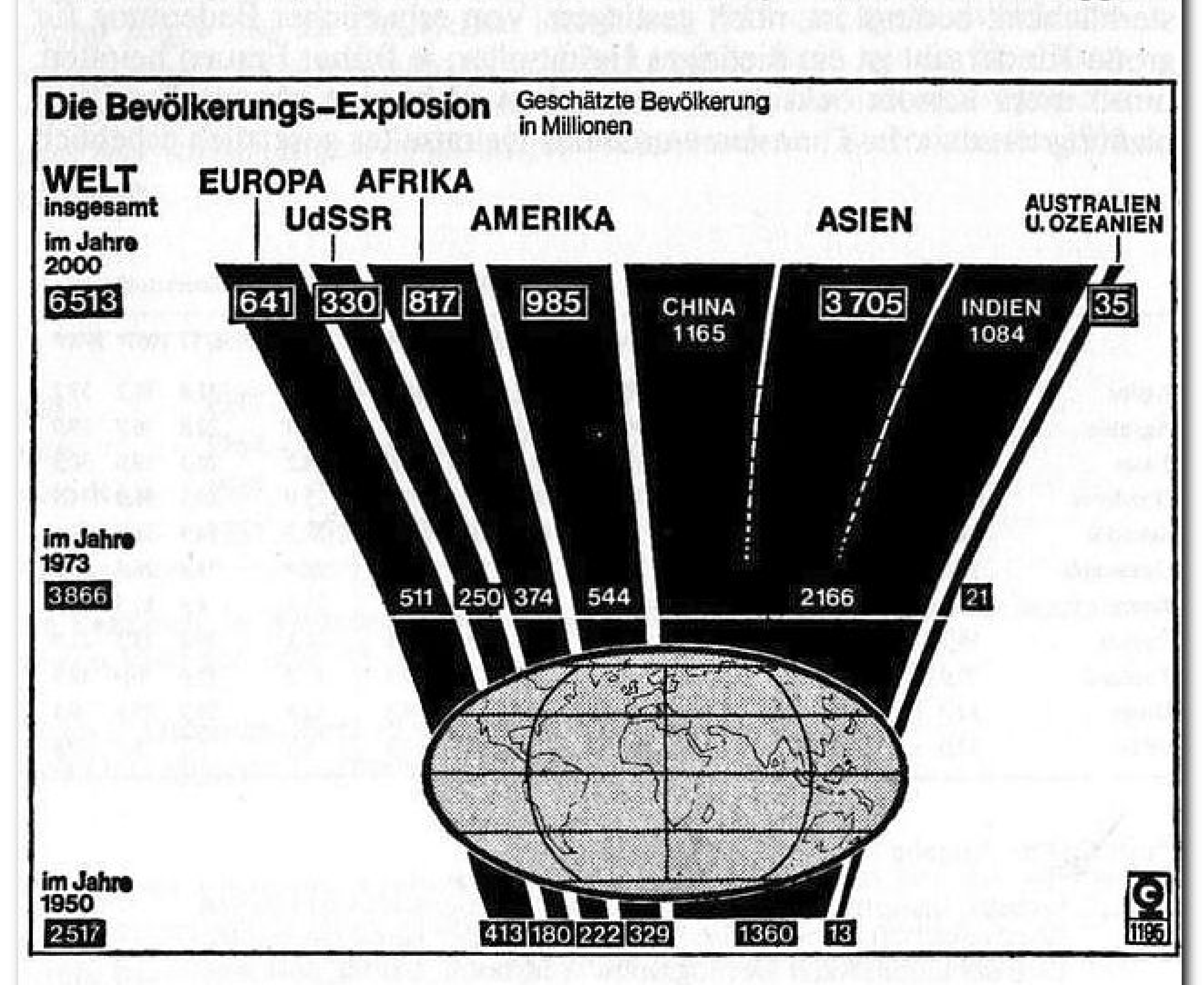


Abb. 10 Die Bevölkerungsexplosion im 20. Jahrhundert (nach Pulte, Bevölkerungslehre)

Jährliche Zuwachsrate in Prozent	Verdoppelungszeit in Jahren
1	70
2	35
3	24
4	17

Tab. 8 Zuwachsrate und Verdoppelungszeit

	1956*	1964*	1965/71*
Gesamte Welt	1,7	1,8	2,0
Afrika	2,0	2,4	2,6
Centralamerika	2,5	3,2	3,4
Asien	1,7	1,8	2,3
China	2,0	1,5	1,8
Malaysia (Malaya)	3,4	3,1	3,5
Venezuela	3,6	3,4	
Mexiko	3,4	3,2	3,2
Tunesien	2,5	2,0	
Ägypten	2,5	2,7	2,5
Marokko	2,5	2,8	

*oder letzte Angabe.

Tab. 9 Zuwachs in % pro Jahr (Nach Demographic Yearbook, United Nations)

Bei den heute vorhandenen 3706 Millionen Menschen würde dies in 35 Jahren, also bis zum Jahre 2006, eine Zunahme auf 7412 Millionen bedeuten. Die überseeischen Länder zeigen aber vielfach ein erheblich stärkeres prozentuales Anwachsen pro Jahr; so Afrika derzeit um 2,6%, Zentralamerika um 3,4 %. Dieses Anwachsen entspricht durchaus der Annahme von MALTHUS mit einer Verdopplung in etwa 25 Jahren. In Mexiko, Venezuela und anderen Bevölkerungsgruppen müssen wir mit einer Verdopplung in etwa 20 Jahren rechnen.

Wie wird sich nun voraussichtlich das generative Verhalten in den überseeischen Ländern in Zukunft gestalten? Es hängt dies vor allem davon ab, ob sich die rationalistische Denkweise Westeuropas auch in den überseeischen Ländern durchsetzt, d.h. ob die Planung im staatlichen, landwirtschaftlichen und industriellen Bereich sich in den Bevölkerungen so durchsetzt, daß sie solche planende Denkweise auch in ihren privaten Bereich übernehmen. Voraussetzung dafür ist aber zunächst, daß die betreffenden Regierungen auch in dieser Richtung einsichtig sind (vgl. S. 69 ff.).

Einige afrikanische Regierungen lehnen heute noch eine Empfehlung der Schwangerschaftsverhütung als Versuch kapitalistischer Länder ab, ihr Menschenpotential trotz relativ geringer Bevölkerungsdichte (vgl. Tab. 10) absichtlich zu beschränken.

Schwierigkeiten bei Präventivmaßnahmen werden besonders an Indien mit 550 Mill. Einwohnern deutlich. Wie wir gesehen haben, hat die indische Bevölkerung eine durchschnittliche Dichte von 168 Menschen auf den km^2, dabei einen Geburtenüberschuß von etwa 27 ‰ und eine

ERDE 27					
Europa 94	**Amerika 12**	**Asien 76**	**Afrika 27**	**Australien 2**	**UdSSR 11**
BRD 239	USA 22	China 82	Congo 3		Asien 4
Frankreich 94	Puerto Rico 310	Indien 168	Nigeria 61		Europa 33
Niederlande 323	Haiti 179	Japan 283	Sansibar 157		Ukraine 79
Malta 1030	Bermuda 1019	Taiwan 390 (1970)			
Großbritannien 228	Canada 2				

Tab. 10 Bevölkerungsdichte, Einwohner pro km² 1971
(Nach Demographic Yearbook, United Nations)

Bevölkerungszunahme von 2 – 3 % jährlich. Die Regierung ist schon aus Sorge vor Hungersnöten Gedanken der Familienplanung sehr zugänglich; sie hat immerhin in 30.000 Dörfern Beratungsstationen eingerichtet; es gibt aber im ganzen 600.000 Dörfer! Es wird nach Geburt mehrerer Kinder Unfruchtbarmachung (Sterilisation) empfohlen. Diese mag in 1,1 Mill. Ehen durchgeführt sein, das fällt aber bei der großen Bevölkerung kaum ins Gewicht. Nur einige Millionen Frauen tragen Intrauterin-Pessare oder wenden sonstige Mittel zur Verhütung der Schwangerschaft an. Die regelmäßige Anwendung der Verhütungspille in größerem Umfang scheitert an den Kosten und an der unzuverlässigen Einnahme durch die Frauen. Die hohe Kinderzahl ist auch in Indien vor allem auf das sehr frühe Heiratsalter der Frauen – ab 14 Jahren – zurückzuführen. Bei der vorwiegend bäuerlichen Struktur wird von den Familien-Großverbänden in den Kindern aber auch die Sicherung der Altersversorgung gesehen, für die der Staat auch auf weite Sicht nichts tun kann. Da die Frühsterblichkeit noch groß ist, muß die Familie das Risiko gewissermaßen mit einer größeren Kinderzahl ausschalten.
Nach der Mentalität der Bevölkerung ist eine echte Industrialisierung oder die allgemeine rationale Planung kaum möglich. „Entwicklungshilfe" ist daher in einem Land wie Indien ein Tropfen auf den heißen Stein. In Europa ist der abgeschöpfte „Mehrwert durch Ausbeutung" (im Sinne von MARX) ein Jahrhundert lang durch die öffentliche Hand oder privat für die „Entwicklung" investiert worden. In den straff organisierten kommunistischen Ländern wird der Mehrwert rücksichtslos abgeschöpft und durch den Staat – soweit er nicht in der Verwaltung hängen bleibt – ebenfalls für Investierungen verwandt. SCHLAU weist darauf hin, daß in Europa für industrielle und kulturelle Entwicklung früher die Mittel der ausgebeuteten überseeischen Länder zur Verfügung standen, die diesen heute fehlen, soweit sie nicht im Land investiert wurden.
Es ergibt sich einleuchtend, daß nur bei straffer Organisation und intensiver Arbeit im eigenen Volk eine Umstellung aus den vorindustriellen Verhält-

nissen zu einer modernen Industriewirtschaft erfolgen kann. Entwicklungshilfe aus Europa und den USA kann nur Stützen in finanzieller und vor allem geistiger Hinsicht (Schulen, Fachausbildung, Planung usw.) geben. Sie darf nicht als missionarische Tätigkeit für moderne Ideologien aufgefaßt werden, sondern muß sich, dem Entwicklungsstand des betreffenden Landes und Volkes entsprechend, bei subtilen Kenntnissen der Verhältnisse und in gutem Einfühlungsvermögen auf lange Zeit hin erstrecken. Aber wird Indien und bei weiterer starker Vermehrung Afrika zu einer solchen rationalen Durchorganisation und rücksichtslosen Eigeninvestierung kommen können? Auch Mittel- und Südamerika betrifft dies Problem: wird es möglich sein, nach europäischem Muster auf rationaler Basis einen Sozialstaat zu entwickeln, oder wird sich etwa der Sozialismus auf dem Weg einer radikalen kommunistischen Revolution durchsetzen? Europa und die USA können nicht beliebig Mittel an die Entwicklungsländer abgeben. Denn man darf nicht vergessen, daß in den westeuropäischen Ländern mit hoher Bevölkerungsdichte und hohem Lebensstandard besondere, ungewöhnliche Erfordernisse bestehen, wenn dieser Standard erhalten werden soll. Der Teil des Mehrwertes, der nur durch Einsatz technischer Hilfsmittel erzielt wird, kann nicht beliebig aufgeteilt werden. Die Kosten für Umweltschutz, Bildung und Gesundheitswesen müssen gleichsam als indirekte Bestandteile der Produktionsmittel angesehen werden, sie dürfen nicht als lästig, sondern müssen als selbstverständlich betrachtet werden.

Die Bevölkerungsdichte (Tab.10) ist, wenn man von den hochindustrialisierten Ländern absieht, besonders hoch auf kleinen Inseln (z.B. Malta 1030, Bermuda 1019). Bei günstiger Klima- und Ernährungslage sind dort die Voraussetzungen für eine Bevölkerungsvermehrung zunächst gegeben, es besteht aber keine Ausweichmöglichkeit. Die Konsequenzen für größere Inselbereiche (England, Japan) sind bereits erörtert.

Da die mögliche Bevölkerungsdichte (Kapazität) von den äußeren Gegebenheiten abhängt, erhebt sich die Frage, ob nicht eines Tages die gesamte Erde als eine überbevölkerte Insel anzusehen sein wird: die Weltbevölkerung auf einer überbevölkerten Insel als „Volk ohne Raum". Dies Problem wurde neuerdings an rechnerischen Modellen von W. FORRESTER untersucht, Daten, die MEADOWS seiner weit verbreiteten Schrift zugrundegelegt hat. Wenn alle Gegebenheiten : Bevölkerung, Nahrungsmittel, Industrialisierung, Umweltverschmutzung usw. tatsächlich ein exponentielles Wachstum aufwiesen, würde zweifellos eines Tages auch eine Grenze jeder potentiellen Kapazität erreicht sein. Es mag beruhigend sein, daß seit MALTHUS' Zeiten rechnerische, schematische Voraussagen nie eingetroffen sind.
Es ist mißlich, globale Daten – etwa „Weltbevölkerung" oder „Gesamt-

darstellung des Weltmodells" – einer Vorausberechnung zugrundezulegen, da die Bedingungen (Variablen) außerordentlich vielfältig und alle Faktoren veränderlich sind. Einigermaßen verwendbare Prognosen können nur nach detaillierter Analyse der regionalen Gegebenheiten erfolgen. Die von MEADOWS dargestellten Regelkreise sind simple Modelle, die den tatsächlichen Verhältnissen nicht entsprechen. Trotzdem ist sein Buch von großer Bedeutung, weil es wie ein Signal wirkt und die Öffentlichkeit und hoffentlich auch die Regierenden auf Zukunftsgefahren aufmerksam macht. Regierungen sind erfahrungsgemäß bestrebt und schon zufrieden, wenn sie die augenblickliche Lage stabil erhalten und dringend notwendige tagespolitische Reformen zustande bringen. Ein Blick über die Legislaturperiode hinaus oder gar in eine Zukunft von 50, selbst nur von 10 Jahren, fordert zu soviel Risiken, Sachkenntnis und Arbeit heraus, daß man die Augen lieber verschließt. Zudem bringen Neuerungen durch unübersehbare Nebeneffekte soviel weitere Unsicherheiten mit sich, daß man sich nur zu leicht und gern langfristigen Planungen entzieht.

Wenn man schon Prognosen stellen will, sollte man sich nicht auf die Zunahme der Weltbevölkerung insgesamt beschränken. Man könnte vier große Gruppen des generativen Verhaltens annehmen. Die erste Gruppe umfaßt diejenigen Länder, die sich im Laufe von 30 Jahren etwa bis zum Jahre 2000 auf ein „O-Wachstum" stabilisieren könnten. Dazu gehört vielleicht Rußland, obgleich dieses noch stark aufnahmefähig ist, weiter Japan, weil es unter starkem Zwang steht, möglicherweise aber auch China, das beginnt, die wirtschaftlichen und sozialen Gefahren einer Übervölkerung zu erkennen und dem Beispiel Japans in der Planung folgen könnte.

Der zweiten Gruppe dürften die Entwicklungsländer Afrikas und Mittelamerikas zuzuordnen sein, die noch heute eine Bevölkerungszunahme propagieren. Das Ernährungsproblem für diese Länder könnte mit Hilfe der westlichen Welt gelöst werden; die notwendigen politischen Umorganisationen dürften aber nicht ohne Schwierigkeiten mit Unruhen durch dirigistische Maßnahmen zu bewältigen sein.

Eine dritte Gruppe von Ländern, Indien, Bangla Desch u.a. wird einschneidenden Katastrophen nicht entgehen können, selbst nicht unter einer strengen Diktatur, einerlei welcher Art, und auch nicht durch karitative Hilfen in größtem Umfang, weil das Durchgreifen neuer Organisationsformen zu lange Zeit benötigt, um wirksam zu werden. Der Zeitpunkt zum Beginn zweckmäßiger Maßnahmen ist aber heute schon verpaßt. Man muß damit rechnen, daß Hungersnöte und unter Umständen auch Seuchen, wie in früheren Zeiten, eine plötzliche und erhebliche Bevölkerungsreduktion bewirken.

Die letzte Gruppe wird von den westlichen Ländern gebildet. Unter zu-

nehmender Rationalisierung kann das Wachstum unter Null sinken, auch in Ländern, die wie die USA, noch aufnahmefähig sind (vgl. S. 69f.)

Bevölkerungsprognosen sind seit MALTHUS' Zeiten noch nie eingetroffen. Hochrechnungen können nur von den zur gegebenen Zeit vorhandenen Daten ausgehen. Welche Variablen, vor allem politischer Art, sich ergeben, ist völlig ungewiß. Bevölkerungsprognosen können daher über längere Zeit, d.h. über die Zeiten, für welche Daten noch nicht vorliegen, mit und ohne Computer nur vage Vermutungen sein. Als solche möchte der Verfasser auch diese Erörterungen aufgefaßt wissen.

MEADOWS führt auch eine Hochrechnung über landwirtschaftlich nutzbares Land durch. In dieser Fragestellung wird seine Art der globalen Schematisierung noch fraglicher.

Ein noch schwerer zu lösendes Problem wird sein, wie in den unterentwickelten Ländern mit starker Vermehrung die Menschen in produktive Arbeit eingesetzt werden können. Dies wird vor allem in der Landwirtschaft schwierig sein. Zur Gewinnung einer ausreichenden Menge von Nahrungsmitteln wird man auf eine Industrialisierung der Landwirtschaft nicht verzichten können. Man sollte sich aber nicht verleiten lassen, Bevölkerungsgruppen aus landwirtschaftlichen Kleinbetrieben herauszunehmen, weil diese unrentabel seien. Das trifft in gewissem Maße sogar für den Bereich der EG zu. Es ist besser, daß zufriedene Menschen auf einem kaufmännisch gesehen, vielleicht kaum rentablen kleinen Besitz leben, als eine Verbilligung von Lebensmitteln dadurch zu erkaufen, daß entwurzelte Unzufriedene in großstädtischen Ballungsräumen angesiedelt werden. Sogar Arbeit in Kolchosen ist vom menschlichen Standpunkt aus noch einem Leben ohne Arbeit in Slums vorzuziehen. Die Schwierigkeit der Versorgung liegt in erster Linie in der mangelnden Einsicht der Regierungen und Völker, über Staatsgrenzen hinaus Regelungen zu treffen, welche ausgleichend Import und Export von Nahrungsmitteln, aber auch von Produktionsmitteln gestatten. Trotz der bei der UNO bestehenden FAO (Food and Agriculture-Organisation) findet sich eine effektive, weltweite, praxisorientierte Planung offenbar kaum in den Anfängen. Die FAO kann zwar Daten sammeln und den Regierungen zur Verfügung stellen, sie hat aber natürlich keine exekutiven Möglichkeiten. Häufig genug werden sich die Staaten, d.h. ihre Regierungen, vernünftigen und zwingenden Ratschlägen entziehen. Eine weitere dringende Frage ist, inwieweit der Bau von Bewässerungssystemen, Rodungen, maschinell betriebene Landwirtschaft, sich finanziell international regeln lassen. Grundsätzlich dürfte dies möglich sein, wenn dem nicht das Unverständnis und das Einzelinteresse der Regierungen entgegenstünde.

Mit den außerordentlichen Mitteln, die für Rüstungen und für Welt-

raumprojekte ausgegeben werden, wäre auch in finanzieller Hinsicht das Problem der Versorgung sicherlich zu lösen (Abb. 12). Es ist im Grunde eine geradezu groteske Situation, daß die UdSSR in der Absicht, dem Wohle der Menschheit zu dienen, diese durch Bedrohung zwingt, einen wesentlichen Teil ihrer Arbeitskraft und damit ihres Einkommens mit den Rüstungen machtpolitischen Illusionen zu opfern.

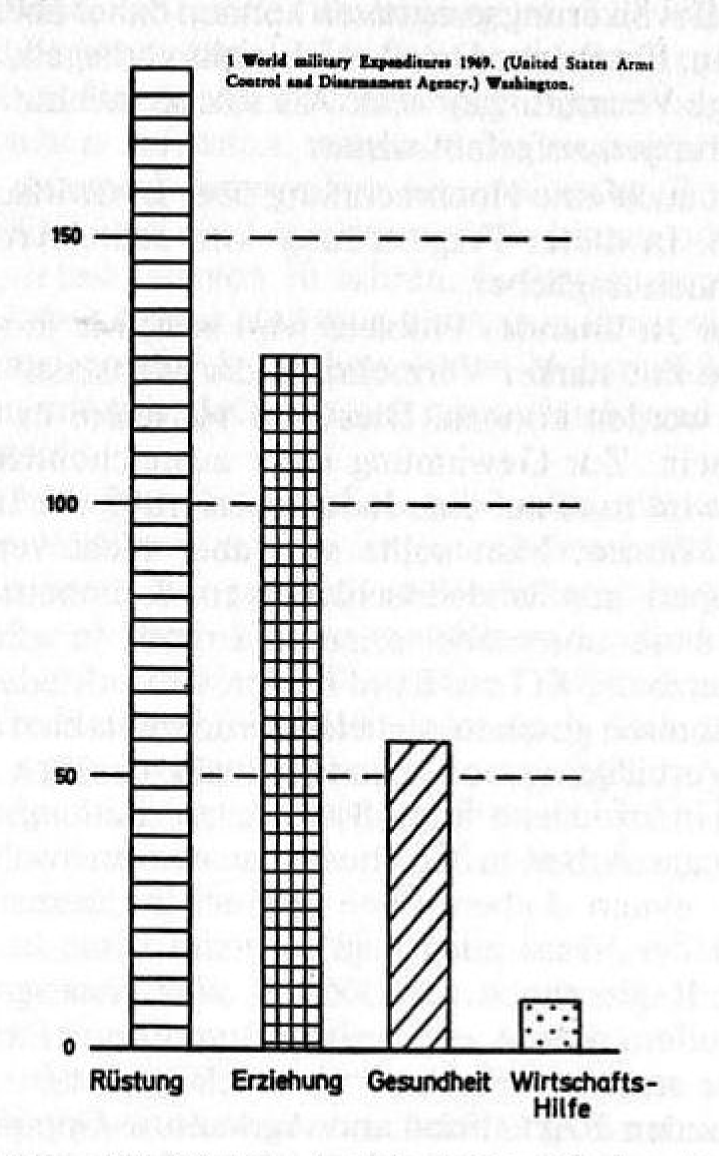


Abb. 11 Ausgaben für Rüstung im Vergleich mit den Ausgaben für andere öffentliche Aufgaben in der Welt im Jahre 1967 (aus BAADE)

Die Befürchtung, die landwirtschaftlichen Flächen würden zur Ernährung im Jahre 2000 nicht mehr ausreichen, ist nicht neu. Schon 1940 hat BURGDÖRFER nach Daten von FISCHER u. PENCK (Abb. 12), die in den 20iger und 30iger Jahren erarbeitet wurden, eine regionale Bearbeitung vorgelegt. Diese Unterlagen sind natürlich veraltet; sie zeigen aber auch für heute noch die hypothetischen Möglichkeiten: Voraussetzung sind Intensivierung bis Industrialisierung der Landwirtschaft. Über ein

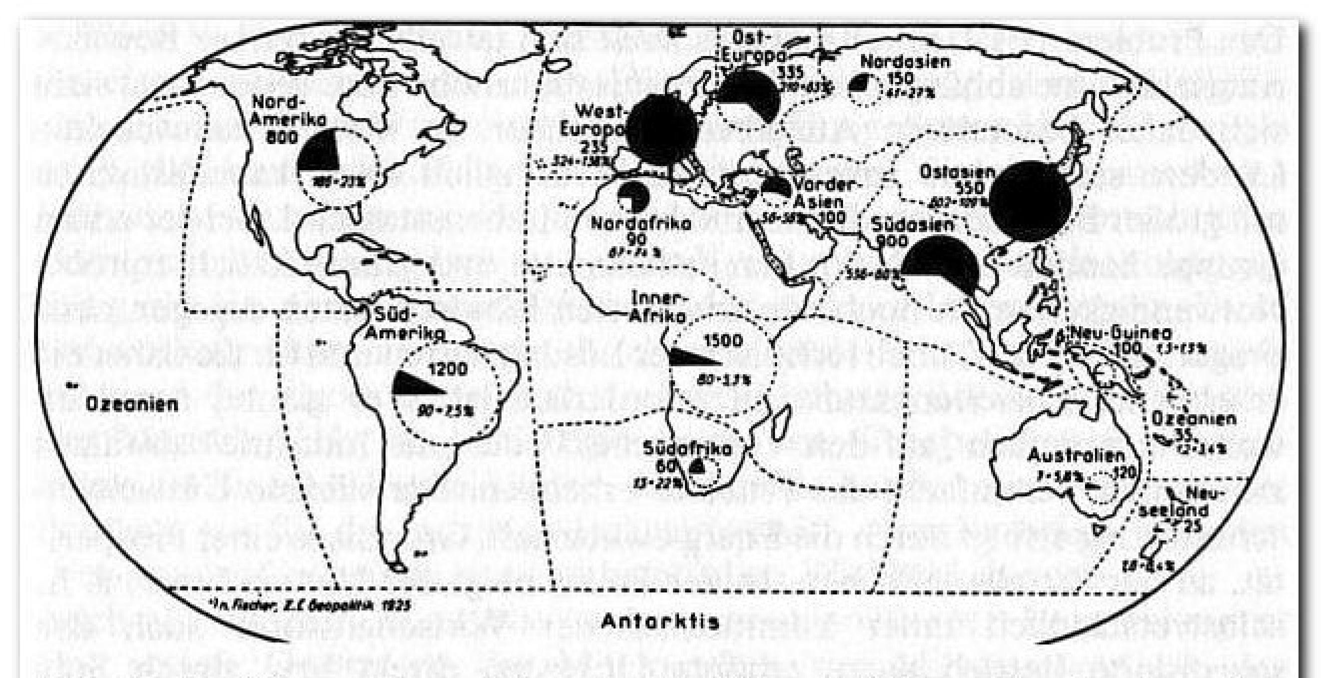


Abb. 12 Bevölkerungskapazität und tatsächliche Auffüllung der einzelnen Erdräume um das Jahr 1940 (aus BURGDÖRFER)

Jahrzehnt lang hat mit wechselnden Auffassungen das Problem im Vordergrund gestanden, ob die Nahrungsmittelproduktion für die stark zunehmende Bevölkerung etwa im Jahre 2000 ausreichen würde. Bei konsequenter Organisation und Industrialisierung der Landwirtschaft mit künstlicher Düngung, Erzielung doppelter Ernten unter entsprechenden Verbesserungen der Bewässerungssysteme, Verhinderung der Erosion, durch Eiweißproduktion pflanzlicher Herkunft und unter voller Ausnutzung der Meerestiere ohne Raubbau bestehen nach heutiger Auffassung ausreichende Möglichkeiten für die Ernährung auch bis über das Jahr 2000 hinaus. (BAADE). Zusätzlich ist mit neuen Erkenntnissen und mit der Züchtung von ertragreichen Pflanzen zu rechnen, die auch in ungünstigem Klima ergiebig sind. Welche Möglichkeiten der Entwicklung sich erschließen lassen, ergibt sich allein daraus, daß nach BAADE noch um 1960 70 % der landwirtschaftlich tätigen Familien zur Bodenbearbeitung nur eine Handhacke oder einen hölzernen Pflug benutzten und daß in weiten Gebieten künstlicher Dünger nicht benutzt wurde. Die Frage nach den Möglichkeiten einer verbesserten Ernährungsbasis ist jedoch zunächst keine agrar- und ernährungswissenschaftliche, sondern eine organisatorisch-politische. Vor erst 10 Jahren wirkte das Buch von BAADE ähnlich alarmierend wie heute die Studie von MEADOWS. Es ist erstaunlich, wie schnell solche Mahnungen vergessen werden, so sehr, daß BAADE nicht einmal bei MEADOWS Erwähnung findet.
Bevölkerungsdichte und Umweltschädigung stehen in einer unmittelbaren Beziehung. Es sind deshalb einige grundsätzliche Bemerkungen erforderlich, obgleich das Problem im Prinzip technischer Art ist.

Das Problem des Umweltschutzes stellt sich jeweils bei starker Bevölkerungszunahme abhängig von der Organisationshöhe neu. Jeder Staat sieht sich daher besonderen Aufgaben gegenüber. In weniger entwickelten Ländern sind andere Investierungen vordringlich als in kapitalistischen mit großer Bevölkerungsdichte und hohem Lebensstandard. Bei der ersten Gruppe handelt es sich um bereits bekannte und grundsätzlich erprobte Notwendigkeiten. In hochindustrialisierten Ländern treten dagegen neue Fragen auf, die z. T. noch technisch der Lösung harren und für die daher ein erheblicher Forschungsaufwand erforderlich ist. Wer glaubt, den Umweltschutz einfach „auf den Verbraucher" oder „die Industrie" abwälzen zu können, vereinfacht das Problem erheblich. Die stärkste Umweltverschmutzung erfolgt durch die Energiewirtschaft, Grundlage einer Prosperität, an der wir alle teilhaben. In der Praxis neigt der Unternehmer, d. h. selbstverständlich unter kommunistischer Wirtschaftsform auch der sozialisierte Betrieb dazu, erhöhte Unkosten direkt bzw. durch Subventionen (also Steuern) auf den Verbraucher abzuwälzen. Direkte starke Mehrbelastung der Industrie macht diese dem Ausland gegenüber konkurrenzunfähig. Wir müssen daher, wenn wir alle unseren hohen Lebensstandard halten wollen, mit Überzeugung und aktiver Bereitschaft auf manches, auch in der Verwendung der Konsumgüter, verzichten. Für die Praxis ist für die **intellektuelle Bewältigung** der Umweltgefährdung in der Bundesrepublik vordringlich zu fordern:

1. Bildung koordinierter planender, praxisbezogener Forschungsgruppen, wie z. B. die Projektgruppe „Umweltfreundliche Technik, Verfahren und Produkte".
2. Eine bessere sachgerechte Koordination zwischen Bund, Ländern und Kommunen, zwischen Legislative und Exekutive.
3. Bildung einer sofortigen wissenschaftlichen und organisatorischen, wirklich effektiven, internationalen Forschungs- u. Planungsgruppe und
4. die Konstituierung einer Forschungsgruppe, welche die zukünftigen Entwicklungen und Fehlentwicklungen, die sich anbahnen, aber noch nicht überschaubar sind, rechtzeitig erkennen, koordinieren und gegebenenfalls berichtigen soll, da es zu einem immer schnelleren Anwachsen von **unbekannten** Entwicklungen kommt.

Dies leitet über zu den ethisch-moralischen Forderungen. Es erscheint zunächst erstaunlich, wenn auch wünschenswert, daß für das „Umweltbewußtsein" die Gesetzgebung normative Kraft entfalten soll, während gleichzeitig auf dem Gebiet des allgemein menschlichen, sittlichen Verhaltens die Gesetzgebung als erzieherische Möglichkeit in den Hintergrund gedrängt wird. Die Probleme hängen grundsätzlich mit der Fähigkeit des Menschen zusammen, seine Umwelt selbst aktiv zu gestalten. Auf diese Fähigkeit kann der Mensch selbstverständlich nicht verzichten. Die Erziehung zum Umweltbewußtsein ist im Grunde ein Teil der Erziehung zum

sozialen Verhalten. Soziales Verhalten ist eine Frage des Lebensstils, wie ihn eine Gesellschaft entwickelt. Die Industrialisierung ist nach HEGEL eine geschichtliche Wirklichkeit und Entwicklung. Schon HEGEL hat gewußt, daß eine industrielle Gesellschaftsordnung, die glaubt, aus freien Individuen bestehen zu können, durch ihren technischen Fortschritt in Unfreiheit, arbeitstechnisch und in den Konsumbedürfnissen in Abhängigkeit gerät. Zu dieser Abhängigkeit gehört auch der Umweltschutz. Diese Entwicklung kann auch nicht durch eine totale Wirtschaftsorganisation, wie sie in der marxistischen Lehre vorgesehen wird, überwunden werden. Der Mensch bleibt in Abhängigkeit von den Gegebenheiten, Umweltschutz ist für staatskapitalistische, sozialisierte Länder ein ebenso großes Problem wie für die „soziale Marktwirtschaft". Appelle lediglich an den „Verursacher" gehen an der geschichtlichen Wirklichkeit vorbei.
Auch auf diesem Gebiet, wie in der ganzen politischen Entwicklung ist eine soziale Gesinnung des Miteinanders, der Mitverantwortung, des Gebenwollens notwendig. Von einer Gesellschaft, die nicht das Ziel des gemeinsamen Wohles im Auge hat, in der vielmehr das Prestige, der Egoismus zum Lebensprinzip geworden ist und in der andererseits mit einer längst überwundenen Klassenideologie unsachlich argumentiert wird, von einer Gesellschaft, die nicht geneigt ist, auf irgend etwas zu verzichten, kann auch nicht erwartet werden, daß sie wirklich „umweltbewußt" ist. In diesem Sinne ist Erziehung zum Umweltbewußtsein Erziehung zum echten sozialen Verhalten und umgekehrt.

IV. BEVÖLKERUNGSHYPOTHESEN

Über den Ablauf von Bevölkerungsbewegungen sind mehrere Theorien aufgestellt worden. In der Bevölkerungslehre ist es üblich, von Bevölkerungstheorien zu sprechen; richtiger wäre es, nur von Hypothesen zu reden; denn bei diesen wird von Unter-Stellungen, wie die wörtliche Übersetzung heißt, also von Annahmen ausgegangen, die noch nicht als bewiesen anzusehen sind. Allein die Widersprüchlichkeit der aufgestellten Bevölkerungshypothesen beweist die Unsicherheit ihrer Aussagen. Verbindliche Beweise, wie sie für eine Theorie gefordert werden müßten, die allen Erscheinungen der Bevölkerungsvorgänge gerecht wird, lagen bisher noch nicht vor.

Es muß zunächst festgestellt werden: ein Bevölkerungs-„gesetz"gibt es nicht. Wie alle biologischen Vorgänge, werden Bevölkerungsvorgänge durch zahlreiche Bedingungen gesteuert, sind also multikonditional. Nach LASSALLE kommt es zu Schwankungen in der Bevölkerungsgröße, weil sich nach dem „ehernen Lohngesetz" in günstigen wirtschaftlichen Zeiten die Arbeiterbevölkerung vermehren kann. Durch die höhere Zahl der Arbeitskräfte werde dann jeweils der Lohn gedrückt, so daß die Arbeiter ihre Kinderzahl beschränken müßten. Karl MARX sieht die Bevölkerungsvorgänge in Zusammenhang mit seiner materialistischen Geschichtsauffassung, nach der durch immer stärkere Konzentration des Kapitals und weitergehende Rationalisierung Arbeitskräfte frei werden, welche die „industrielle Reservearmee" darstellen. Hierdurch komme es zur Verelendung des Proletariats, bis sich dieses in den Besitz der Produktionsmittel setze. Konsequenterweise müßte nach dieser Auffassung nicht eine zunehmende Übervölkerung bestehen, sondern es müßte vielmehr durch Verelendung der Massen zu einem Geburtenrückgang kommen. Modernen Schlagworten, nach denen eine Änderung der Geburtenverhältnisse nur durch Änderung der Herrschafts- und Gesellschaftssysteme zu erreichen sei, kommt keine reale Bedeutung zu, weil sich in allen Gesellschaftssystemen, ob in China, der DDR, den USA, in Afrika, Mittelamerika usw. analoge Abläufe zeigen.

Gegenüber diesen „Armutshypothesen" steht die „Wohlstandshypothese" Es zeigte sich im Laufe des vorigen Jahrhunderts, daß der Geburtenrückgang nicht von den wirtschaftlich schlecht gestellten Schichten, sondern gerade von den Wohlhabenden ausging. Die vor allem von BRENTANO vertretene Auffassung meint, daß den wohlhabenden Menschen so viele Genüsse offenstehen, daß sie sich nicht wie die Armen auf die geschlechtliche Befriedigung zu beschränken brauchen, sondern andere Möglichkeiten haben, denen gegenüber dann das Sexuelle in den Hintergrund träte. Es handelt sich hierbei um erste Versuche zu einer psychologischen Bevölkerungshypothese.

Eine weitere ist die biologische Bevölkerungshypothese. Es ist beobachtet worden, daß sich bei zunehmender Bevölkerungsdichte die Kurve der Zunahme abflachen kann. PEARL u. a. haben an zahlreichen Tierversuchen (Obstfliegen, Mehlkäfern, Wasserflöhen, Fischen, aber auch Säugetieren) nachgewiesen, daß es bei großer Bevölkerungsdichte selbst bei ausreichenden äußeren Lebensbedingungen zu einem Rückgang und Stillstand der Bevölkerungszunahme kommt. Die Deutung dieser Vorgänge ist noch nicht ausreichend geklärt. Es wäre denkbar, daß der Reiz durch die große Dichte sich über das Hormonsystem auf die Fruchtbarkeit auswirkt. Alle Tiere haben einen Freiheitsraum, den sie aus instinktmäßigen Gründen der Verteidigung freihalten müssen. Es wäre verständlich, wenn die Störung dieser instinktbedingten Vorgänge durch Erhöhung der Reizbarkeit eine Umstellung bewirkte. Es fragt sich aber sehr, inwieweit man aus solchen Beobachtungen Analogieschlüsse auf den Menschen ziehen kann. Die erste Frage wäre, ob die Bevölkerungsdichte bei menschlichen Siedlungen tatsächlich schon so groß ist, daß eben nicht mehr der instinktmäßig als erforderlich angesehene Freiheitsraum bleibt. Gerade dort, wo die Menschen am dichtesten siedeln, in Slums, in kleinen bäuerlichen Siedlungen mit großen Menschenzahlen, in Übersee, auf Inseln u. a. zeigt sich kein direkter Einfluß der eigentlichen Dichte auf die Fruchtbarkeit. Es muß daher sehr fraglich erscheinen, inwieweit psychologische Vorgänge beim Menschen bei zunehmender allgemeiner Bevölkerungsdichte mit derartigen Tierversuchen vergleichbar sind. Diese biologische Hypothese wurde weiter ausgebaut durch G. R. TAYLOR. Wenn man Tiere (z. B. Mäuse, Ratten) sehr eng zusammenpfercht, geht die Wurfgröße zurück, entsprechend steigt die embryonale Resorptionsrate. Die Muttertiere kümmern sich nicht mehr um die Jungen, so daß auch deren Sterblichkeit zunimmt, die untergewichtigen Würfe bleiben in der Entwicklung zurück. Die Männchen sind aggressiv, es zeigt sich zunehmende Homosexualität. Da der Territorialinstinkt nicht aufrechterhalten werden kann, lösen sich die sozialen Strukturen auf. In einer besonderen Nuance spricht LEYHAUSEN von seelischen Dichteschäden: In modernen Hochhäusern und Siedlungen werde in der ganzen Welt ein ähnliches psychologisches Verhalten gefunden, das auf der Wohndichte beruhe. Dies muß aber nicht auf die große Dichte des Zusammenwohnens zurückzuführen sein, die im Vergleich mit früheren und anderen heutigen Siedlungsräumen sogar relativ gering ist; ein Grund mag sein, daß die Menschen in diesen Siedlungen aus verschiedenen Berufs- und Lebenskreisen kommen, daß sie einander nicht kennen, keine gemeinsamen geistigen Interessen haben und daß auch die äußeren Möglichkeiten zur Kontaktaufnahme, wie sie etwa früher in einem engbesiedelten Dorf vorhanden waren, Wirtshaus, Schützenverein, Kegelklub, Sportvereine, Kirche und ihre Vereinigungen, Berufsvereine usw. nicht gegeben sind. Jeder Mensch ist für jeden anderen

in einer solchen Siedlung ein Fremder, dem gegenüber es „instinktmäßig" zunächst Ablehnung oder doch wenigstens ein Abtasten gibt. Dabei betrug die durchschnittliche Bewohnerzahl der Häuser schon vor dem Zweiten Weltkrieg z. B. in Berlin 77 Personen, und auch die Wohndichte in den Dörfern war in früheren Jahrhunderten beträchtlich. Wie auch sonst sind Schlüsse aus Tierexperimenten nur mit Vorsicht zu ziehen, da sie besonders im psychischen Bereich sehr vieldeutig sind. Es besteht kein Grund, die Zunahme von Neurosen auf erhöhte Bevölkerungsdichte zurückzuführen und aus **diesem** Grunde einen Geburtenrückgang zu empfehlen. In der heutigen soziologischen Situation bestehen genügend andere Gründe für das Auftreten von Neurosen. Man muß auch nicht glauben, daß diese früher sehr viel seltener gewesen sind. In den 30er Jahren fand SCHADE bei einer Untersuchung in einem Bevölkerungszensus nach ärztlichen Unterlagen bei 15 % der Erwachsenen neurotische Reaktionen, ohne daß besonders danach gefahndet wurde. Auf dem Lande war die Situation früher viel eingeengter, Abhängigkeiten vom Ehemann, von den Großeltern, vom Bürgermeister, von den Nachbarn, von der Obrigkeit brachten sehr oft Situationen mit sich, die neurotische Reaktionen bewirken konnten und auch bewirkt haben.

Die erste Bevölkerungshypothese, auf der die weiteren aufbauten und die noch heute in ihren Grundlagen bedeutungsvoll ist, stammt von Thomas Robert MALTHUS. Im Jahre 1798 veröffentlichte MALTHUS zunächst anonym ein umfangreiches Werk „An Essay on the Principle of Population as it effects the Future Improvement of Society" – eine Studie über die Grundregeln der Bevölkerung. Die Gedanken von MALTHUS sind aus den Verhältnissen seiner Zeit zu erklären. Durchschnittlich wurden nach seinen Feststellungen damals in Schottland, Irland und England 6 bis 7 Kinder je Ehe geboren. Unter den ungünstigen Wirtschaftsverhältnissen brachen häufig Hungersnöte aus. MALTHUS meinte, die Übervölkerung führe zu Hungersnöten, Kriegen und Revolutionen. Wenn die Bevölkerungen zu groß geworden seien, würden sie auf natürliche Weise durch Seuchen reduziert, er sah dies als einen Teil der göttlichen Weltordnung an. Kaum ginge es der Bevölkerung und insbesondere den Arbeitern wieder besser, so würden mehr Kinder geboren und dadurch die Zustände gerade unter der armen Bevölkerung wieder verschlechtert. Es beruhe dies darauf, daß der Mensch ebenso wie alle anderen Lebewesen die Neigung habe, sich ungehemmt zu vermehren. Dadurch wüchse die Bevölkerung in geometrischer Progression (Tab. 11), während die Erzeugung von Nahrungsmitteln höchstens in arithmetischer Progression zunehmen könne. Diesem Mißverhältnis sei nur mit Vernunft durch eine radikale Geburtenbeschränkung zu begegnen. Als Pfarrer sah MALTHUS eine Möglichkeit für Geburtenbeschränkung nur die in konsequenter ehelicher Enthaltsamkeit. In seinem Werk legt MALTHUS ein umfangreiches Material darüber

	um 1800	nach 25	50	75	100	125	150 Jahren
Einwohner in England	11	22	44	88	176	352	704
Lebensmittel für Einwohner	11	22	33	44	55	66	77

Tab. 11 Zunahme von Bevölkerung und Lebensmitteln in je 25 Jahren nach der Hypothese von MALTHUS

vor, wie besonders in überseeischen Ländern durch konzeptionsverhütende Maßnahmen, durch Aborte und Kindstötungen die Bevölkerung beschränkt würde.
Wie sind die Hypothesen von MALTHUS zu beurteilen?
Gegen das „Bevölkerungsgesetz" wird eingewandt, das Bevölkerungswachstum entspräche nicht immer der progressiven Verdoppelung, der Mangel an Nahrungsmitteln wirke sich schon vorher auf die Bevölkerungsvermehrung aus: Der pessimistische Gedanke, daß die Bevölkerung sich in günstigen Zeiten so vermehre, daß der Nahrungsspielraum bald wieder nicht ausreiche, sei unbegründet. Im Schrifttum ist allgemein vom MALTHUS'schen „Bevölkerungsgesetz" die Rede. Dies beruht auf einer ungenauen Übersetzung, mit „principle" ist offenbar „Grundregel" gemeint, und die Grundregel hemmungsloser Vermehrung trifft, wie MALTHUS dies postuliert, grundsätzlich für alle Lebewesen zu. Es entspricht auch tatsächlich dieser Grundregel, daß in damaligen Zeiten wie heute bei ungehemmter Fortpflanzung eine Verdopplung der Bevölkerung alle 25 Jahre zu erwarten ist. MALTHUS ist demgegenüber nicht pessimistisch, wie behauptet wird, sondern optimistisch, indem er hofft, daß durch eine planmäßige Empfängnisbeschränkung einer Verschlechterung der sozialen Lage vorgebeugt werden könne. Das Problem des Bevölkerungswachstums bei beschränktem Nahrungsmittelangebot und die Frage der Geburtenbeschränkung stellt sich für die Zukunft genau so wie vor 170 Jahren.
In der Hypothese von MALTHUS sind bereits die modernen Auffassungen im Ansatz miteinander verknüpft, nämlich einmal die biologische Hypothese der physiologischen Tendenz zur ungehemmten Vermehrung (vgl. Tab. 4 , S. 19) und die des Versuchs einer psychologischen und zwar rationalen Steuerung. Die psychologische Hypothese halte ich für die wichtigste, weil geistige Komponenten für den Ablauf der Bevölkerungsbewegungen heute ausschlaggebend sind.
Unter diesen Aspekten könnte man einer Bevölkerungsvermehrung z. B. in der Bundesrepublik nur mit großen Besorgnissen entgegen sehen. Es haben sich aber die Auffassungen über die Zweckmäßigkeit der Bevölkerungsvermehrung oder -verminderung in den letzten 200 Jahren

dauernd geändert. Vor MALTHUS galt in Preußen die „Peuplierung" (Bevölkerung-Ansiedlung) als ein wichtiges Erfordernis, und der Mensch als das wertvollste Gut des Staates. Zu MALTHUS' Zeiten gab es dann in England Hunger und Elend, deren Ursache in der Übervölkerung gesucht wurde; als Mitte des vorigen Jahrhunderts überseeische Gebiete und insbesondere die USA erschlossen wurden, setzte sich die Auffassung der produktionssteigernden Wirkung der wachsenden Menschenzahl durch, die besonders für ein schwach bevölkertes Land, wie die USA, von Bedeutung sein mußte. Beim Konjunkturrückgang nach den 70er Jahren wurden die Gedanken von MALTHUS über Geburtenbeschränkung wieder aufgenommen, und vom Neumalthusianismus vor allem Präventivmaßnahmen propagiert; um 1900 wurde bei günstigen Wirtschaftsbedingungen, besonders auch in Frankreich, wieder die Geburtenzunahme befürwortet. In der Depression nach dem Ersten Weltkrieg und besonders gegen Ende der 20er Jahre sah man die Ursache für die schlechte wirtschaftliche Lage wieder in einer Übervölkerung, in den 30er Jahren wurde dagegen wieder – und zwar nicht nur in Deutschland – Kinderreichtum mit nationalistischen Tendenzen propagiert. Während wir um 1930 sechs bis sieben Millionen Erwerbslose hatten, standen wir in den 60er Jahren im Zeichen der Voll- und Überbeschäftigung, obgleich die Bevölkerungsdichte in Westdeutschland vor allem durch die Vertriebenen ganz erheblich gestiegen war (Bevölkerungsdichte in der Bundesrepublik = 239, vgl. Tab. 10). Die Nachfrage nach Arbeitskräften nahm bekanntlich so zu, daß über zwei Millionen Gastarbeiter zum Ausgleich nach Westdeutschland kamen. Dieser dauernde Wechsel der öffentlichen Auffassung, ja sogar die der Sachverständigen, beweist zunächst, daß es kein Bevölkerungsoptimum gibt. Das „Optimum" wechselt jeweils nach den Bodenschätzen und der Organisationshöhe des betreffenden Landes bzw. Volkes.

Worauf sind nun diese Schwankungen in der Auffassung zurückzuführen? Schon im Altertum (PLINIUS) war bekannt, daß es Periodizitäten der Konjunktur gibt. In freier kapitalistischer Wirtschaft übersteigert sich nach manchen Hypothesen eine Aufwärtsbewegung zu einem Zustand großer Spannungen in der Hochkonjunktur, die sich dann in einer Krise lösen und zum Abschwung führen, darauf folgt später eine neue Aufwärtsbewegung. Es wurde behauptet, daß die Wirtschaftswissenschaft jetzt in der Lage sei, vorausschauend diesen jeweils etwa achtjährigen Ablauf zu regulieren. Im Zusammenhang mit diesem Zyklus und neben diesen Konjunkturwellen haben Schwankungen in der Häufigkeit von Eheschließungen mit den nachfolgenden Geburten usw. Einfluß auf kurzfristige Bevölkerungsentwicklungen.

Demgegenüber haben die langen Wellen eine weit größere Bedeutung. Die potentielle Bevölkerungskapazität hängt, wie wir gesehen haben, zunächst von den Möglichkeiten des Landes in landwirtschaftlicher und

industrieller Hinsicht ab, dann aber auch davon, in welcher Weise die Möglichkeiten genutzt werden können. Schon nach Friedrich LIST hat jede Wirtschaftsform ihr Fassungsvermögen an Menschen. Es sei auf eine Modellvorstellung von WAGEMANN hingewiesen (Abb. 13). Unter

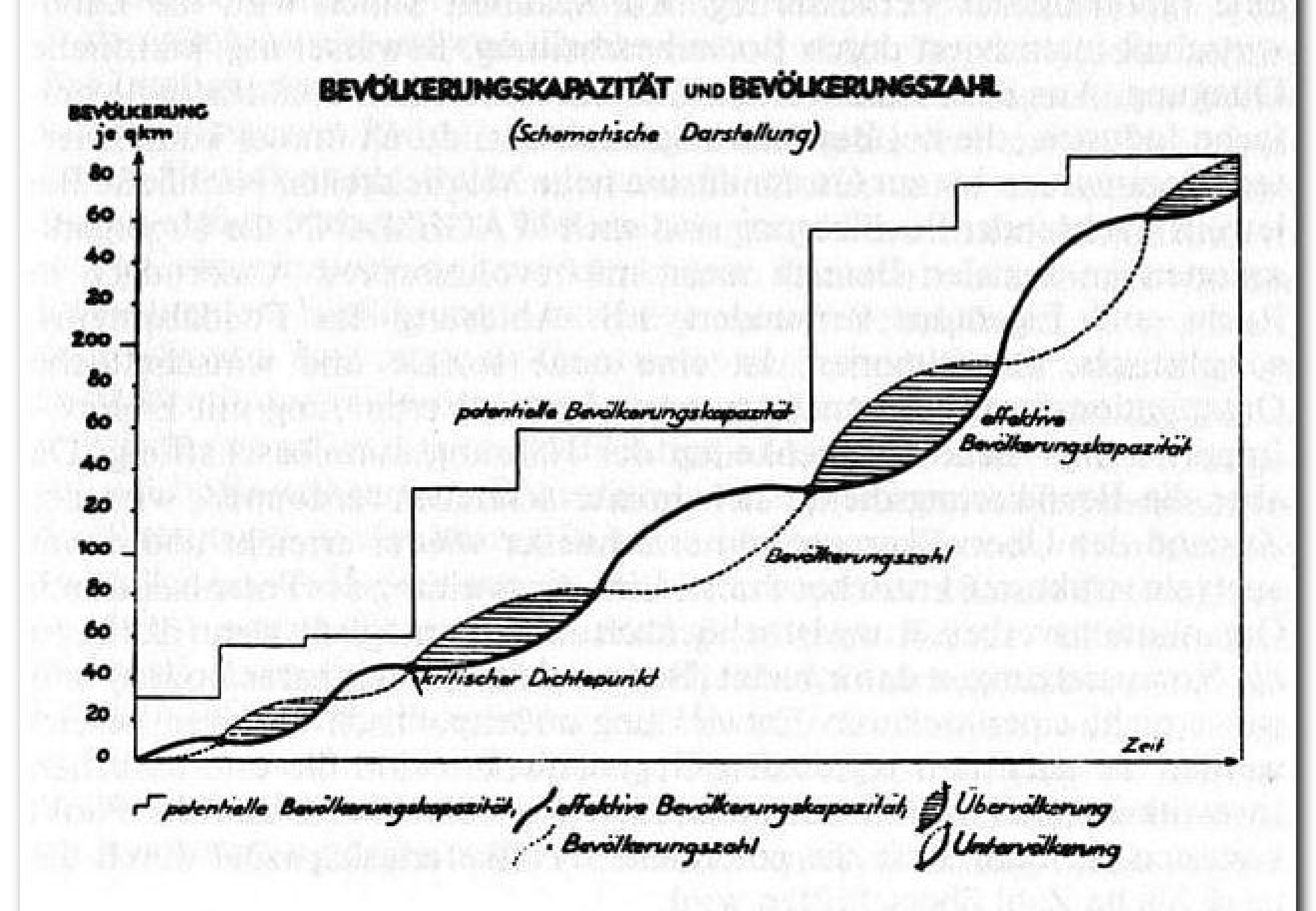


Abb. 13 Schema von Bevölkerungskapazität und Bevölkerungszahl (aus WAGEMANN)

„potentieller Bevölkerungskapazität" ist eine obere Grenze verstanden, die sich auf Kenntnisse über noch ungenutzte und nicht erschlossene Naturschätze gründet, während die effektive Bevölkerungskapazität die Versorgungslage ausdrückt, wie sie unter der gegebenen Fassungskraft des Wirtschaftsraumes besteht. Nach dieser Definition besteht eine relative Übervölkerung, wenn die effektive Bevölkerungskapazität für die Bevölkerungszahl nicht ausreicht, eine absolute Übervölkerung, wenn auch die potentielle Bevölkerungskapazität zu gering ist.
Reicht im primitiven Zustand der „Jäger und Sammler" die spontane Fruchtbarkeit des Landes nicht aus, so besteht relative Übervölkerung. Durch eine erste Organisation zur Weidewirtschaft werden neue Möglichkeiten erschlossen, bis auch diese bei zunehmender Bevölkerung erschöpft sind und Sterblichkeit und Herabsetzung der Fruchtbarkeit die weitere Zunahme einschränken. Der Übergang zum Ackerbau mit Seßhaftigkeit

erschließt zunächst ein ungeahntes Potential, durch die Neuorganisation entsteht Untervölkerung, bis durch verstärktes Wachstum erneut Übervölkerung eintritt. Dies wiederholt sich auf verschiedenen Stufen in immer neuen Wellen: es tritt Arbeitsteilung ein, durch Handwerksarbeit erfolgt eine rationalisierte Verbesserung. Auf späteren Stufen wird die Landwirtschaft intensiviert durch Bodenbearbeitung, Bewässerung, künstliche Düngung. Aus dem Handwerkerstand entwickelt sich zunächst eine einfache Industrie, die bei Bevölkerungswachstum durch immer kompliziertere Organisation bis zur Großindustrie neue Möglichkeiten erschließt. Bei jeweils wachsender Bevölkerung sind nach WAGEMANN die Umorganisationen im sozialen Bereich meist mit revolutionären Änderungen in Recht und Eigentum verbunden, z.B. Ablösung des Feudalsystems, sozialistische Revolutionen. Ist eine neue soziale und wirtschaftliche Organisationsform gewonnen, so entstehen in Verbindung mit Export – Import immer neue Möglichkeiten der Nahrungsmittelbeschaffung. Da aber die Bevölkerungsdichte sich immer schneller verdoppelt, wird der Zustand der Übervölkerung immer schneller wieder erreicht und damit auch ein strukturell kritischer Punkt. Eine Ausweitung des Potentials durch Organisationsverbesserung ist schließlich aber nur möglich, wenn das Land die Voraussetzungen dafür bietet (Bodenschätze, fruchtbarer Boden) und wenn nicht einer weiteren Entwicklung außenpolitisch Grenzen gesetzt werden. Je nach den regionalen Gegebenheiten sind die erforderlichen Investitionsmittel sehr verschieden, für viele Völker wird bald der Punkt kommen, an dem auch die potentielle Bevölkerungskapazität durch die tatsächliche Zahl überschritten wird.
WAGEMANN versucht, seine Hypothese durch Beispiele aus zahlreichen Bevölkerungen zu belegen. Es läßt sich aber nicht übersehen, daß auch diese Hypothese nur eine Modellvorstellung ist, denn die Verhältnisse in den USA oder in der UdSSR mit einer Bevölkerungsdichte um 20 lassen sich nur schwer in dieses Schema eingliedern. Allerdings muß man dabei berücksichtigen, daß in so großen Ländern hochindustrialisierte Gebiete mit großer Bevölkerungsdichte, landwirtschaftliche Bezirke mit geringer und Ödgebiete nebeneinander liegen.

Das naturwissenschaftlich-technische Zeitalter, das in Europa zur Industrialisierung geführt hatte, beruht auf der Entwicklung einer konsequenten rationalistischen Denkweise. Diese findet zunächst ihren Ausdruck in der Durchorganisation der europäischen Staaten mit großzügiger Investierung und Industrialisierung. Da die rationalistische Planung zunächst von einer Oberschicht ausgeht, wirkt sich diese Denkweise im privaten Leben zunächst auch nur in der europäischen Oberschicht aus. Die sozialistischen Hypothesen, die Geburtenhäufigkeit sei abhängig von

Armut oder Wohlstand der Arbeiterbevölkerung, haben sich demgegenüber nicht als richtig erwiesen. Wohl aber verbreitet sich rationalistische Denkweise in jeder Beziehung und damit auch im intimen persönlichen Bereich im Laufe eines Jahrhunderts in allen Schichten der Bevölkerung. In Übersee wurde dagegen bei der eingeborenen Bevölkerung durch die Kolonialmächte die rationale Denkweise nur aufgepfropft. Hygiene und die Bekämpfung der Seuchen sind nicht als eigenes Gedankengut dieser Bevölkerung anzusehen. Daher bleibt auch bei Rückgang der Sterbeziffer die bisherige Fortpflanzungsweise erhalten. Es ist also auch ein ideologischer Irrtum, daß man durch evtl. Industrialisierung in den Entwicklungsländern einen Geburtenrückgang bewirken könnte. Dieser ist vielmehr nur von der konsequenten Einführung einer allgemeinen Schulpflicht zu erwarten, durch die sich eine rationale Denkweise ausbreiten könnte. Allerdings ist es nicht mit dem Erlernen von Lesen und Rechnen getan, an das Lesen muß sich eine rationalisierende Bildungspolitik anschließen. Wie wirkungsvoll solche Bemühungen z.B. in afrikanischen, stark emotional gesteuerten Bevölkerungen in absehbarer Zeit sein können, muß noch offen bleiben. Sicherlich ist von Bedeutung, daß sich in Europa die rationale Entwicklung in einem langen Prozeß aus einer gegebenen Kultur vollzogen hat. Während Japan diesen Prozeß nachvollziehen konnte, ist dies in anderen Ländern offensichtlich nicht der Fall. Es wäre bedenklich, wenn die teils vertretene monokausale Hypothese, der Geburtenrückgang sei soziologisch mit der Industrialisierung verbunden, nur zu industriellen Investierungen anstatt zur Einrichtung von Schulen und Ausbildungsstätten führte.

V. VÖLKER- UND KULTURTOD

Zur Frage des **Völkertodes** hat SCHWIDETZKY eine ausgezeichnete Studie veröffentlicht. Unter „Volk" wird hierbei eine Gruppe verstanden, die durch gemeinsame Sprache, Geschichte und Lebensraum ausgezeichnet ist und ein Gemeinschaftsbewußtsein und -gefühl aufweist. Es ist die Frage aufgeworfen, ob Völker infolge Geburtenarmut zugrunde gehen. Griechen und Römer waren zu ihrer Blütezeit jeweils das zahlenmäßig stärkste Volk der damaligen Welt. „Zu meiner Zeit", schrieb POLYBIOS, einer der achäischen Deportierten (um 210 - 127), „litt ganz Griechenland an Kinderlosigkeit und überhaupt an Bevölkerungsrückgang ....., obwohl wir weder von längeren Kriegen, noch von ansteckenden Krankheiten heimgesucht wurden. Die Menschen sind in Trägheit, Geldgier und Vergnügungssucht verfallen, sie wollen nicht mehr heiraten, oder – wenn sie es tun – nicht die ihnen geborenen Kinder aufziehen, sondern nur eins oder zwei, um diese reich zurückzulassen und in Üppigkeit aufwachsen zu lassen ..... . So ist binnen kurzem das Unglück unbemerkt so groß geworden". Der Geburtenrückgang war nur der Widerspiegel der geistigen Situation der Zeit. Nach einer Einwohnerliste von Ilion in hellenistischer Zeit waren unter 102 Bürgern 68 ledig, 17 Ehen kinderlos. Die durchschnittliche Kinderzahl in den fruchtbaren Ehen betrug 1,2 , in allen Ehen 0,8 (zit. aus SCHWIDETZKY). Aus dem gesamten Peloponnes rekrutierten sich bei Platäa im Jahre 379 v.Chr. 74.000 Soldaten, für das Jahr 120 n. Chr. wurden nur noch 3000 Waffenfähige geschätzt. Sparta stellte für die Perserkriege 500 v.Chr. 8000 Waffenfähige, 130 Jahre später bei Leuktra (371 v. Chr.) nur noch 1500 Männer, eine entscheidende Ursache für die Niederlage und staatliche Auflösung (SALLER).

Die Effektivstärke Roms war bis zur Völkerwanderung ausreichend, das Reich zusammenzuhalten, aber die emotionalen Kräfte fehlten. „Im Jahre 200 v. Chr. hatte Italien noch 22 Millionen Einwohner, im Jahre 350 n. Chr. nur noch 5 Millionen trotz starken Zuzugs von außen. Und bald darauf hatte Rom nur noch die Einwohnerzahl eines Dorfes". Schon unter Kaiser Augustus gab es bevölkerungspolitische Gesetze, die einen Anreiz für Geburten geben sollten.

Als bevölkerungspolitische Maßnahme waren u.a. in der lex Julia de maritandis ordinibus (18 v. Chr.) die Bestimmungen gedacht, daß Junggesellen keine Erbschaft antreten durften. In der lex Papia Poppäea (9 v. Chr.) wurden die Bestimmungen dahingehend erweitert, daß verheiratete Männer über 25 Jahre ohne Kinder und Frauen über 20 Jahre mit weniger als drei Kindern nur die Hälfte der Erbschaft antreten durften (LENZ). Die Literatur über Finanzausgleich für kinderreiche Familien nimmt heute einen weiten Raum ein, trotzdem gibt es keine Ansätze zu einer befriedigenden Lösung. (vgl. S. 90f)

Die meisten Völker gingen durch Kriege zugrunde, daneben spielte das Auftreten von Seuchen eine entscheidende Rolle in der Vernichtung von Völkern. Nach der Niederwerfung wurden z. B. von den 200 000 bis 300 000 Karthagern 50 000 Kriegsgefangene fortgeführt, von denen eine große Zahl als Sklaven auf den Markt kamen. Die Assyrer wurden durch ihre eigenen Expansionskriege zu sehr geschwächt. Die 60 000 Vandalen in Nordafrika gingen, nachdem von BELISAR etwa 6 000 Männer umgebracht waren, in der millionenstarken umgebenden Bevölkerung (GAUTIER) auf. In ähnlicher Weise wurden die Westgoten in Spanien aufgesogen. Die Tasmanier starben 1876 aus, nachdem sie „wie wilde Tiere" gejagt waren, auch gleichsam unter Naturschutz zeigten sie dann keinen Lebenswillen mehr und wollten, aus ihrem ethnischen Gefüge herausgerissen, keine Nachkommen. Bei unterlegenen Völkern zeigt sich nach SCHWIDETZKY eine quantitative und qualitative Niveauminderung, die zur ethnischen Dissimilation führt. Die Heirats- und Fortpflanzungsschranken zerbrechen, oft folgt Völker- und Rassenmischung. So sagten die Griechen von den sieben Millionen Aegyptern: sie sind gesund, aber vermischten sich mit Negern, und „das nationale Leben hatte schon lange sein Ende erreicht". Auf einem Papyrus schrieb ein Mann in der zu Ende gehenden Zeit Aegyptens aus der Fremde an seine Frau: „Wenn Du – ich wünsche Dir alles Gute – niederkommen solltest, laß es leben, wenn es ein Knabe ist, aber wenn es ein Mädchen ist, werf' es weg". In 4 von 12 der von SCHWIDETZKY untersuchten Völker wurde das Volksende durch Beseitigung der Oberschicht herbeigeführt; auch die Perser gingen durch eine in den Kriegen erfolgte Dezimierung der Führungsschicht zugrunde. Nach verlorenen Kriegen kann neben der Gewalt die Resignation zur psychogenen Volksauflösung führen. Dabei bedeutet die Volksauflösung kein biologisches Erlöschen – wenn auch oft eine starke Reduzierung der Substanz –, sondern ein Erlöschen des Selbstverständnisses, des Selbstbewußtseins und damit der Organisationskraft.

Der Untergang der jeweiligen Staatsform braucht die biologische Substanz nicht entscheidend zu treffen. Es wird uns kaum bewußt, daß in unserer Zeit mächtige Imperien, die denen des Altertums nicht nachstanden, ihr Ende fanden, so im vorigen Jahrhundert das Osmanische Reich, das sich in seiner größten Ausdehnung von Ungarn bis Persien erstreckte. Auf die Bevölkerung des Balkans oder die Türkei wird das keinen Einfluß gehabt haben. Im Anfang unseres Jahrhunderts löste sich das Österreichische Kaiserreich in seine Bestandteile auf, es war dies übrigens ein Staatengebilde, das nach den heute vielfach vertretenen ökonomischen Gesichtspunkten eine ausgezeichnete Integration des Südostens bewirkte. In den letzten Jahrzehnten hat ohne viel Aufhebens ein Weltreich sein Ende gefunden – Großbritannien. Ähnliches gilt für Frankreich und früher für Spanien und Portugal. Die europäischen Völker haben trotzdem durch

Ausbreitung in Übersee nicht nur in Nordamerika, unabhängig von der Staatsform eine gewaltige biologische Expansion erfahren. Auch durch den Untergang des Deutschen Reiches als Staatsform ist trotz großer Menschenverluste die biologische Substanz des Volkes keineswegs so getroffen, daß nicht alle geistigen und kulturellen Möglichkeiten offenständen.
Das einzige Land Europas, das in der jüngsten Geschichte einen starken Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen hatte, war Irland. Die Bevölkerung nahm von 8.3 Mill. im Jahre 1845 auf 5.8 Mill. im Jahre 1861 ab, sie reduzierte sich bis 1921 noch auf 4.4 Mill. Dieser Bevölkerungsrückgang ist auf die Entrechtung und Vertreibung der Pächter und Bauern und auf Hungersnöte zurückzuführen, die zur Auswanderung zwangen in der Zeit von 1845 – 1855 allein 2 Mill. Menschen. Durch die starke Auswanderung von Männern im heiratsfähigen Alter geht der Geburtenüberschuß, von 1808 – 1872 mit 10.7, schon 1888 – 1892 auf 4.4 zurück, die eheliche Fruchtbarkeit bleibt aber noch hoch. Irland ist das prägnante Beispiel einer Bevölkerungs-

---

Völkertod — Kulturtod

◁ keine genetische „Degeneration" ▷

physisch ◁ Einfluß überwiegend ▷ psychisch

Tötung der Führungsschicht ▷ Verlust der übergeordneten Ideen (Religion)

Gewalt, Ausrottung

▽

Katastrophen

Verlust der Organisationskraft

Seuchen

▽

Desintegration

Geburtenrückgang ◁ ▽

Assimilation

Nach diesem Schema ist der Völkertod in erster Linie physisch, der Kulturtod psychisch verursacht. Eine Alterung oder Degeneration der genetischen Substanz, die zum kollektiven Tod führt, gibt es nicht. Die Ausrottung der Führungsschicht, sei es mit Gewalt oder durch Seuchen, kann den Verlust der übergeordneten Organisationsidee mit sich bringen. Andererseits führt die psychisch bedingte Desintegration der Bevölkerung zu Geburtenrückgang und gegebenenfalls zur Assimilation.

weise, wie sie sich unter Hungersnöten und Unterdrückung in früherer Zeit entwickeln konnte.
In ungewöhnlicher Weise ist Westberlin vom Rückgang und Unterwanderung der deutschen Bevölkerung betroffen. (s.S. 94ff.) Dies beruht nicht nur auf seiner isolierten politischen Situation.
Mit dem Völkertod durch Gewalteinwirkungen, Seuchen und Geburtenrückgang ist ein **Kulturtod** nicht gleichzusetzen (siehe Schema). O. SPENGLER geht in seinem bekannten Werk von der Frage aus „Gibt es eine metaphysische Struktur der historischen Menschheit?" und „Liegen allem Historischen biographische Urformen zugrunde?" Er bejaht dies und sagt darüber hinaus: Kulturen sind Organismen, Kulturen sind Pflanzen. Die Annahme einer metaphysischen Wendung zum Tode unserer Kultur stieß in der Untergangsstimmung nach dem Ersten Weltkrieg auf große Resonanz. SPENGLER strebte eine vergleichende Geschichtsbetrachtung verschiedener Epochen an, um den weiteren Ablauf erkennen und voraussagen zu können. Tatsächlich haben sich in den 50 Jahren seit seiner Vorausschau erstaunliche Parallelen in der Entwicklung gezeigt. Da SPENGLER den Ablauf der Geschichte als zwangsläufig ansieht, ist die Betrachtung der verschiedenen Epochen im Grunde wertungsfrei. O. SEECK hielt es für einen uralten Gemeinplatz, daß Völker Individuen seien und ganz dieselben Entwicklungsstufen durchlaufen müßten wie das Einzelgeschöpf, denn schon VARRO habe versucht, indem er Kindheit, Jugend, Mannesalter und Greisentum der Römer nach gleichen Zeiträumen abgrenzte, zu berechnen, wann sein Volk sterben würde. Von biologischer Seite hat die Auffassung SPENGLER's insofern Kritik erfahren, als eine Alterung oder „Degeneration" der Erbanlagen nicht zwangsläufig eintritt, diese vielmehr, wenn man von Mutationen absieht, auch nach Ablauf von 30 oder 40 Generationen genau die gleiche Potenz zur Entwicklung in sich tragen, wie zu Beginn des betreffenden Kulturzeitraumes. Wenn dem Kulturablauf keine biologischen Ursachen zu Grunde liegen, müssen es psychologische sein. Die landläufige Auffassung, daß günstige geographische Verhältnisse, wie Flußläufe usw. die Entstehung einer Kultur provozieren, hat TOYNBEE nicht bestätigt. Er hat dieser Auffassung entgegengesetzt, daß ungünstige klimatische und geographische Umstände, harte Umweltverhältnisse eine Herausforderung der Natur an den Menschen bedeuten, besondere Kräfte zu entwickeln. Auch TOYNBEE sieht den Kulturablauf als etwas prozeßhaft Dynamisches an. Er wendet sich gegen die Rassentheorie mit der Begründung, daß die gleichen und ähnlichen Bevölkerungen mit oder ohne Kulturprozeß lebten. Dasselbe läßt sich aber auch gegen die TOYNBEE'sche Hypothese anführen, gleiche Bevölkerungen haben auf gleiche Anforderungen verschieden reagiert oder leben in verschiedenen Kulturzuständen nebeneinander.
An den Erörterungen von WAGEMANN (S. 47) haben wir schon ge-

sehen, daß zwischen Bevölkerungszahl und -dichte und der Organisationshöhe enge Beziehungen bestehen. Eine Differenzierung der Bevölkerung ist nur bei einem gewissen Umfang und unter bestimmten gesellschaftlichen Verhältnissen möglich. Es zeigt sich aber, daß es Länder großer Bevölkerungsdichte ohne Kulturprozeß gibt. Die Bevölkerungsdichte kann also ebenso wie Rasse und Umwelt nicht allein entscheidend für die Kulturentstehung sein. Sie können es auch nicht sein, da Kultur in erster Linie ein psychologisches Problem ist. Kulturentstehung ist offenbar dann möglich, wenn unter dem Druck zunehmender Bevölkerungsdichte besondere Anlässe zu ausgesprochener Differenzierung der Bevölkerung bestehen. Eine erhebliche Differenzierung ist erst möglich bei Entwicklung einer starken Herrschaftsschicht, etwa nach Eroberungen. Wenn Kultur nach Wanderungen entsteht, haben diese vermutlich nur indirekte Bedeutung. Differenzierung ist zwar notwendig bei der Herausforderung der Umwelt im Sinne von TOYNBEE, man denke etwa an das Niltal, aber eine weitere Voraussetzung ist eine gewisse Bevölkerungsdichte. Für die Organisation des Niltals brauchte man außerdem wesentliche Kenntnisse, z. B. der Physik und Mathematik. Größere Organisationsleistungen lassen sich nur unter ausgesprochenem Druck durch Herrschaftssysteme erzwingen, die durch Unterwerfung oder Kriege (Sklaven) begünstigt werden. Unter einem gottähnlichen König entwickelt sich später ein ausgesprochener Klerus. Psychologisch dürfte dies in zweierlei Hinsicht von entscheidender Bedeutung sein, einmal damit die Gewalt gegenüber dem Volk gerechtfertigt wird, und damit andererseits aber auch die herrschende Schicht eine innere Rechtfertigung für ihr Handeln erhält. Zu dem Zeitpunkt, wo die Menschen für die Regulierung des Flusses, für die Bewässerungssysteme, für die Rodung des Dschungels usw. nicht mehr benötigt werden, wird die Organisationskraft zweckentfremdet und für ideologisch begründete Vorhaben verwandt, die nicht zweckbestimmt sind, seien es die Pyramiden der Aegypter, der Inkas oder die Schlösser des Absolutismus. Es ist psychologisch einleuchtend, daß, aufbauend auf dem Einfachen, das Fortschreiten zu Kompliziertem jeweils in den verschiedenen Kulturen Parallelen aufweist. Mit zunehmendem Druck wird später der Glaube, die Bindung an die hierarchischen, religiösen und weltlichen Systeme durch zunehmende Kritik und Rationalisierung erschüttert. Dadurch muß es im Laufe der Zeit in allen Kulturen zu ähnlichen Abläufen kommen, wie sie SPENGLER festgestellt hat. Das Ende der Kulturen tritt dann ein, wenn die Auflösung auch die notwendigen und zweckmäßigen Ordnungssysteme erfaßt. Zudem wird mit fortschreitender Bevölkerungsdichte die Organisation des Volkskörpers immer schwieriger. Die Mitwirkung am Staatswesen wird schließlich immer mittelbarer, so daß die Menschen den direkten Zusammenhang der Erfordernisse nicht mehr begreifen können, der Mensch selbst wird als Funktionär nur ein Teil der unübersichtlichen Gesamt-

organisation. Die immer weitergehende Spezialisierung führt endlich zur Entseelung der Organisation, bis schließlich die Notwendigkeit der sinnvollen Ordnung nicht mehr von den Organisierten und zuletzt auch nicht mehr von den Organisierenden durchschaut wird: das Ethos der Ordnung geht verloren. Der Kulturablauf ist also kein biologisches, sondern ein psychologisch-soziologisches Phaenomen. Die Entwicklung geht unaufhaltsam in eine Richtung. ORTEGAY GASSET formuliert das folgendermaßen: „Vor uns eröffnen sich die verschiedenen Möglichkeiten des Seins, aber hinter uns liegt das, was wir gewesen sind. Und das, was wir waren, wirkt negativ auf das, was wir sein können. Der europäische Mensch ist 'demokratisch', 'liberal', 'absolutistisch', 'feudal' gewesen, aber er ist es nicht mehr. Soll das – streng genommen – bedeuten, daß er es überhaupt nicht mehr ist? Natürlich nein. Der europäische Mensch ist all das immer noch, aber er ist es in der Form, es 'gewesen zu sein'. Wenn er alle diese Erfahrungen nicht gemacht, wenn er sie nicht hinter sich hätte, und er sie nicht weiterhin wäre in der Form des Gewesenseins, dann wäre es möglich, daß er sich angesichts der Schwierigkeiten des gegenwärtigen politischen Lebens entschließen würde, mit einer gewissen Illusion eine dieser Haltungen zu versuchen. Aber das Gewesensein ist die Macht, die ganz automatisch verhindert, etwas zu sein".

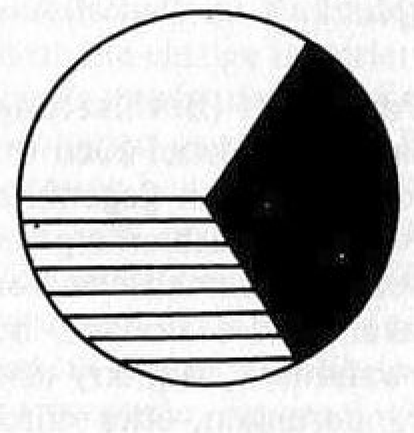
Die Frage für die Zukunft ist, ob wir mit den geistigen Möglichkeiten unserer Zeit die Gefahr eines kulturellen, geistigen und organisatorischen Niederganges, der auch die wirtschaftlichen Verhältnisse betreffen würde, erkennen und abwenden können. Die Einengung des Bewußtseins, d.h. der Kenntnisse, und Unverständnis bezüglich der Bedeutung historischer Zusammenhänge bei einem Teil der jüngeren Generation läßt schwere Bedenken aufkommen. Einer der wichtigsten Punkte ist dabei, daß Kultur neben rationaler Durchdringung emotionale Bindung voraussetzt und daß beides harmonisch miteinander verbunden sein muß. RENSCH hofft, daß sich die Phase der blinden Geschichts- und Kulturentwicklung ihrem Ende nähert. Die Menschheit ist zwar einsichtig geworden, aber offensichtlich noch unfähig, nach ihren Einsichten zu handeln.

Schon um die Jahrhundertwende hatte der Soziologe DURKHEIM die Frage aufgeworfen, ob es möglich sein würde, neue Wege, etwa eine Weltanschauung, zu finden, durch die verbindliche neue Wertsysteme begründet werden könnten. Schon DURKHEIM sah in der allgemeinen Rationalisierung und in der Auflösung der integrierenden Kraft der Religion eine Zerstörung der Wertsysteme, das Fehlen von sozialen Normen und seelische Richtungslosigkeit auftreten. Diesen Zustand, in dem es keine verbindlichen Normen gibt und der zu einer sozialen und seelischen Auflösung der Gesellschaft führt, bezeichnete DURKHEIM als Anomie. Es ist einleuchtend, daß Ideale der westlichen Welt, wie „persönliche Freiheit" und „kritisches Bewußtsein" in jeder Hinsicht den Zustand der

Anomie in der Gesellschaft fördern und damit für weite Teile der Gesellschaft zu Richtungslosigkeit und Haltlosigkeit führen. Es scheint als ob die einzige integrierende Kraft, welche die Anomie bisher beseitigen könnte, entweder im Kommunismus (China) oder in nationalistischen Ideologien gegeben ist. Ein soziales Wertsystem, das allgemeine Anerkennung beanspucht,muß aus sich zu totalitären Strukturen führen. Dies wird sich bis zur Gewaltanwendung steigern, wenn die ideologischen Wertsysteme nicht der Wirklichkeit entsprechen, also konstruiert sind, und wenn sie nicht allen Teilen der Bevölkerung in ausreichendem Maße gerecht werden. Im übrigen handelte es sich auch bei den Religionen um Wertsysteme, die geschichtlich in einer dauernden Entwicklung begriffen waren und vielfach ihre Anerkennung nur mit Gewalt erzwingen konnten. Vom Standpunkt der menschlichen Evolution gesehen erhebt sich die Frage, ob nicht das Ringen um neue Wertsysteme mit allen Erfolgen und Fehlschlägen im Zusammenhang mit der Zunahme der Bevölkerung und der Organisationshöhe ein notwendiger und unabdingbarer Bestandteil in der Geschichte der Entwicklung der Menschheit darstellt. Ohne Wertsysteme kommt es zur „Fellachisierung", wie SPENGLER das Erlöschen der Kultur bezeichnet hat.Ein geistiges Dahinvegetieren braucht sich nicht in der Ausbreitung einer primitiven Landwirtschaft zu äußern, sondern kann sich auch bei hochtechnisierten Völkern in allen Schichten zeigen. Es fragt sich nun, ob wir im Sinne von SPENGLER die Situation pessimistisch betrachten müssen, oder ob Ansätze zu einem neuen Ethos denkbar sind.
Auch nach SPENGLER ist eine Wertung der einzelnen Zeitabschnitte nicht angebracht. Wir sollten überlegen, daß unser heutiges Zeitalter gegenüber dem mittelalterlichen Weltbild und seinen Erscheinungen in der westlichen Welt einen ganz außerordentlichen Fortschritt bedeutet. Keine Zeit gab es so frei von Knechtschaft, Grausamkeit, Folter, Ungerechtigkeit, Qualen durch Krankheit, Arbeitsüberlastung u.a. wie heute. Sind die Erfolge der Technik und Naturwissenschaften, sind die heutigen philosophischen Systeme keine Geistesleistungen, vergleichbar mit den Größten der Vergangenheit? Wir stehen zu sehr in der Zeit und sind zu sehr von dem Aspekt des Täglichen gefangen, um die Höhe, zu der sich die Menschheit trotz allem im Gesamtbild erhoben hat, voll zu erkennen. Versetzen Sie sich in das Alltägliche des Mittelalters oder in die Tagespolitik vor 150 Jahren, auch damals lebte der Mensch im Spannungsfeld von Gut und Böse, von Recht und Unrecht, von Wahrheit und Irrtum.
Wenn wir in unseren Betrachtungen zu dem heutigen Punkt des geschichtlichen Ablaufs zurückkehren, können wir feststellen, daß **entgegen den Menschen früherer Epochen, dem Heutigen die Ursachen des Prozeßhaften erkennbar werden und damit jedenfalls hypothetisch wissenschaftlich analysierbar und damit auch lenkbar.**

VI. DIFFERENTIELLE FORTPFLANZUNG (AUSLESE) UND WANDERUNGEN

Biologische Auslese bedeutet, daß sich eine Population (Bevölkerung) gegenüber einer anderen stärker vermehrt; es kann sich dabei auch um eine Gruppe innerhalb einer Bevölkerung handeln, die sich gegenüber anderen Gruppen stärker fortpflanzt. Allgemein wird die Ausbreitung von Lebewesen durch gute Anpassung an die Umwelt, also klimatische Verhältnisse, Ausnutzung der Ernährungsmöglichkeiten des Bodens, bei Tieren außerdem durch Schnelligkeit, Kraft, Gewandtheit, Mimikry usw. gefördert. Es ist möglich, daß durch Klimaveränderungen, etwa durch Ansteigen oder Sinken der Temperatur, die Lebensverhältnisse für bestimmte tierische oder pflanzliche Rassen so ungünstig werden, daß sie im Laufe weniger Generationen zugrunde gehen. Andere dagegen, die gegenüber dem neu hereinbrechenden Klima auf Grund erblicher Veranlagung besser angepaßt sind, vermehren sich schnell und verdrängen die alte Population. Tiere und Pflanzen, die gegenüber bestimmten Infektionserregern empfindlich sind, können schnell zugrunde gehen, es überleben die Nachkommen der Individuen, die gegen diese Krankheitserreger resistent sind. Unter Populationen von Pflanzen und Tieren, die auf Grund ihrer Erbanlagen eine ähnlich gute Anpassungsmöglichkeit haben, bildet sich in der Natur ein Gleichgewicht in der Fortpflanzung und Ausbreitung heraus.
Erbliche Eigenschaften, die ausschließlich dem Menschen eine starke Überlegenheit geben, sind die geistigen. Sie haben dazu geführt, daß der Mensch zunächst die ihn bedrohenden großen Tiere vernichten konnte; ja, daß es ihm später sogar gelungen ist, die Bakterien und Viren in ihrer infektionserregenden Bedeutung zu erkennen und sie weitgehend auszuschalten. Man könnte sagen, daß dadurch das Gleichgewicht der Lebewesen auf der Welt gestört wurde, weil es zu einer ungeheuren Ausbreitung der Gattung Mensch gekommen ist: vom Gleichgewicht der übrigen Lebewesen her gesehen, gibt es zur Zeit eine „Menschenepidemie". Der einzige Feind, der dem Menschen geblieben ist und der seine Ausbreitung bedroht, ist der Mensch selbst.
In der Entwicklungsgeschichte des Menschen werden zunächst wohl die physisch Stärkeren sich durchgesetzt haben, dann aber zunehmend diejenigen, welche auf Grund ihrer geistigen Begabung durch Anwendung einer – wenn auch zunächst nur primitiven – Technik oder auch mit List und Berechnung ihren Gegner besiegten. Die Anwendung überlegener Technik im Kriege bedeutete dann den entscheidenden Vorteil: vom Steinbeil über Speer, Bogen, eiserne Waffen, Schußwaffen und Panzer zur Atombombe. Bis in die neueste Zeit konnten kriegerische Erfolge zugleich auch die Ausbreitung der betreffenden Völker bedeuten, es war dies jedoch keineswegs die Regel. Wenn es sich um eine kleine Erobererschicht



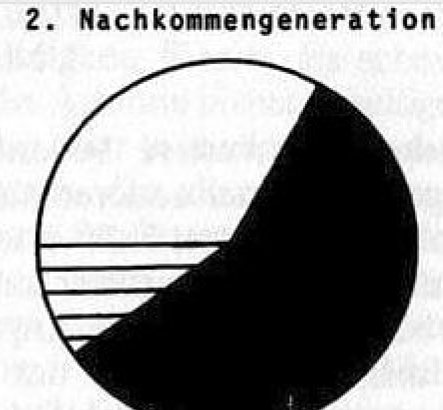


Abb. 14 Verschiebung von Populationsgrößen bei einer Fortpflanzungsrate von 0,7 : 1,3 nach nur 2 Generationen.

handelte, konnte sie von der großen Bevölkerung der Unterworfenen nach wenigen Generationen aufgesogen werden; der biologische Sieger war dann die unterworfene Bevölkerung. Abb. 14 zeigt, daß die Verschiebung der Bevölkerungsgrößen sehr schnell vor sich gehen kann. Bei einer unterschiedlichen Fortpflanzungsrate von 0,7 zu 1 zu 1,3 , die annähernd einer unterschiedlichen Kinderzahl von 2 zu 3 zu 4 pro Ehe entspricht, würde sich die am schwächsten fortpflanzende Bevölkerungsgruppe in zwei Generationen von ein Drittel auf ein Zehntel der Gesamtpopulation vermindern. Die Bedeutung einer sochen relativen Verminderung unter machtpolitischen Verhältnissen ist ins Auge fallend. Selbst unter demokratischen Voraussetzungen bedeutet eine derartige Verschiebung der Stimmenzahl unwiderruflich das Abgleiten in eine Minderheit. Differentielle Fortpflanzung ist daher nicht nur bedeutsam für rein biologische Merkmale, wie etwa Temperaturempfindlichkeit, Infektionsresistenz oder auch für Begabung, für Rassenmerkmale, Häufigkeit von Erbkrankheiten usw. Es können von der differentiellen Fortpflanzung vielmehr auch soziologische Gruppen betroffen sein, wie Konfessionen, Sozialschichten oder geschlossene Bevölkerungsgruppen, wie die Franko-Kanadier, welche gegenüber der übrigen Bevölkerung Kanadas ein ungleich stärkeres Wachstum zeigten.

Die Bedeutung ungleichen Wachstums von Bevölkerungen läßt sich besonders gut an den europäischen Verhältnissen erkennen. Frankreich war zur Zeit Ludwigs XIV. die „Grande Nation" nicht nur wegen seiner kulturellen Bedeutung. Es war die große Nation, weil es um 1700 mit über 20 Millionen Einwohnern weitaus die stärkste Macht in Europa darstellte. Durch den früh einsetzenden Geburtenrückgang und die zahlreichen französischen Kriege stagnierte dann die Zunahme der Bevölkerung. Während Preußen um 1860 einen Geburtenüberschuß von 14 ‰ aufwies, betrug dieser in

Frankreich nur noch 3,4 ‰ . Dementsprechend wurde der Bevölkerungsblock, der sich im Osten Frankreichs entwickelte, nämlich das Deutsche Reich, als zunehmende Bedrohung empfunden. 1871 hatte Frankreich 36 Millionen, das neue Deutsche Reich bereits 42 Millionen Einwohner, 1912 wies Frankreich 39 Millionen, Deutschland 65 Millionen Einwohner auf. In der Anschauung der damaligen Zeit bedeutete Bevölkerungszuwachs vor allem auch Zunahme an militärischer Macht. Bevölkerungszunahme bedeutet aber auch Zunahme an industrieller und finanzieller Kraft und Wachstum eines Menschenpotentials, das Bedeutung für Kunst, Wissenschaft und Technik hat. Die gleiche Bedrohung, die Deutschland für Frankreich zu haben schien, gewann zunehmend Rußland für Deutschland. Während das europäische Rußland im Jahre 1858 noch 59 Millionen Einwohner hatte, waren es 1914 bereits 122 Millionen. Man empfand daher „die russische Dampfwalze" 1914 als überwältigende Bedrohung. Es ist eine Ironie der Weltgeschichte, daß nun heute die UdSSR mit ihren annähernd 200 Millionen Einwohnern sich, wieder aus dem Osten, durch China mit seiner auf fast 700 Millionen Einwohner geschätzten Bevölkerung bedroht fühlen kann.
Unter diesem Aspekt wird besonders deutlich, daß die „differentielle Fortpflanzung" zwischen den Entwicklungsländern und den fördernden Ländern in eine zunehmend schwierige Situation führt. Man kann mit einer Verschiebung des Anteils der westlichen Welt, fast 30 % der Weltbevölkerung im Jahre 1960, auf nur noch 18 % im Jahre 2 000 rechnen (Abb. 15). Es ist dabei an den relativen Rückgang des geistigen Potentials, aber auch an die relativ geringeren finanziellen Hilfsmöglichkeiten zu denken. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer mittelstarken Bevölkerungszunahme in den USA und einer mäßigen oder auf Wachstumsstillstand stabilisierten Bevölkerung in Europa.
Wenn schon heute die sozialistische östliche Welt auf Entwicklungshilfe (Kredite, Industrielieferungen, Kenntnisse = know how) angewiesen ist, wie soll dann eine auch noch evtl. weitgehend sozialisierte westliche Welt als Minderheit die zunehmenden Schwierigkeiten bestehen können! (Abb. 15).
Auch innerhalb eines Volkes kann eine differentielle Fortpflanzung für die Gruppen von Bedeutung sein. Zu Beginn des Jahrhunderts noch meinte man, daß sich die konfessionelle Frage in Deutschland auf diese Weise lösen würde, denn die durchschnittliche Kinderzahl für Protestanten betrug 1912 2,9, für Katholiken 4,7 je Jamilie.
Anfang des Jahrhunderts war eben die unterschiedliche Fortpflanzung zwischen den sozialen Schichten in einigen westeuropäischen Ländern sehr ausgeprägt. Aus der Fülle der Untersuchungen der 20er Jahre sei als typisch das in Tab. 12 dargestellte Beispiel herausgegriffen, das damals mit Recht als alarmierend angegeben wurde.

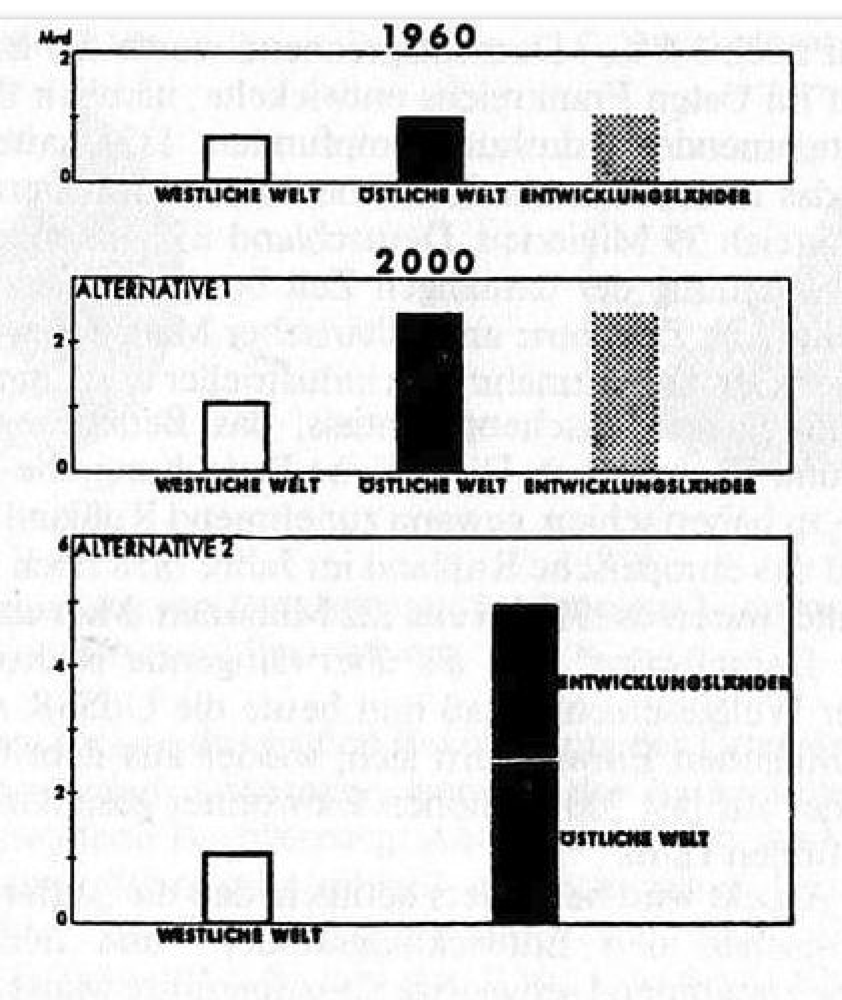


Abb. 15 Verteilung der Weltbevölkerung 1960 und 2000 (aus BAADE)

Schulart	**Kinderzahl**	
	Bremen	Winterthur
Höhere Schulen	2,1	2,1
gehobene Züge der Volksschulen	2,8	2,5
Normalzüge der Volksschulen	3,3	
Abschlußklassen der Volksschulen	4,3	3,0
Hilfsschulen		3,3

Tab. 12 Differentielle Fortpflanzung, Größe der Geschwisterzahlen nach Schulzugehörigkeit (nach KURZ u. nach KELLER zit. aus LENZ).

Immerhin zeigte noch eine von JÜRGENS durchgeführte Erhebung an 518 832 Schülern im Jahre 1967 beträchtliche Unterschiede:

Schulart	Kinder je Familie
Schüler mit mittlerer Reife Abgänger von Realschulen u. Gymnasien	1,9
Abgänger der Volksschuloberstufe mit Abschluß	2,4
Abgänger der Volksschule (Hauptschule) ohne Abschluß	2,9

Schüler der Hilfsschulen waren in diese Untersuchung nicht einbezogen, wohl aber in einer Berliner Erhebung (MÜNTZING):

Schulart	Zahl der Befragten Schüler	durchschnittliche Kinderzahl je Familie
Gymnasium	8481	1,7
Realschule	2808	1,7
Hauptschule	4204	2,0
Hilfsschule	2166	2,9

Es bestand die Befürchtung, daß die „sozial schwächeren Schichten" – wie man heute sagen würde – stark zunehmen und andererseits der Anteil der sozial Tüchtigen relativ stark zurückgehen würde. Man sah darin eine für die wirtschaftliche und kulturelle Situation bedrohliche Entwicklung. Selbstverständlich ist auch heute eine ausreichende und zumindest relativ zunehmende Zahl geistig Hochstehender zu wünschen. Die Geburtenzahlen der einzelnen Schichten haben sich jedoch weitgehend einander angenähert. In einem Millionenvolk ist die Frage der differentiellen Fortpflanzung nach Begabung, Intelligenz und sozialer Tüchtigkeit im jetzigen Zeitpunkt kein aktuelles Tagesproblem. Das genetisch bedingte Potential ist für alle Anforderungen groß genug. Das haben auch die Jahre nach dem Krieg bewiesen. Das entscheidende Problem ist heute kein biologisches; es ist nur soziologisch zu lösen. Hierzu ist Erziehung zur Leistung erforderlich, nicht nach amerikanischem Vorbild zur Erzielung von Profit, nicht um einen Job zu haben, sondern zur Förderung eines gemeinsamen optimalen Wohlstandes, in dem sich auch kulturelles Verständnis immer weiter ausbreiten kann. Statt Klassenkampf und soziologischer Unterdrückung der Arbeiterschaft – horribile est dictu –: ein Volk von Bürgern.

Man kann übrigens zwischen der differentiellen Fortpflanzung innerhalb der Schichten eines Volkes um die Jahrhundertwende Parallelen ziehen zu den unterschiedlichen Geburtenziffern in der westlichen Welt und zu den sozial schwächeren unterentwickelten Völkern.

Differentielle Fortpflanzung kann sich auch auf erbliche Erkrankungen beziehen. Die in allen Ländern zunehmende Aufklärung über Möglichkeiten und Maßnahmen nach eugenischer Beratung bei erblichen Krankheiten soll zu besonderer Geburtenplanung führen, nicht etwa wegen der Pflege und Kosten für die Kranken (erblich Schwachsinnige, erblich Geisteskranke, erblich Blinde und Mißgebildete). Jede Bevölkerung muß willens sein, auch für ihre Kranken zu sorgen, zumal unter den heutigen Wohlstandsverhältnissen. Geburtenbeschränkung oder Verzicht auf Kinder ist bei Feststellung erblicher Krankheit aus rein individuellen Gründen erforderlich, eben wegen der Krankheitsgefährdung dieser Kinder selbst, oft aber auch, weil die ohnehin schlechte soziale Situation solcher Familien sogar durch ein weiteres gesundes Kind sehr erschwert wird.
Vielfach wird die Meinung vertreten, daß die allgemeine auf Erbanlagen beruhende Qualität der Bevölkerungen besonders in den hochzivilisierten Ländern nicht hoch ist und sich durch Verbreitung ungünstiger Anlagen verschlechtere. Diese Meinung beruht darauf, daß die natürliche Selektion durch die hochentwickelte Hygiene und medizinische Technik vermindert sei. Der hohen Säuglingssterblichkeit und den Infektionskrankheiten fielen in früheren Zeiten sicherlich sehr viele gesunde, aber auch vor allem die konstitutionell schwachen Kinder zum Opfer. Bei einer Lippen-Kiefer-Gaumenspalte z.B. bestand früher die Gefahr einer Lungenentzündung, weil Speisereste in die Luftröhre gelangten, die Erkrankung führte meist zum Tode, heute wird der Gaumen operativ geschlossen, die Lungenentzündung kann durch Antibiotika ausgeheilt werden. Junge Menschen mit Zuckerkrankheit starben früher schnell, heute werden sie durch Insulingaben fortpflanzungsfähig und am Leben erhalten. Geisteskranke wurden früher asyliert und gerieten in einen so schweren Zustand, daß sie keine Nachkommen haben konnten, heute werden sie mit Medikamenten weitgehend resozialisiert. Aus derartigen Beispielen geht hervor, daß in Zukunft, soweit es sich um erbliche Erkrankungen handelt, eine Zunahme der Anlagen in der Bevölkerung erfolgen könnte. Eine Zunahme von Erbanlagen infolge mangelnden Selektionsdruckes hat aber erst nach vielen Generationen eine Auswirkung. Wenn heute in Statistiken eine Zunahme von geistigen und körperlichen Störungen verzeichnet wird, dann liegt es an einer besseren Erfassung, die sich auch auf leichtere Störungen erstreckt, oder es liegt, wie bei der Zuckerkrankheit, an äußeren Umständen: unsere heutigen Ernährungsgewohnheiten lösen die Schädigungen aus, es leben

mehr ältere Menschen, bei denen eine Altersabnutzung eintritt, und die Erkrankten leben durch die Behandlung erheblich länger. Das gilt auch für viele andere erblich bedingte oder mitbedingte Störungen. Von einer Prothesenkultur kann daher noch keineswegs die Rede sein.
Besonders in der Zeit der Atombombenversuche bestand die Befürchtung, daß durch radioaktive Strahlen ungünstige Erbänderungen in großer Zahl bewirkt werden könnten. Das ist grundsätzlich richtig. Da die Versuche aufgehört haben, wird der radioaktive Staub nicht die Grenzen der Dosis überschreiten, die für eine allgemeine Gefährdung von Bedeutung ist. Der Schutz gegen Röntgenstrahlen und andere radioaktive Strahlen ist verbessert, so daß auch hier ungünstige Erbänderungen die Bevölkerung nicht gefährden. Selbst wenn dies in geringem Maße der Fall wäre, stände dies in gar keinem Verhältnis zu dem großen Segen, den die Röntgenstrahlen für die Menschheit, z.B. bei der Bekämpfung der Tuberkulose, bei Knochenbrüchen und auch duch Heilbehandlung haben.
Endlich besteht die Befürchtung, daß auch Chemikalien in Nahrungsmittelzusätzen oder in Medikamenten durch Erbänderungen schädlich wirken könnten. Hierüber liegen bereits umfangreiche, aber nicht erschöpfende Untersuchungen vor (BARTHELMESS). Aus der chemischen Struktur kann man erkennen, ob eine Schädigung der Erbmoleküle möglich ist. Es läßt sich aber nicht ganz ausschließen, daß auch einmal gewißermaßen ein Unfall durch chemische Wirkung auf Erbanlagen eintreten könnte, ähnlich wie dies bei dem Thalidomid als fruchtschädigend, d. h. durch unmittelbare Einwirkung auf die Entwicklung des Kindes, geschehen ist.
Zusammenfassend ist festzustellen, daß man nach mehreren Generationen mit einer Zunahme von ungünstigen Erbanlagen in der Bevölkerung rechnen kann, daß hierdurch aber keine aktuelle Bedrohung vorliegt.

Bevölkerungszahl, Dichte und Zusammensetzung wird nicht nur durch Geburtenhäufigkeit und Sterblichkeit beeinflußt, sondern oft wesentlich durch Wanderungen. Die Formen solcher Wanderungen seien im folgenden an einzelnen Beispielen aufgezeigt.
Auf der Frühstufe der menschlichen Entwicklung wird die **Wanderung** abhängig gewesen sein von der Nahrungssuche, wie wir dies heute noch bei primitiven Völkern, so bei den Buschmännern der Kalahari finden. Diese sind abhängig von Trocken- und Regenzeit; in Familiengruppen von 100 bis 200 Personen gehen sie in Distrikten, die hunderte von qkm umfassen, auf Nahrungssuche. In Gegenden mit Trockenzeit kann man mit einem Bedarf von 20 Melonen täglich pro Kopf rechnen, das macht schon für 20 Personen 12 000 Melonen monatlich. Größere Gruppen von 1 000 bis 2 000 Menschen benötigen als Ernährungsgebiete Länder von der Größe Süddeutschlands. Wenn die klimatischen Verhältnisse in einzelnen Jahren ungünstiger

sind, kann es dann zu einem Heraussickern in die weitere Umgebung und ein passives Weiterwandern je nach der Ergiebigkeit der Nahrungsmittelsuche kommen. Während es sich bei den primitiven Völkern um Sippenverbände handelt, finden wir z. B. zur Zeit der Völkerwanderung organisierte Völkerschaften. Den Anstoß zur Wanderung gaben oft ebenfalls klimatische Veränderungen, die den Ertrag des Getreideanbaues verminderten. Einen weiteren Anstoß zu den Wanderungen soll in Nordeuropa die Verminderung der Landfläche durch Senkung unter den Meeresspiegel gegeben haben. Ob dies die einzigen Ursachen für die umfangreiche Wanderungsbewegung gewesen sind, sei dahingestellt. Von Bedeutung ist, daß solche Völkerwanderungen sich über lange Zeiträume erstreckt haben. Um Christi Geburt finden sich die Goten an der Weichselmündung, im Jahr 170 gelangen sie nach Südrußland an das Schwarze Meer, wo sie ein 200 Jahre dauerndes Reich gründeten. Um 300 n. Chr. finden wir die Westgoten in Siebenbürgen, im Jahre 409 überschreiten sie die Pyrenäen. Um 100 v. Chr. setzten die Vandalen (GAUTIER) von Jütland nach der Oder über, im Jahre 171 n. Chr. überschritten sie die Karpaten. Im Jahre 406 bis 407 setzen sie über den Rhein bei Mainz, 418 erobern sie Südspanien, 429 setzen sie nach Afrika über. Die Wanderung von den Karpaten bis Karthago hat also 250 Jahre gedauert. Am 2. Juni 455 erfolgt die Einnahme Roms durch ein Expeditionskorps Geiserichs. Rom wurde kampflos übergeben. Geiserich blieb nur 2 Wochen in der Stadt, die zwar – wie damals üblich – geplündert wurde, „er hat aber kein Blutbad, keine Feuersbrünste, keine Verwüstungen angerichtet", wie GAUTIER nach zahlreichen zeitgenössischen Berichten feststellt. Aber hundert Jahre später wird Rom, das noch mehrere hunderttausend Einwohner hatte, unter Justinian in den politischen Kriegen zerstört, danach wohnten in den Ruinen nur noch einige tausend Einwohner: der Gang der Geschichte – Untergang einer Hauptstadt.
Die Größe der germanischen Völkerschaften wird auf je 15.000 Krieger und insgesamt etwa 70.000 Personen geschätzt (DELBRÜCK). Wie ist es möglich, daß das Römische Reich unterlag? Für die Mitte des 3. Jahrhunderts wird seine Bevölkerung auf etwa 100 Mill. Menschen geschätzt, Rom selbst auf 500.000 Einwohner. CAESAR verfügte über Heeresstärken von 50 bis 70.000 Mann. Im 4. und 5. Jahrhundert besaß das Römische Reich nicht mehr die Organisationskraft, eine Armee aufzustellen, die sich gegen eine entschlossene Truppe von 15.000 Mann behaupten konnte. Die Römische Führungsschicht bestand nicht mehr, die geistige Integrationskraft der römischen Idee war erloschen. Aus der europäischen Geschichte steht uns dieses Beispiel besonders nahe. Solche infiltrierenden Völkerwanderungen und ein derartiger Verlust der nationalen Identifikation und Ausstrahlungskraft findet sich wie in Rom vorher und nachher in der Geschichte der großen Völker.

In der neueren Zeit finden wir Völkerwanderungen als geschlossene Gruppe, d.h. mit Familienverbänden, hauptsächlich als Vertreibungen bzw. Zwangsumsiedlungen. Schon aus der Bibel ist uns die „babylonische Gefangenschaft" durch NEBUKADNEZAR II. bekannt. In der jüngsten Zeit ist nicht nur Deutschland von starken Vertreibungen bzw. Umsiedlungen betroffen gewesen. Schon nach dem Ersten Weltkrieg wurden 434.000 Türken aus Griechenland und 1.350.000 Griechen aus der Türkei umgesiedelt. 1947 mußten infolge der Teilung Indiens und Pakistans etwa 9 Millionen Hindus aus Pakistan nach Indien und 7,5 Mill. Mohammedaner von Indien nach Pakistan flüchten. Zu den Zwangsumsiedlungen gehört auch die Verschleppung der Neger in die Sklaverei. Bis 1776 sollen für die französischen Plantagen auf Haiti 800.000 Neger eingeführt worden sein, von denen in diesem Jahr aber nur 290.000 lebten. Im 18. Jahrhundert sind nach den USA 2,75 Millionen Neger verschleppt worden (Bevölkerungs-Ploetz). Die größte Völkerwanderung ist aber die Ausbreitung der Europäer. Bis 1900 sind 20 Millionen Einwanderer in die USA gelangt. Von den 1820 bis 1928 aus Deutschland ausgewanderten 5,9 Millionen Menschen gingen 5,3 Millionen in die USA. Hierbei handelt es sich nicht um Völker oder Stämme, sondern um Einzelwanderer, die sich nur zu mehr oder weniger lockeren Gruppen zusammenschlossen. Zu beachten ist, daß auch diese europäische Weltvölkerwanderung sich über mehrere Jahrhunderte erstreckte. (Angaben aus KÖLLMANN)

Während die Zwangsumsiedlungen bzw. Vertreibungen in der jüngsten Zeit mit nationalistischen Ideologien begründet werden, wie bei der Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten, und Landraub zum Ziel haben, lagen den früheren Vertreibungen religiöse totalitäre Ansprüche zu Grunde, so der Vertreibung von 150.000 Böhmen in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts, die zu einer erheblichen Tschechisierung führte. 1732 wandern 30.000 Protestanten aus Salzburg aus, die größtenteils in Ostpreußen angesiedelt werden; durch das Edikt von Nantes 1685 werden 350.000 Hugenotten vertrieben. Auch die Auswanderungen nach den USA aus Europa sind vielfach politisch oder religiös bedingt oder mitbedingt. Alles dies sind nur kleine beispielhafte Ausschnitte aus den Bevölkerungsbewegungen, die zu allen Zeiten und überall vorgekommen sind.

Erst seit etwa 100 Jahren gibt es eine neue Form der Wanderung, die der Saison-, Fremd- oder Gastarbeiter. Hierbei handelt es sich zunächst meist um landwirtschaftliche Hilfsarbeiter, um Bergarbeiter und schließlich bei zunehmender Industrialisierung um Arbeiter der Grundschicht in allen Dienstleistungszweigen. Erst in den letzten Jahrzehnten geht die Zahl der Fremdarbeiter in die Millionen. Wenn aus einer vorübergehenden Auslandstätigkeit eine Einwanderung wird, kann dies im Verlaufe von Jahrzehnten oder eines Jahrhunderts einer Völkerwanderung großen Ausmaßes mit Unterwanderung und Umschichtung gleichkommen.

Bei allen Wanderungsbewegungen ist grundsätzlich zu unterscheiden, ob es sich 1.) um eine Bevölkerungsgruppe handelt, die primär in sich geschlossen bleiben will oder 2.) um Personen, die vorübergehend an den Möglichkeiten eines wirtschaftlich höher entwickelten Landes teilhaben wollen, um mit dem dann erworbenen Gewinn in ihrer Heimat eine Existenz aufzubauen oder ob es sich 3.) um Auswanderer handelt, die aus grundsätzlichen wirtschaftlichen, religiösen oder politischen Erwägungen ihr Heimatland verlassen und in dem aufnehmenden Land eine neue Existenz auf Dauer gründen wollen.

Zur ersten Gruppe gehören etwa die Völker der Völkerwanderungszeit, die aber wegen ihrer relativ kleinen Zahl in fremdländischer Umgebung, wenn sich ihre Oberschicht und ihre Organisation nach einigen Generationen auflöst, doch von den umgebenden Völkern assimiliert werden, wie etwa die Goten in Spanien oder die Vandalen in Nordafrika. Zu ihr gehören auch größere Gruppen von Auswanderern, wie die nach Rumänien gerufenen Siebenbürger Sachsen, die Rußland-Deutschen oder die deutschen Siedler in Brasilien. Es ist eine bestimmte Größe der Siedlungsgruppe erforderlich, um ihre Einheitlichkeit aufrechtzuerhalten, weil die nötigen Möglichkeiten zur Heirat innerhalb der Gruppe vorhanden sein müssen. Je größer das kulturelle Gefälle zur umgebenden Bevölkerung, umso eher wird die Gemeinschaft und Einheitlichkeit der Gruppe erhalten bleiben. Je größer die kulturelle Ähnlichkeit und die Gemeinsamkeit im Lebensstandard mit der eingesessenen Bevölkerung ist, umso leichter wird die eingewanderte Gruppe assimiliert, wie dies z.B. bei den Hugenotten der Fall war. Nur auf dem Lande, wo ursprünglich geschlossene Hugenottensiedlungen vorhanden waren, läßt sich noch ein Zusammenhang feststellen, der auch in den französischen Namen und in anthropologischen Merkmalen seinen Ausdruck findet (KOSLOWSKI).

Die eigentlichen Auswanderer nach Übersee ziehen unter ihr bisheriges Leben einen entschiedenen Schlußstrich; sie sind bemüht, sich in die Sitten und Normen des aufnehmenden Landes als Einwanderer zu integrieren, wie dies vor allem in den USA der Fall war, wo die propagierten Normen der Gleichheit, Freiheit und Gerechtigkeit eine große Anziehungskraft ausgeübt haben.

Die 3. Gruppe, die der Gastarbeiter, geht größtenteils mit der Absicht in ein fremdes Land, um – wenn es sein muß, auch unter relativ ungünstigen Bedingungen – in möglichst kurzer Zeit ein gutes Einkommen zu erzielen, das wegen des sozialen Gefälles zwischen dem Heimatland und dem Gastland nach der Rückkehr die Möglichkeit zu einer erheblichen sozialen Verbesserung bietet. Erst wenn Fremdarbeiter sich auch an die Verbrauchergewohnheiten des Gastlandes gewöhnen, wenn die Notwendigkeit, ins Heimatland nach einer bestimmten Zeit zurückzukehren, nicht gegeben ist (Rotation), überlegen sich die Betreffenden von Jahr zu Jahr aufs Neue, wie

sie ihre Situation weiter verbessern können, sie entfremden sich damit dem Gedanken an eine verbesserte Existenzgrundlage in der Heimat. Je mehr Gastarbeiter sehen, daß die Voraussetzungen für ihre Familie im Gastgeberland sozial günstiger sind, und daß sie in diesem einen sozial besseren Schutz erhalten, umso mehr ziehen sie auch ihre Familien nach. Damit erwacht langsam der Gedanke an ein Verbleiben im Gastland.
Damit stellt sich für den Gastarbeiter zunächst aber noch nicht die Frage einer endgültigen Integration. Diese ist abhängig vom Zusammenleben in der Gruppe mit anderen Gastarbeitern aus dem Heimatland, im beruflichen und privaten Umgang mit Berufskollegen, vom kulturellen Gefälle zwischen dem Heimat- und dem Gastland und zu den Kollegen der gleichen Berufsschicht. Entscheidend sind zwei Faktoren für eine persönliche Eingliederung (Assimilation). Der erste ist, ob bei den Betreffenden eine entschlossene, bewußte Absicht zur Anpassung und Eingliederung besteht, oder ob das Gastland innerlich abgelehnt wird. Die zweite Voraussetzung ist, weil entscheidend für die private Sphäre, ob der Fremde vom anderen Geschlecht als gleichgestellter Partner anerkannt wird. Selbstverständlich ist außerdem für ein Verbleiben des Gastarbeiters von Bedeutung, ob er die gleichen oder annähernd die gleichen Chancen für einen beruflichen Aufstieg hat, wie die einheimische Bevölkerung. Wenn durch den erzielten Gewinn dagegen in der Heimatbevölkerung ein größeres Prestige entsteht, werden Gastarbeiter ohne nachgezogene Familie die Tendenz haben, in das Heimatland zurückzukehren (vgl. S. 96 ff.). Bei unbeschränkter Zunahme der Gastarbeiter wird nicht nur – wie beabsichtigt – der Wohlstand des Gastlandes exportiert, sondern auch die Armut des Heimatlandes importiert. An zum Teil schlechten sozialen Bedingungen, etwa der Wohnungsverhältnisse, ist nicht nur das Gastland schuld, sondern auch die soziale Lage der Fremdarbeiter bei ihrer Zuwanderung.
EDDING führt als Argumente, die gegen eine freie Wanderung in Europa vorgebracht werden, folgendes auf:
Auswanderung läßt befürchten:
1. Daß der Aufzuchtwert der Auswanderer ohne Gegenleistung verloren geht,
2. daß sich der Altersaufbau verschlechtert,
3. daß besonders wichtige Arbeitskräfte (Schlüsselkräfte) abwandern,
4. daß bei Vollbeschäftigung und starken Unterschieden im Niveau der Realeinkommen von Land zu Land so viele Arbeitskräfte abwandern, daß zum mindesten in den Grenzbezirken ernste Spannungen auf dem Arbeitsmarkt auftreten.

Als Effekt der Einwanderung fürchtet man dagegen:
1. daß nicht ausgewählte Einwanderer das Einkommen je Kopf vermindern,
2. daß die Arbeitslosigkeit unerwünscht zunimmt,

3. daß durch Unterbieten von Löhnen Spannungen entstehen,
4. daß in den selbständigen und freien Berufen die Konkurrenz zu scharf werden könnte.

Zu den wirtschaftlichen kommen politische, religiöse und rassische Bedenken von manchmal größerer Bedeutung.

Da bestimmte Personengruppen an Wanderungsbewegungen bevorzugt beteiligt sind, tritt hierdurch sowohl im Auswanderer- als auch im Einwandererland ein Siebungsprozeß ein. Auswanderung bedeutete vor 100 oder 200 Jahren noch mehr als heute eine Reise ins Ungewisse, ein unsicheres Abenteuer. Vorwiegend wandern Männer im besten arbeitsfähigen Alter aus, und zwar solche, die besonders beweglich und aktiv sind. Im Einwandererland gibt es ein Defizit an heiratsfähigen Frauen, im Auswandererland wegen der verminderten Heiratsmöglichkeiten einen Geburtenrückgang und eine relative Zunahme älterer Leute, aber auch schwächlicher und kränklicher Menschen, die für eine Auswanderung nicht geeignet sind und vom Einwandererland auch nicht akzeptiert würden. In den USA gab es z.B. rigorose Bestimmungen, nach denen die Einwanderung geistig Gestörter, von Analphabeten usw. nicht zulässig war, die Einwanderer mußten in der Lage sein, ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Aber auch für die ethnische bzw. rassische Zusammensetzung der Einwanderergruppen gab es harte Richtlinien. Seit 1882 durften keine Chinesen, seit 1917 keine Inder und Japaner einwandern. 1921 wurden nur 3 % der in USA 1910 ansässigen Einwohner aus den betreffenden Ländern zugelassen, ab 1927 nur 0,6% der 1920 Ansässigen, die Quoten betrugen z. B. 1935 für Großbritannien 66.000, für Deutschland 26.000, für Irland 20.000, aber für Griechenland nur 300, für die Türkei nur 200, von diesen mußten jeweils 50 % „hervorragende Kräfte", d.h. solche mit Fachausbildung sein. Neger galten dabei nicht als Einwohner, sondern als Nachkommen von Sklaven. Auch Indianer waren bis 1924 nur „Untertanen".

JÜRGENS hat sich eingehend mit den zum Teil vordergründigen Motivationen befaßt, durch die pro- oder antinatalistische Bestrebungen begründet werden. Es heißt, daß in früheren Zeiten Kinderreichtum als ein Wert an sich angesehen worden sei. Dies beruhte zum Teil wohl darauf, daß die Altersversorgung durch die eigenen Kinder sichergestellt wurde. Dies sind Erwägungen, die heute noch z.B. für Indien gelten mögen. Je mehr Kinder vorhanden sind, umso intensiver und umfangreicher konnte der Boden bearbeitet werden. In der bäuerlichen Gesellschaft werden aber wahrscheinlich derartige Erwägungen gar nicht angestellt worden sein: wenn man die Tab. 4 S. 19 sinnvoll betrachtet, muß man ihr entnehmen, daß die Kinder geboren wurden, wie die Empfängnis eben eintrat. Allerdings wurde von Staats wegen Kinderreichtum, die Be-völkerung, die Peuplierung, als äußerst wichtig angesehen, wenn Landstriche noch nicht kultiviert waren oder nach Seuchen und Kriegen eine größere Entvölkerung eingetreten war. Für den Staatsmann bedeutete früher Bevölkerungszahl Macht- und Steuerpotential, in Kriegszeiten Sicherung der Ernährungsbasis und Truppenstärke, und mit zunehmender Industrialisierung auch Arbeitspotential für die Waffenindustrie. Wie wir gesehen haben, hatte das Menschenpotential für die Kriegsführung eine entscheidende Bedeutung (S.58f). Im Zeitalter der Kernwaffen ist die Bedeutung der effektiven Stärke der Truppe gesunken, aber auch für die Herstellung dieser Waffen ist das Menschenpotential von wesentlicher Bedeutung. Heute wird zwar nicht davon gesprochen, welche Bedeutung die Menschenzahl für die Kriegführung hat; hinter allen Gesprächen über Auf- und Abrüstung, von der wir täglich hören, spielen solche Erwägungen aber unausgesprochen eine erhebliche Rolle.

In den Entwicklungsländern ist vielfach eine nachdrückliche pronatalistische Tendenz vorhanden, weil die Machtverhältnisse bei geringerer Bevölkerungsgröße, wie in Afrika, noch sehr stark von den Effektivstärken abhängig sind, und Stammesfehden sowie sonstige Rivalitäten sich noch durch Menschenzahl entscheiden lassen, einerlei auf welchem Wege Minderheiten ausgeschaltet werden. Die Entwicklungsländer sehen daher nicht selten in den Vorschlägen zur Geburtenverminderung eine Tendenz der kapitalistischen Länder, sie zu unterdrücken. In afrikanischen Ländern wird darüber hinaus befürchtet, sie könnten durch die Bevölkerungsexplosion in den großen asiatischen Staaten einer Unterwanderung oder Invasion ausgesetzt sein. JÜRGENS weist auf Überlegungen der Führung in Afrika hin, wonach eine große Zahl nachwachsender Jugendlicher formbar ist und ein Gegengewicht zu den z.T. noch Herrschenden mit konservativen Stammessitten bilden könnten.

Ein weiteres Motiv kann sein, durch große Kinderzahl die Wirtschaft zu

aktivieren. Dies hat aber nur dann einen positiven Erfolg, wenn bereits eine gewisse Höhe der Zivilisation erreicht ist, d.h. wenn das Konsumbedürfnis für Häuser, Wohnungen, Möbel, Kinderspielzeug usw. tatsächlich steigt und aus der Wirtschaft des betreffenden Landes befriedigt werden kann. Wenn dies nicht der Fall ist, tritt natürlich eine zunehmende Verelendung ein. Die pronatalistische Tendenz kann weiter von der Hebung des persönlichen Selbstgefühls und des nationalen Bewußtseins ausgehen. In sozialistischen Ländern wird ebenso wie in der dritten Welt ein Bevölkerungswachstum als Zunahme revolutionärer Kraft gewünscht. Demgegenüber beruhen antinatalistische Tendenzen auf einer Minderung des Selbstgefühls (vgl. S. 51), auf einem allgemeinen Kulturpessimismus, wobei es zweifelhaft ist, ob diejenigen, welche die zunehmende Umweltgefährdung, Bedrohung durch Kriege und Atomwaffen als Grund gegen Nachkommen angeben, damit nicht ihre eigentliche Motivation verdecken. Wir hatten gesehen, daß rationale Planung, mit der auch die eigene Lebensweise –vermeintlich– optimal geplant wird, den Geburtenrückgang ausgelöst hat. Damals überließen die Frauen der Oberschicht ohnehin einen wesentlichen Anteil an der Arbeit des Aufziehens der Kinder ihren Hilfskräften. Arbeitskräfte, die früher bei der Kindererziehung halfen, sind heute in den Arbeitsprozeß zu günstigeren Bedingungen eingegliedert. Es ist kein Wunder, wenn sich in einer Zeit, in der möglichst wenig Arbeit als höchste „Lebensqualität" dargestellt wird, die Bereitschaft, Kinder aufzuziehen, vermindert. Die Berufstätigkeit der Frau spielt hierbei natürlich eine wesentliche Rolle.

Als weitere Motive für eine Kinderbeschränkung werden relative Verminderungen des Lebensstandards angegeben, die bei Geburt eines 1. oder 2. Kindes eintreten würden, etwa Kleinheit und Enge der Wohnung, Fehlen von Gelegenheiten, das Kind während der Arbeitszeit unterzubringen, beträchtliche Minderung des Einkommens u.ä. Es sei in diesem Zusammenhang auf die Möglichkeiten hingewiesen, die Schwierigkeiten für Mütter mit Kindern auszugleichen (S. 80).

Eine eigenartige Motivierung ist, man solle die Kinderzahl beschränken, um den überseeischen Ländern mit gutem Beispiel voranzugehen, damit diese nicht das Argument vorbringen könnten, die westlichen Länder vermehrten sich und verlangten von den Ländern der dritten Welt, ihre Geburtenzahl zu drosseln. Diese Argumentation ist deswegen nicht verständlich, weil die westliche Welt der übrigen ja seit einem Jahrhundert beispielhaft im Geburtenrückgang vorangegangen ist. Besonders grotesk wirkt dies, wenn der Geburtenrückgang in einem Land empfohlen wird, das, wie die USA, eine Bevölkerungsdichte um 20 hat. P. EHRLICH hat dies mit großem Engagement getan und gemeint, man könne für die USA eine stabile optimale Bevölkerung festsetzen und solle diese mit allen äußeren Mitteln und psychologischen Tricks durchsetzen. Unerörtert

bleibt dabei, welche Bevölkerungsdichte denn für die USA in Zukunft am günstigsten sein könnte (vgl. S. 46).
In früheren Jahrhunderten bedeutete die Ehe für die Frau eine soziale Absicherung. Sie brauchte nicht zu befürchten, daß durch Ehescheidung ihre Existenz und die ihrer Kinder gefährdet würde. Um eine möglichst gute Existenzsicherung zu erhalten, mußte die Frau dementsprechend bemüht sein, eine „gute Partie" zu machen; die Möglichkeit eines sozialen Aufstiegs war für die Frau praktisch nur durch Heirat gegeben. Die „Selbstverwirklichung" der Frau richtete sich nach der Standes- und Berufsschicht. In den unteren Schichten war von einer „Selbstverwirklichung" der Frau, was man auch immer darunter verstehen mag, ebenso wenig die Rede wie bei ihren Ehemännern. In den Oberschichten hatte die Frau dagegen je nach ihren Fähigkeiten viele Möglichkeiten zu gesellschaftlicher, organisatorischer oder künstlerischer Entfaltung oder zur intensiven Gestaltung ihres Familienlebens. Das ist heute nicht viel anders: die Möglichkeit zur Selbstverwirklichung durch Berufstätigkeit oder Teilnahme am öffentlichen Leben ist, was häufig genug übersehen wird, nur einer relativ kleinen Oberschicht privilegierter Frauen ermöglicht. Für das Gros der Frauen bedeutet „Selbstverwirklichung" in einer rein oekonomisch ausgerichteten Gesellschaftsordnung: Eingliederung in den Arbeitsprozeß mit einem 8-Stundentag. Es ist eine grobe Verkehrung der natürlichen biologischen Gegebenheiten, daß die Frau ihre Selbstverwirklichung nicht darin sieht, Mutter zu werden und zu sein. Sozial sein heißt doch: für andere zur sorgen und natürlich vor allem für die eigenen Kinder! Mit anderen Worten, Emanzipationsbestrebungen der Frau führen in hohem Maße zu antinatalistischen Motiven. Diese hängen aber auch mit der gesamten Gesellschaftsordnung zusammen. Gesellschaftsordnungen, seien es kapitalistische oder sozialistische, die kein anderes Ziel haben als den Utilitarismus, eine unklare „Verbesserung der Lebensqualität", Profitmaximierung, d.h. möglichst wenig Arbeit bei möglichst viel Einkommen, ohne Entwicklung geistiger und kultureller Werte, bewegen sich in den Spuren dekadenten Bürgertums des auslaufenden 19. Jahrhunderts.
In dem großen Fächer ideologisch-sozialistischer Systeme in den noch nicht voll entwickelten Ländern spielt der Gedanke der gemeinsamen Arbeit, – der Pflicht – gegenüber dem sozialistischen Ganzen für eine bessere Zukunft, eine entscheidende Rolle. In den hochindustrialisierten Ländern, in denen dieses Ziel bereits weitgehend erreicht ist, beschränken sich die sozialistischen Bemühungen auf Schaffung von immer mehr „Wohlstand", ohne dabei ein neues Ethos für den Menschen zu entwickeln. Dies mag nicht unwesentlich darauf beruhen, daß mehr Menschen „Sozialisten" werden, um ihre eigene Stellung zu verbessern, als etwa, um für ihre Mitmenschen zu sorgen.
Mit anderen Worten: vom Standpunkt der Emanzipation her ergibt sich die

Frage, was Arbeit für ihre Kinder der Frau selbst für einen Nutzen bringt, es sei denn, daß Kinderhaben noch als Prestigefrage angesehen wird, oder daß man sie sich als Spielzeug wünscht. Dagegen werden Ehe und Familie schon gar nicht mehr als Ziel sozialer Bewährung angesehen. Andererseits bewirkt die Emanzipation, daß die Frau in immer stärkerem Maße in inhumaner – deutlicher und in deutscher Sprache – in unmenschlicher Weise Gegenstand des oekonomischen Prinzips wird. Früher wurde beanstandet, die Frau verkaufe sich mit einer „guten Partie" an den Mann. Gegen das jetzige Geschäft mit Frauen wendet sich aber keiner. Diese sich breitmachende Libertinage ist die andere Seite der Emanzipation und führt in starkem Maße zur inneren Auflösung der Familie und damit zu Unsicherheit für Frau und Kind.

VIII. BEVÖLKERUNGSPOLITISCHE FOLGERUNGEN

Als Erläuterung für die Notwendigkeit der Bevölkerungspolitik sei ein ganz banales aber einleuchtendes Beispiel gebracht. Ein Fußballverein, der in der Bundesliga mitspielen will, muß bestrebt sein, eine ausreichend große Anzahl von Mitspielern zu haben. Hierfür ist es erforderlich, daß die Nachwuchsbasis groß genug ist, damit sich aus ihr ausreichend gute Spieler qualifizieren können. Der Verein muß aber auch eine große Zahl fördernder Mitglieder haben, welche ihm die finanzielle Basis geben. Der Sports- und Vereinsgeist führt zu einer Gruppenbildung, die eine eigenständige Wertbetonung erhält. Wird das wirtschaftliche Prinzip beherrschend, ordnet sich alles dem Prinzip der Rentabilität des Unternehmens „Fußballklub" unter. Durch die wirtschaftliche Betrachtungsweise wird es dann üblich, Spitzenspieler „einzukaufen". Das qualitative Prinzip ist nun mit dem quantitativen und dem oekonomischen Prinzip eng verbunden. Erst wenn eine noch stärkere Oekonomisierung eintritt, die ideelle sportliche Grundlage vollends verloren geht, werden die eigentlichen Vereinsprinzipien verlassen und die Spitzenkräfte importiert.

Dieses Beispiel enthält im kleinen alle Elemente, die auch für die Bevölkerungspolitik in Frage kommen, den quantitativen und den qualitativen Gesichtspunkt, den ideologischen Ausgangspunkt und die Oekonomisierung.

Kinderreichtum ist kein Wert an sich (BUCHHOLZ), es sei denn, daß man darin, Leben zu schaffen, zu fördern, zu erhalten, einen religiösen Sinn sieht, wie es in früheren Zeit sicher zutraf. Nach der Störung des biologischen Gleichgewichts durch die Übervölkerung kann dieser Sinn höchstens noch im individuellen Bereich, nicht mehr in quantitativer Betrachtungsweise anerkannt werden. Früher lag der politische Sinn des Kinder„reichtums" in längeren Zeiträumen darin, daß die Be-Völkerung die wirtschaftliche Kraft des Landes steigerte und für die Eltern der mittleren und unteren Schichten eine Altersversorgung darstellte, die gewissermaßen von Generation zu Generation den moralischen Ausgleich für die Erziehung der Kinder darstellte. Für kleinere Staaten und in den Gemeinden war das Vorhandensein zahlreicher Kinder aus sozialbewährten Familien von wesentlicher sozialer Bedeutung. Einwanderungsgruppen mit sozialem und kulturellem Niveau, wie die Hugenotten oder die zahlreichen deutschen Auswanderungsgruppen, bedeuteten eine wesentliche „Entwicklungshilfe". Nach 1800 entwickelten die zahlenmäßig noch begrenzten und personell überschaubaren staatlichen Gruppen eine Rivalität mit zunehmendem Selbstbewußtsein. Dieses stützte sich auf Leistungen kultureller und wirtschaftlicher Art und wurde wesentlich durch allgemeine und kirchliche Tradition und Organisation gefördert. Dieser kulturelle Hintergrund erhielt einen emotionalen Selbstwert, der die Menschen dank ihrer Zugehörigkeit

zu dieser Gruppe selbstbewußt und zufrieden machen konnte. Die „Selbstverwirklichung" konnte sich im Leben der Gruppe allerdings nur im Rahmen der Sozialschichten vollziehen; sie bedeutete einen Ansporn in qualitativer Hinsicht, also Leistung.

Heute werden die Begriffe Nation und Volk häufig als emotional abgetan, nur rational-oekonomischen Gesichtspunkten wird Bedeutung zugemessen. Dabei wird übersehen, daß weniger das Rationale, sondern das Emotionale, das eigentlich Humane, den inneren Wert des Menschen ausmacht. Kultur **ist** emotional, ist Bildung des Charakters, innerer Werte und sittlicher Maßstäbe. Sie ist daher auch nicht an soziale Schichten gebunden, findet allerdings ihren höchsten Ausdruck in Kunst und Wissenschaft. Hier kann nicht auf die Werte deutscher und europäischer Kultur eingegangen werden, es sei jedoch auf das Buch „Was bleibt" hingewiesen.

Eine Zerstörung der Kultur geht gleichermaßen aus von besitzenden Schichten, die z.B. Kunst als „Kapitalanlage" auffassen, wie von Politikern und „Intellektuellen", die durch „Förderung des kritischen Bewußtseins" alle Werte relativieren und zersetzen. An Stelle von Charakter und Gesinnung setzen sie eine Proletarisierung der Massen. Nur ein Volk, das ethnisch, sprachlich, geschichtlich und kulturell eine Wesensgemeinschaft bildet, kann den begründeten Anspruch erheben, als biologische Gruppe fortbestehen zu wollen. Ein oekonomisches Kollektiv hat keinen biologischen Selbstwert.

An Stelle des Leitbildes einer kulturellen und biologischen Gemeinschaft, wie es die europäischen Völker im 19. Jahrhundert durchweg beherrscht hatte, ist zunehmend das oekonomische Leitbild in seinen verschiedenen Erscheinungsformen getreten: In den schwächer entwickelten europäischen Ländern in Form eines sozialistischen Kollektivismus, in dem jeder, um das strahlende Ziel einer wirtschaftlich besseren Zukunft zu erreichen, verpflichtet ist, im Sinne eines strengen Leistungsprinzips zu arbeiten; in den hochindustrialisierten, hochentwickelten Ländern, in denen die angestrebten Möglichkeiten auf kapitalistische Weise bereits erreicht sind, wird dagegen unter Hintansetzung aller geistigen und seelischen Prinzipien das „gute Leben" propagiert.

Wenn Nicht-Arbeiten das Ideal ist, wird das Aufziehen von Kindern zu einer unnötigen und unrentablen Angelegenheit: Soziale Bewährung, die ja auch in anderen Bereichen nicht gefordert wird, hat dann auch im Rahmen der Familie keinen Platz. Der Gesichtspunkt, Arbeitskräfte im eigenen Volk zu ersetzen, um die kulturelle Gemeinschaft nach Möglichkeit zu erhalten, tritt zurück, wenn kollektivistisch Arbeitskraft gleich Arbeitskraft, Mensch gleich Mensch gesetzt wird.

Es ist betont worden, daß ethnische Überfremdung durch Gastarbeiter kein Motiv für eine Realpolitik sein dürfte, und daß man endlich

zu einer ideologiefreien Einordnung in das übergeordnete Prinzip der Rentabilität der Arbeitskräfte kommen sollte. Volk und Staat als geschichtlich kulturelle Einheit, als biologische Gruppe, als genetisches Potential, werden als nur gefühlsmäßig bedingt diffamiert, während nicht erkannt wird, daß hinter den oekonomisch-sozialistischen Tendenzen ebenso affektvolle, emotionale Hintergründe stehen. Jede Integration von Bevölkerungen bringt eine Desintegration der einzelnen Menschen aus ihrem Kulturbereich mit sich, besonders wenn es sich um so verschiedenartige handelt, wie in extremen Gebieten Europas. Eine solche Entwurzelung kann dem internationalen Sozialismus nur förderlich sein. In dem Zusammenhang ist es von großem Interesse, daß die Bevölkerungspolitik der kommunistischen DDR von genau den entgegengesetzten Prinzipien ausgeht wie die der Bundesrepublik (vgl. S. 80ff.) und S. 88ff.).
Oft wird nachdrücklich betont, daß unsere Gesellschaftsordnung von der Technik, insbesondere dem hohen energetischen Potential, beherrscht wird. Im Grunde genommen ist auch dies nur ein Teilaspekt des in unserer Zeit allem übergeordneten oekonomischen Leitprinzips. Auch die sozialistische Gesellschaftsordnung ist im Grunde genommen nur die andere Seite, das Spiegelbild, des früheren rücksichtslosen Kapitalismus als einer allgemeinen „Profitmaximierung". Allen anderen Ideologien ist der wirtschaftliche Wachstumsfetischismus oft unbemerkt übergeordnet. Dem Moloch rationeller Wirtschaft wird heute alles geopfert. Kinder, Volk, Vernunft, Religion, soziales Verhalten und Humanität. Besonderen Ausdruck findet diese Tatsache im Verlust des humanen Leitbildes der Frau.

*

Es ist den Wissenschaftlern der Vorwurf gemacht worden, daß sie nicht rechtzeitig auf Grund ihrer Erkenntnisse vor späteren Entwicklungen gewarnt haben. Die Vorwürfe sind aber nicht den Wissenschaftlern zu machen, sondern den Politikern, die Erkenntnisse benutzt, aber viel öfter sie nicht ausgewertet haben. Die Bevölkerungswissenschaft und ihre Erkenntnisse sind in Deutschland von Politikern seit dem Krieg überhaupt nicht zur Kenntnis genommen worden, bis neuerdings von außen her – von der UNO usw. – Stellungnahmen erforderlich wurden. Dabei wäre es naheliegend gewesen, die Ergebnisse für die Vorausberechnung der Zahl der Studierenden oder der durch Geburten und Heiraten usw. ausgelösten Konjunkturwellen zu nutzen. Viel wichtiger noch wäre die frühzeitige und rechtzeitige Beachtung der Entwicklung der Weltbevölkerung gewesen, Entwicklungen, die sich jetzt nicht mehr korrigieren lassen. Genau so wenig wie die UNO hat die FAO (Food and Agriculture-Organisation) ernste Maßnahmen getroffen, um die eingetretenen Hungersnöte und die kommenden viel größeren zu bekämpfen. Dabei handelt es sich nur um organisatorische Maßnahmen, die durchaus bewältigt werden könnten.

In unserem eigenen Lande würde sich eine durchgreifende Wandlung vollziehen, wenn mit dem politischen Zusammenschluß der europäischen Staaten die Grenzen, vielleicht sogar noch im Zeichen zunehmenden Wirtschaftswachstums, beliebig geöffnet würden. Arbeitskräfte wandern dorthin, wo sie die besten Bedingungen finden. Heute ist schon in Frankfurt von slum-ähnlichen Zuständen die Rede. Bei einer starken Zuwanderung von Arbeitskräften in Ballungsgebiete wäre es nicht möglich, entsprechende Unterkünfte zu schaffen. Es würden ungehemmt Arbeitskräfte einfließen, die keine Beschäftigung finden und selbst für primitive Unterkünfte sorgen würden. Besonders bedenklich wäre dies, wenn auch die Grenzen der assoziierten Länder durchlässig würden und Menschenmassen aus der Türkei oder Nordafrika nachströmten. Selbstverständlich würden sich diese Gruppen jeweils nach Möglichkeit in sich zusammenschließen und zunächst gegenüber der einheimischen Bevölkerung eine zum mindesten abweisende Haltung einnehmen. Auch die Gruppen untereinander würden rivalisieren und sich jeweils politisch organisieren. Das Bedenkliche wäre aber noch nicht einmal die Störung des politischen Gleichgewichts, sondern die Auflösung der letzten Reste mitteleuropäischer Kultur. Denn es ist selbstverständlich, daß die Zugewanderten sich in Schulen und durch Fortbildung nur äußerliches Wissen und nicht die kulturellen Grundlagen, die eigentliche Gedankenwelt aneignen könnten, zumal diese in den Herkunftsländern wesentlich anders ist. Schon die bevorstehende Vermischung der europäischen Bevölkerungen wird eine weitgehende Desintegration der einzelnen Menschen aus ihren bisherigen Lebensräumen und aus ihren kulturellen Gegebenheiten mit sich bringen; dies würde u. a. auch die Religionsauffassung betreffen. Wenn die europäische Völkergemeinschaft nur nach oekonomischen Prinzipien organisiert wird und nicht, wie es ursprünglich auch hieß, zur Rettung, Stabilisierung und Erneuerung der abendländischen Kultur, wird die europäische Gemeinschaft nicht nur eine Amerikanisierung, sondern Zustände herbeiführen, wie sie in Mittel- und Südamerika herrschen.

IX. BEVÖLKERUNGSBEWEGUNG IN DEN DEUTSCHSPRACHIGEN LÄNDERN

Den heutigen Bevölkerungsverhältnissen seien einige Bemerkungen über die Entwicklung der Bevölkerung in Deutschland vorausgeschickt. Um Christi Geburt werden 600.000 bis 2 Millionen Angehörige germanischer Volksstämme geschätzt, eine sehr geringe Zahl gegenüber den 20 Millionen Einwohnern, die man für den gleichen Zeitpunkt in Gallien annimmt. Nach Cäcars Berichten sollen ihm dort 3 Mill. Soldaten gegenübergestanden haben, von denen eine Million gefallen sei und eine weitere in die Sklaverei verkauft wäre. Auch zur Zeit der Völkerwanderung, die große Verluste mit sich brachte, wird die Anzahl der einzelnen Völkerschaften nicht größer gewesen sein (S. 64). Die Entwicklung in den folgenden Jahrhunderten zeigt Tab. 13

Ostfränkisches Reich	9. Jahrhundert	2,5-3	Mill.
	11. Jahrhundert	3 -3,5	Mill.
Territorium des späteren	11. Jahrhundert	10 -12	Mill.
Deutschen Reiches	14. Jahrhundert	12 -13	Mill.
(Gebietsstand von 1937)	um 1600	15	Mill.
	um 1650	10	Mill.
	um 1700	15	Mill.
	um 1750	16 -18	Mill.
	um 1800	20	Mill.
	1849	35	Mill.

Tab. 13 Schätzungen des Bevölkerungsstandes in Deutschland vom 9. bis zum 19. Jahrhundert
(aus Informationen zur Politischen Bildung. Bevölkerung und Gesellschaft, 1968)

Es ist keineswegs anzunehmen, daß die heutigen Deutschen ausschließlich oder vielleicht auch nur überwiegend Nachkommen der damaligen Germanen seien. Für die Bildung des heutigen deutschen Volkes sind nicht nur Einwanderungen aus Süd- und Südosteuropa, sondern vor allem auch aus osteuropäischen Bevölkerungen von wesentlicher Bedeutung. Letztere haben in ihrer Mentalität für die Entwicklung Preußens und damit des Deutschen Reiches einen wesentlichen Anteil, ebenso wie umgekehrt germanische Bevölkerungsteile durch Wanderung und Siedlung einen erheblichen Anteil an der Geschichte Osteuropas haben.

Auf dem Deutschen Reichsgebiet finden wir 1871 41 Millionen, 1900 56 Millionen und 1944 70 Millionen Einwohner. Wie in vielen westeuropäischen Staaten fand sich auch in Deutschland im Anfang dieses Jahrhunderts ein starker Geburtenrückgang mit einer Geburtenziffer von 26,9 ‰ auf 14,7 ‰ im Jahre 1933. Der dann folgende Anstieg der Geburtenziffer auf 18,0 im Jahre 1934, der in den folgenden Jahren bis über 20,0 hinausging, ist auf verschiedene Ursachen zurückzuführen. Nach den wirtschaftlich ungünstigen Jahren stiegen die Eheschließungen von 516.000 auf 740.000 an. Nicht nur durch diese Heiraten, sondern auch in den bereits geschlossenen Ehen wurden die Geburten gewissermaßen nachgeholt. Dies stand z. T. mit der Verschärfung der Handhabung der Gesetze gegen Abtreibung im Zusammenhang. Nach BURGDÖRFER kamen im Jahre 1929 bei der Berliner Ortskrankenkasse auf 100 Normalgeburten 103 Fehlgeburten, im Jahre 1936 nur noch 16. Die Tatsache, daß weniger Abtreibungen vorgenommen wurden, kann aber nicht nur mit der Verschärfung der strafrechtlichen Folgen im Zusammenhang gesehen werden. So wurde auch ein Anstieg von weiteren Geburten in Ehen, in denen die letzte Geburt längere Zeit zurücklag, verzeichnet, d.h. die ehelichen Fruchtbarkeitsziffern stiegen in jedem Lebensalter der Frau erheblich an. Auch in anderen Ländern stieg nach der Überwindung der Weltwirtschaftskrise die Zahl der Eheschließungen an, ohne daß gleichzeitig eine Zunahme von Geburten erfogte. BURGDÖRFER führt daher die Zunahme der Geburten nicht nur auf die Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage und den Rückgang der großen Zahl von Arbeitslosen zurück, sondern auf „einen Wandel der Gesinnung und der geistigen Atmosphäre". Es wird manchmal angenommen, daß der heutige Geburtenrückgang nur als vorübergehende Schwankung anzusehen sei, dem auch ein Wandel der Gesinnung folgen könne. Heute liegen die Verhältnisse jedoch anders. Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind günstig, es besteht kein Nachholbedarf an Eheschließungen, der Wandel der Gesinnung, der vor 40 Jahren sich aus der Not zur Zuversicht vollzog, besteht heute nicht, da es sich, wie an anderer Stelle ausgeführt, um eine grundsätzliche Änderung der Auffassungen handelt, die nur schwer rückgängig zu machen ist. (vgl. S. 101)

Die natürliche Bevölkerungsbewegung in der **DDR** ergibt sich aus Tab. 14. Während der 50er und 60er Jahre lag die Geburtenziffer noch bei 16 bis 17, sie ist 1972 auf 11,7 abgesunken. Nach Freigabe der Unterbrechung der Schwangerschaft am 9. 3. 1972 ergab sich zum ersten Mal ein wesentliches Geburtendefizit von -2,0. Die Erfolge der ausgezeichneten Schwangerenfürsorge zeigen sich in der sinkenden Zahl der Totgeburten von über 20 ‰ in den 50er Jahren auf 9,2 ‰ im Jahre 1972 und in der niedrigen Säuglingssterblichkeit, die sehr erheblich auf 17,7‰ zurückging. Auffallend ist, daß die Zahl der Ehescheidungen mit 2,0 ‰ auf über ein Viertel der Eheschließungen mit 7,8 ‰ angestiegen ist.

Jahr	Eheschließungen	Ehescheidungen	Lebendgeborene	Gestorbene	Lebendgeborenen- (+) bzw. Gestorbenen- (−) Überschuß	Totgeborene je 1 000 Geborene	Gestorbene Säuglinge je 1000 Lebendgeborene
	Je 1 000 der Bevölkerung						
1938	9,4	.	18,0	11,9	+ 6,1		
1939	11,6	.	18,7	12,6	+ 6,1		
1946	6,9	.	10,4	22,9	−12,4	27,1	131,4
1947	8,7	.	13,1	19,0	− 5,9	24,8	113,7
1948	9,6	.	12,8	15,2	− 2,4	22,9	89,5
1949	10,1	.	14,5	13,4	+ 1,1	23,4	78,3
1950	11,7	2,7	16,5	11,9	+ 4,6	21,7	72,2
1951	10,6	2,1	16,9	11,4	+ 5,5	21,7	63,8
1952	9,6	1,8	16,7	12,1	+ 4,6	21,2	59,1
1953	8,7	1,7	16,4	11,7	+ 4,7	19,4	53,5
1954	8,4	1,6	16,3	12,2	+ 4,1	19,1	50,3
1955	8,7	1,4	16,3	11,9	+ 4,4	18,4	48,0
1956	8,6	1,3	15,9	12,0	+ 3,9	18,1	46,5
1957	8,6	1,3	15,6	12,9	+ 2,7	16,3	45,5
1958	8,9	1,3	15,6	12,7	+ 2,9	15,9	44,2
1959	9,4	1,4	16,9	13,3	+ 3,6	16,1	40,7
1960	9,7	1,4	17,0	13,6	+ 3,4	16,0	38,8
1961	9,9	1,5	17,6	13,0	+ 4,6	15,3	33,7
1962	9,7	1,5	17,4	13,7	+ 3,7	14,5	31,6
1963	8,6	1,4	17,6	12,9	+ 4,7	14,0	31,2
1964	8,0	1,6	17,2	13,3	+ 3,9	13,4	28,6
1965	7,6	1,6	16,5	13,5	+ 3,0	12,9	24,8
1966	7,1	1,6	15,7	13,2	+ 2,5	12,5	22,9
1967	6,9	1,7	14,8	13,3	+ 1,5	11,5	21,4
1968	7,0	1,7	14,3	14,2	+ 0,2	11,3	20,2
1969	7,3	1,7	14,0	14,3	− 0,3	10,8	20,3
1970	7,7	1,6	13,9	14,1	− 0,2	10,4	18,5
1971	7,6	1,8	13,8	13,8	± 0	9,8	18,0
1972▽	7,8	2,0	11,7	13,7	− 2,0	9,2	17,7

Tab. 14 Ziffern der natürlichen Bevölkerungsbewegung in der DDR
(aus Statist. Jahrb. d. DDR 1971)

Schon in der Präambel des Gesetzes von 1950 über den Mutter- und Kinderschutz heißt es: „Die Kinder sind die Zukunft der Nation, und deshalb ist die Sorge um die Kinder, die Festigung der Familie und die Förderung des Kinderreichtums eine der vornehmsten Aufgaben unseres demokratischen Staates". Bei der Vorlage dieses Gesetzes erklärte GROTEWOHL vor der Volkskammer: „Es ist daher von grundsätzlicher Bedeutung, was der Staat an besonderer Hilfe für Mütter und Kinder leistet, wobei der Förderung des Kinderreichtums besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden muß . . .". „Unsere Zukunft erfordert eine wachsende Bevölke-

rung, und zwar aus dem ganz einfachen Grunde, weil jeder Mensch, der mehr in der Republik lebt, eine zusätzliche Arbeitskraft und darum zusätzlichen Wohlstand bedeutet". Schon von dieser Zeit ab wurden erhebliche Mittel für Geburten, Beihilfen und sozialen Schutz verausgabt. Nachdem am 9. 3. 1972, offenbar zur Anpassung an die Gesetzgebung in den übrigen Ostblockstaaten, in der DDR das Gesetz über die Unterbrechung der Schwangerschaft erlassen wurde, sind die Maßnahmen der Geburtenförderung verstärkt worden. Für jedes Kind wird eine Geburtenbeihilfe von 1 000,– Mark gewährt. Junge Eheleute mit einem Bruttoeinkommen bis zu 1 400,– Mark können einen Kredit für Wohnraumbeschaffung und einen zinslosen Kredit bis zu 5 000,– Mark für Wohnungsausstattung erhalten. Berufstätige Mütter erhalten bezahlte Freizeit und verlängerten Urlaub, zur Pflege erkrankter Kinder wird als Lohnausgleich gesetzliches Krankengeld bezahlt, Frauen, die fünf und mehr Kinder geboren haben, sind rentenberechtigt, Familien mit drei und mehr Kindern wird Wohnraum zu erheblich verbilligten Preisen zugewiesen. Für Familien mit drei und mehr Kindern wird eine Ermässigung von 1/3 auf der Reichsbahn gewährt, Frauen, die zur Schwangerschaftsberatung gehen, erhalten zweimal beträchtliche Beträge usw.

Ähnliche bevölkerungspolitische Maßnahmen wurden in der Sowjetunion schon in den 30er Jahren eingeführt, nachdem durch die Freigabe des Aborts ein ständiger Geburtenrückgang eingetreten war; auf 100 Geburten kamen 1934 271 registrierte Abtreibungen (MACKENROTH, KÖLLMANN). 1936 wurde der Schwangerschaftsabbruch verboten, es wurden jedoch Wochenbeihilfen, Kinderbeihilfen u. a. eingeführt. 1944 wurde die Bevölkerungspolitik intensiviert durch Steuern für Familien mit weniger als drei Kindern, durch Junggesellensteuer, Kinderbeihilfen, Auszeichnungen für Frauen mit 5 und mehr Kindern. Ähnliche Gesetzgebungen gab und gibt es natürlich auch in westlichen Ländern, so in Frankreich Kinderbeihilfen schon vor dem Ersten Weltkrieg.

Das bevölkerungspolitische Problem betrifft die DDR bekanntlich in hohem Maße wegen der starken Abwanderung zur Bundesrepublik. Bis 1961, dem Jahr des Mauerbaues, sind 3 100 000 Deutsche in das Bundesgebiet einschließlich Westberlin zugezogen. Da es sich dabei überwiegend um Männer in den arbeitsfähigen und Frauen in den gebärfähigen Jahrgängen handelte, bedeutete dies für die DDR einen erheblichen volkswirtschaftlichen Verlust. Die Zahl der in der DDR arbeitenden ausländischen Arbeitskräfte ist mit 40 bis 50 000 relativ gering. Eine starke weitere Abwanderung in die Bundesrepublik hätte in Mitteldeutschland ein Vakuum geschaffen, das nur durch ausländische Arbeitskräfte, etwa aus Polen, hätte ausgefüllt werden können. Insoweit handelte es sich bei der Absperrung der Auswanderung durch die DDR, wenn man von den ideologischen Voraussetzungen absieht, um eine dringende nationale Maßnahme im doppelten Sinn.

IX,2 BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Wie liegen nun die Verhältnisse in der Bundesrepublik?
Die Zahl der Lebendgeborenen ist von 1964 mit 1065437 auf 701214 im Jahre 1972 abgesunken. Während sich noch 1964 bei einer Geburtenziffer von 18,2 ein Überschuß der Geborenen von 7,2 ergab, beträgt die Geburtenziffer 1972 11,4. Bei einer Sterbeziffer von 11,9 ergibt sich ein Geburtendefizit von 0,5 (Tab. 15). Bei diesen Feststellungen handelt es sich aber um Geburten **in** Deutschland, d.h. in der Zahl der Lebendgeborenen sind die der Ausländer mit einbegriffen. Die Entwicklung derselben ergibt sich aus Tab. 15. Der Anteil der Lebendgeburten ausländischer Staatsangehöriger an den Geburten in der BRD ist von 1965 von 3,63 % auf 13 % im Jahre 1972 gestiegen. In diesem Jahr wurden von Müttern mit fremder Staatsangehörigkeit 91000 Kinder geboren, nur fast 10000 Personen mit fremder Staatsangehörigkeit starben, so daß sich ein Geburtenüberschuß von rund 82000 Kindern ergibt. Dem steht ein Defizit von 112000 Kindern deutscher Staatsangehörigkeit gegenüber. In der deutschen Bevölkerung findet sich danach ein Geburtendefizit von 1,9 ‰, gegenüber einem Überschuß von 23,2 ‰ der Ausländer. Dieser Trend hat sich im Jahre 1973 noch erheblich verstärkt. Die Zahl der Geburten entspricht mit rund 636000 einer Geburtenziffer von 10,3 bei einer Sterbeziffer von 11,8, dies ergibt ein Geburtendefizit von 1,5 trotz Einbeziehung der Ausländergeburten; im 1. Vierteljahr 1974 ging die Geburtenziffer schon auf 10,2 zurück mit einem Defizit von über 2 ‰. Ein derartiges Geburtendefizit ist in der neueren Geschichte aller größeren Völker unter Wohlstandsverhältnissen einmalig.
Man könnte nun annehmen, daß der Bevölkerungsaufbau (s.S. 12) einen Anteil am Geburtenrückgang insofern hat, als ein wesentlicher Ausfall von Geburten in den Jahren um 1945 eingetreten war, so daß die Frauen aus diesen Jahrgängen weniger Kinder geboren haben könnten. Es zeigt sich aber, daß im Verlauf der Jahre 1965 bis 1971 auch die allgemeine und die eheliche Fruchtbarkeit erheblich zurückgegangen ist (von 85,2 auf 64,2 bzw. von 126 auf 88 Lebendgeborene auf 1000 Frauen bzw. verheiratete Frauen im Alter von 15 bis unter 45 Jahren).
Nach S. 18 müssen in jeder fruchtbaren Ehe je nach den Bevölkerungsverhältnissen durchschnittlich 2,2 Kinder vorhanden sein, um den Bestand zu sichern. Nach einer Studie von SCHWARZ nehmen die Ehen mit nur einem oder zwei Kindern gegenüber den Mehrkinderehen stark zu. Auch die Zahl der kinderlosen Ehen steigt statistisch an, allerdings zum Teil nur deshalb, weil die Konception des ersten Kindes mehrere Jahre verzögert wird. SCHWARZ faßt die Ergebnisse seiner Untersuchung dahingehend zusammen, daß nach mehreren Modellvorstellungen unter Zugrundelegung der Geburtenverhältnisse von 1972 ein erhebliches Defizit entstehen wird oder daß nach weiteren Modellrechnungen „zur Bestandserhaltung

der Bevölkerung auf lange Sicht etwa ein Drittel der Ehepaare bereit sein müßte, drei bis vier Kinder zu haben, wenn es so gut wie keine vierten und fünften Kinder mehr geben sollte und daß über die Hälfte der Ehen bereit sein müßte, drei Kinder zu haben, wenn in Zukunft alle dritten und vierten Kinder ausfielen."

Dieser starke Rückgang kann nicht auf einen ungleichmäßigen Altersaufbau zurückgeführt werden, auch nicht auf einen ungleichmäßigen Aufbau in der Geschlechterverteilung. Nur zu einem Teil beruht die Geburtenzunahme 1960 und das Absinken nach 1968 auf dem in diesen Jahren niedrigeren Heiratsalter, durch das Geburten gewissermaßen vorgezogen werden. Bei gleichbleibender Geburtenhäufigkeit müßte sich die durchschnittliche Zahl bereits wieder auf dem früheren Stand eingependelt haben, diesen aber nicht unterschreiten.

Jahr	Lebendgeborene			Gestorbene		
	insgesamt	deutscher Staatsangehörigkeit	fremder Staatsangehörigkeit	insgesamt	deutscher Staatsangehörigkeit	fremder Staatsangehörigkeit
1961	1 012 687	998 732	13 955	627 561	623 531	4 030
1967	1 019 459	972 027	47 432	687 349	681 721	5 628
1968	969 825	924 877	44 948	734 048	728 172	5 876
1969	903 456	852 783	50 673	744 360	737 407	6 953
1970	810 808	747 801	63 007	734 843	726 838	8 005
1971	778 526	697 812	80 714	730 670	721 605	9 065
1972	701 214	609 773	91 441	731 264	721 673	9 591
			auf 1 000 Einwohner			
1961	*18,0*	*18,0*	*20,3*	*11,2*	*11,2*	*5,9*
1967	*17,0*	*16,7*	*25,7*	*11,5*	*11,7*	*3,0*
1968	*16,1*	*15,8*	*25,0*	*12,2*	*12,5*	*3,3*
1969	*14,8*	*14,6*	*23,4*	*12,2*	*12,6*	*3,2*
1970	*13,4*	*12,8*	*22,5*	*12,1*	*12,5*	*2,9*
1971	*12,7*	*12,0*	*24,6*	*11,9*	*12,4*	*2,8*
1972	*11,4*	*10,5*	*25,9*	*11,9*	*12,4*	*2,7*

Jahr	Geburtenüberschuß (+) bzw. -defizit (—)		
	insgesamt	deutscher Staatsangehörigkeit	fremder Staatsangehörigkeit
1961	+ 385 126	+ 375 201	+ 9 925
1967	+ 332 110	+ 290 306	+ 41 804
1968	+ 235 777	+ 196 705	+ 39 072
1969	+ 159 096	+ 115 376	+ 43 720
1970	+ 75 965	+ 20 963	+ 55 002
1971	+ 47 856	— 23 793	+ 71 649
1972	— 30 050	— 111 900	+ 81 850
1961	*+ 6,9*	*+ 6,8*	*+ 14,4*
1967	*+ 5,5*	*+ 5,0*	*+ 22,7*
1968	*+ 3,9*	*+ 3,3*	*+ 21,7*
1969	*+ 2,6*	*+ 2,0*	*+ 20,2*
1970	*+ 1,3*	*+ 0,4*	*+ 19,6*
1971	*+ 0,8*	*— 0,4*	*+ 21,8*
1972	*— 0,5*	*— 1,9*	*+ 23,2*

Tab. 15 Geburten, Sterbefälle, Geburtenüberschuß bzw. -defizit von Deutschen und Ausländern in der B.R.Deutschland (aus Wirtschaft und Statistik)

Bei einer Befragung von 23jährigen Frauen in Hamburg gaben diese 1964 an, daß sie sich im Durchschnitt 2,2 Kinder wünschten, 1969 jedoch nur 1,9 (HARMSEN). Naturgemäß bleibt die tatsächliche Kinderzahl hinter dem Wunschbild noch zurück.
Nach SCHUBNELL ergibt sich nach der Größe der Gemeinden ein unterschiedlicher Geburtenrückgang, der auf dem Lande am größten ist. Es ist dies natürlich darauf zurückzuführen, daß bei bisher relativ größerer Kinderzahl leichter ein Rückgang eintreten kann, d. h. von 3 auf 2 Kinder eher als von 2 auf 1 bzw. von 1 auf 0. Das ist auch der Grund, weswegen in Zukunft der Rückgang sich im allgemeinen verlangsamen wird, da vorläufig die meisten Ehepaare sich noch ein Kind wünschen. Die gleiche Erwägung gilt für die Bundesländer (Saarland), die bisher die höchste Geburtenziffer aufwiesen und jetzt den stärksten Rückgang. Es hat den Anschein, als wenn sich die Unterschiede in der Geburtenhäufigkeit nicht nur in Stadt und Land, sondern auch in den Konfessionen stark aneinander angenähert haben, immerhin war der Unterschied der durchschnittlichen Kinderzahl je Ehe 1961 noch beträchtlich: in Ehen, in denen beide Partner evangelisch waren, fanden sich 1,4, in katholischen fast 1,6, in Ehen mit gemischter evangelisch-katholischer Konfession 1,3 Kinder.
Häufig wird darauf hingewiesen, daß jeweils in den einzelnen Berufsgruppen diejenigen mit dem größeren Einkommen die durchschnittlich größere Kinderzahl aufwiesen. Bei diesen Untersuchungen ist nicht die Alterszusammensetzung in den einzelnen Untergruppen erfaßt. Ältere Beamte, Angestellte usw. haben natürlich mehr Kinder, weil die Ehedauer länger ist, sie haben aber auch ein höheres Einkommen, da sie bereits in die oberen Gehaltsstufen usw. aufgerückt sind. Der Optimismus, daß sozialbewährte Familien mehr Kinder als andere hätten, läßt sich zunächst auf Grund der vorliegenden Daten nicht begründen.
Einen erheblichen Einfluß auf die Geburtenhäufigkeit hat die Erwerbstätigkeit der Frauen; denn 38% aller Frauen über 15 Jahren steht im Berufsleben. Natürlich wirken sich die verbesserten Möglichkeiten der Empfängnisverhütung erheblich im Rückgang der Geburtenhäufigkeit aus. JÜRGENS wendet sich mit Nachdruck gegen die Behauptung, die Pille sei Ursache des Geburtenrückganges: natürlich ist sie nicht die Ursache, aber sie ist ein wichtiges Mittel dazu. Da die Pille eine der sichersten Maßnahmen zur Schwangerschaftsverhütung ist (Tab. 16), hat sie natürlich einen erheblichen Anteil am Geburtenrückgang. Seit Einführung der Pille zeigt die grafische Darstellung der Geburten einen stark abfallenden Verlauf: man spricht daher vom Pillenknick. Auf zunehmende Konzeptionsverhütung vor allem durch die Pille deutet auch hin, daß die Geburtenhäufigkeit mit zunehmendem Alter der Mutter stärker sinkt. Die eigentliche Ursache des Geburtenrückganges ist dagegen im psychologischen

Bereich zu suchen.

ohne Verhütung	60
Kondom oder Pessar	14
Koitus interruptus	17
Knaus-Ogino	39
Spülungen	41
Ovulationshemmer, Pille	3

Tab. 16 Geburten auf 100 Frauenjahre bei Anwendung verschiedener Verhütungsmaßnahmen.

*

Der Anteil der über 65jährigen hat wegen der erhöhten Lebenserwartung und der schwächeren Besetzung der jüngeren Jahrgänge stark zugenommen. 1910 gab es bei gleicher Einwohnerzahl im Reichsgebiet 3 Millionen, 1972 in der BRD 8 Millionen über 65jährige, das sind 14 % der Männer und 16 % der Frauen, diese sind mit 5,1 Millionen gegenüber den Männern mit nur 3,2 Millionen um annähernd 60 % stärker vertreten. Nach SCHWARZ wird sich der Höchststand der Älteren 1980 mit insgesamt 9.1 Millionen über 65jährigen ergeben, der Gipfel des „Rentenberges" sei damit erreicht. Die fernere Lebenserwartung älterer Personen in der BRD beträgt nach SCHWARZ nach den Beobachtungsjahren 1967/69

	in Jahren für				
	0	60	65	70	75jährige
im männlichen Geschlecht	68.06	15.04	11.81	9.28	7.19
im weiblichen Geschlecht	74.67	19.28	15.37	11.81	8.74

Entgegen manchen Erwartungen nimmt die Lebenserwartung bei alten Männern in den letzten 20 Jahren geringfügig ab.
Sinnvollerweise sollte der Staat, auch von wirtschaftlichen Gesichtspunkten aus, in seiner Politik bestrebt sein, daß die geistige und wirtschaft-

liche Leistungskraft nach einer Generation auch wieder aus dem eigenen Raum reproduziert wird. Es gehört dies zu seinen grundsätzlichen Aufgaben. Wie wir aus den Ausführungen S. 46 ersehen haben, gibt es immer wieder Zeitabschnitte, in denen entweder wegen wirtschaftlichen Aufschwungs oder wegen eines Defizits im Bevölkerungsaufbau das Einströmen von ausländischen Saisonarbeitern oder langjährigen Arbeitskräften erforderlich ist. Auch vor dem Ersten Weltkrieg gab es die Wanderung von polnischen Gastarbeitern in die Landwirtschaft und in die Industrie des Ruhrgebiets. In den letzten Jahren hört man, daß die Eingliederung von einigen 100 000 Ausländern keine Schwierigkeiten machen könnte, denn auch die polnischen Wanderarbeiter aus der Zeit vor dem Ersten Krieg seien vollständig integriert. Dabei wird übersehen, daß nach dem Ersten Krieg 1919/19 die Abwanderung von 300 000 Polen aus dem Reichsgebiet erfolgt ist. Nach KÖLLMANN verschwindet das Polentum des Ruhrgebiets mit der Auswanderung von 150 000 Polen im Jahre 1923 in die französischen Industriegebiete.
Andererseits ist natürlich der große Anteil von Deutschen aus den Ostgebieten des Deutschen Reiches im Ruhrgebiet völlig integriert. Nach dem Zweiten Weltkrieg lag ein relatives Defizit an Arbeitskräften durch die Kriegsverluste vor, das günstigerweise zunächst durch die Heimatvertriebenen, dann ab 1960 durch ausländische Kräfte ausgeglichen werden konnte. Inzwischen muß aber der konjunkturpolitische Nutzen der Gastarbeiter nach Veröffentlichungen von FÖHL und von WANDER in den letzten Jahren weitgehend in Frage gestellt werden: durch sie entsteht eine erhebliche Nachfrage nach Produktionsgütern und damit der Bedarf nach weiteren Arbeitsplätzen. Das bezieht sich besonders auf die Infrastruktur, d. h. die Errichtung öffentlicher Einrichtungen wie Schulen, Kindergärten u. a., und den Wohnungsbedarf. Andererseits wurde, worauf auch HOFFMANN-NOWOTNY hingewiesen hat, die Rationalisierung mancher Betriebe hinausgezögert, da es zunächst weniger aufwendig erscheint, billige Arbeitskräfte einzusetzen, als große neue Investierungen vorzunehmen. Es ist danach fraglich, ob das pro Kopf-Einkommen bei wachsendem Arbeitspotential ansteigt und der Lebensstandard in der Bundesrepublik gesteigert wird. Nach HOFFMANN-NOWOTNY bildet sich eine neue Grundschicht. Diese steht gewissermaßen außerhalb der eigentlichen Bevölkerung und tritt im modernen Staatsleben unter relativ günstigen Bedingungen an die Stelle der „Unfreien" des Mittelalters und der Antike.
Zu den „Kalkulationen" gehört die Überlegung, ob nicht, wenn weniger Kinder vorhanden sind, Mittel frei werden zur besseren Versorgung der alten Bevölkerung. Man kann schwanken, ob man lieber Mittel für den unproduktiven Teil der Jugendlichen oder der Alten ausgeben will. Die Mittel für unproduktive Kinder würden natürlich eingespart, wenn man

statt dessen Arbeitskräfte einstellt, die bereits im Ausland aufgezogen sind.
Inwieweit lassen sich nun Gesichtspunkte einer offiziellen Bevölkerungspolitik der Bundesrepublik erkennen? In einem sehr ausgewogenen Referat wies WINGEN darauf hin, daß die Bevölkerungspolitik untergeordneter Gesichtspunkt der allgemeinen Politik sei. Zu dieser gehören die festgelegten Linien, wie Vollbeschäftigung, Stabilitätspolitik, Wirtschaftswachstum u. a.. Deutlicher werden Verlautbarungen, in denen erklärt wird, daß sich die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte als volkswirtschaftliche Restgröße danach ermittelt, in welchem Umfang die Tarifverträge weitere Arbeitszeitverkürzungen, Urlaubsverlängerungen, Bildungsurlaub und längere Ausbildungszeiten verlangen. Andererseits wird darauf hingewiesen, daß eine Arbeitszeitverkürzung um 2 Stunden wöchentlich einen Mehraufwand von einer Million Gastarbeiter erfordert. Diese Zahl mag die Größenordnung angeben; es muß aber berücksichtigt werden, daß nicht alle Arbeitnehmer durch Gastarbeiter ersetzt werden können. In diesem Zusammenhang ist übrigens bedeutungsvoll, daß auch die Arbeitsintensität während der vorgesehenen Arbeitszeit und ihre Innehaltung beträchtlich nachläßt, ein Umstand, der in hohem Maße kostentreibend wirkt.
Es bestehen offenbar Bestrebungen, die Bundesrepublik mindestens für die bereits vorhandenen Gastarbeiter, „die Wahl-Deutschen" und „Mitbürger", als Einwandererland zu erklären. Dies könnte erhebliche politische Folgen haben. Wenn die jetzt in der Bundesrepublik befindlichen Ausländer eingebürgert sind, werden neue Gastarbeiter einwandern wollen: allein aus der Türkei haben sich bereits eine Million Menschen angemeldet, denen eine weitere Million gern folgen würde. Das Heer der arbeitsuchenden Türken wird besonders problematisch, wenn 1976 nach dem Assoziierungsvertrag der Türkei mit der EG volle Freizügigkeit eintritt. Es ist keineswegs gesagt, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse konstant bleiben. Sie sind in hohem Maße von politischen Umständen und den Weltverhältnissen abhängig. Daher bleibt mehr als fraglich, wie sich eines Tages ein Überschuß an ausländischen Arbeitskräften oekonomisch und politisch auswirken kann. In einem bisher einheitlich gegliederten Land finden sich dann große Bevölkerungsgruppen, die sich zunächst weitgehend in sich selbst abschließen werden und unter Umständen gegeneinander rivalisieren. Die Zahl der bei uns beschäftigten Ausländer im Bundesgebiet am 30.8.1973 zeigt Tab. 17 a und im Vergleich dazu auf Tab. 17 b den prozentualen Anteil ausländischer Arbeitnehmer in einzelnen europäischen Staaten. Die Ausländer in der Bundesrepublik verteilen sich ungleichmäßig: 30 % leben in Nordrhein-Westfalen, 50 % entfallen auf Baden-Württemberg, Bayern und Hessen, zusammen also 80 % auf diese vier Länder. In Städten wie Offenbach/M., München, Frankfurt und Stuttgart beträgt der Anteil der Ausländer an der Bevölkerung zwischen 19 u. 16 %. 37 % von ihnen sind Frauen und 16 %

(= 604.000) Kinder unter 15 Jahren. Hinzu kommen in der BRD und besonders in Westberlin illegale Zuwanderer, außerdem die Besatzungsmächte mit zahlreichen Familienangehörigen. Da sich alle Ausländergruppen in bestimmten regionalen Ballungszentren finden, überwiegt gelegentlich schon das ausländische Element. In Frankreich finden sich außer den Zuwanderern Einwohner aus Nordafrika, und in Großbritannien Einwanderer aus dem überseeischen Commonwealth mit britischer Staatsangehörigkeit.

Türkei	893,5	23,2%
Jugoslawien	673,3	17,5%
Italien	622,0	16,1%
Griechenland	399,2	10,3%
Spanien	286,1	7,1%
	2874,1	

Tab. 17a Beschäftigte ausländische Arbeitnehmer in 1000 (aus Wirtschaft und Statistik

	Zahl der ausländischen Arbeitnehmer	Anteil der Arbeitnehmer in %
Bundesrepublik	2 350 000	10,8
Frankreich	1 520 000	9,7
England	1 200 000	5,1
Schweiz	693 000	25,7
Schweden	221 000	5,7
Österreich	208 000	8,1
Niederlande	190 000	5,0

Tab. 17b Anzahl der ausländischen Arbeitnehmer in verschiedenen Ländern.

In jedem Fall müssen diese Bevölkerungsgruppen eine politische Frontstellung gegenüber der ursprünglichen Bevölkerung einnehmen, weil sie glauben, daß sie sich tatsächliche oder vermeintliche Rechte erkämpfen müssen. Je größer eine eingewanderte Population ist, umso länger bleibt sie sprachlich und kulturell in sich geschlossen, vor allem, wenn sie regional

in besonderer Dichte vorhanden ist. Die Eingewanderten werden sich nicht zur einheimischen Grundschicht zählen wollen, und zwar mit Recht, weil es sich um einen lebhaften, agilen Bevölkerungsteil der Ausländer handelt, dem intellektuell viel größere Siebungsmöglichkeiten im sozialen Aufstieg offenstehen als der einheimischen Grundschicht. In diesem Siebungsprozeß muß es notgedrungen gegenüber der einheimischen Gesellschaft zu Reibungen kommen. Die Auswirkung solcher Prozesse wird sich nicht mit den Verhältnissen in den USA vergleichen lassen. Ganz abgesehen davon, daß auch dort ausgesprochene Gruppenbildungen bestehen, die der dortigen Gesellschaft ihren Stempel in verschiedenster Hinsicht aufdrücken, hat der Integrationsprozeß in den USA mit Einwanderern begonnen, die ihr bisheriges Heimatland auch politisch bewußt hinter sich gelassen haben und eine neue Form der Lebensweise begründen wollten. In den USA ist außerdem zu berücksichtigen, daß neben den Ballungsräumen große Gebiete mit geringerer Bevölkerungsdichte bestehen. In dem kulturellen Kernland Europas, in Deutschland, wird dagegen die Desintegration weiter gefördert werden, wie dies ohnehin schon durch die Auflösung des Geschichtsbewußtseins, den Abbau der Kenntnis deutscher Literatur und durch Überfremdung der Wissenschaft geschieht. Die Einengung des Bewußtseins, d. h. der Kenntnisse, die intellektuelle, indoktrinierte Verwirrung, der Abbau moralischer Prinzipien und die Loslösung vom eigenen Volk werden von einer weiteren Seite her gefördert werden. Nur die Unkenntnis eines Teils der politischen Führung und ihr geringes Vertrautsein mit den kulturellen Voraussetzungen des eigenen Volkes können Überlegungen einer Verschmelzung allein aus wirtschaftlichen Gründen verständlich machen.

Die grundsätzliche Auffassung der Regierung in Fragen der Bevölkerungspolitik ergibt sich aus ihrer Einstellung zu den Deutschen im Ausland. Die Bevölkerungspolitik befaßt sich nicht nur mit der natürlichen Bevölkerungsbewegung, sondern mit dem Schutz der zum Volk gehörenden Menschen. Für die BRD gilt, wie für alle anderen Staaten die staatliche Sorgepflicht für alle Angehörigen auch im Ausland. Nach dem Grundgesetz ist Deutscher, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt ..... oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiet des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. 12. 1937 Aufnahme gefunden hat. Nach KÖLLMANN befanden sich in dem bisherigen ostdeutschen Verwaltungsgebiet noch im Jahre 1955 275 000 Deutsche und etwa eine Million „Autochthone", in Polen selbst werden noch etwa 200 000 Deutsche zurückgehalten. Sorgepflicht für die BRD wäre es gewesen, für die Deutschen im jetzigen Polen zum Zeitpunkt des Vertrages mit Polen ein Optionsrecht und ein Minderheitenrecht zu vereinbaren. Es ist ganz ungewöhnlich, daß die Bundesrepublik die allgemein anerkannten fundamentalen Menschenrechte und das Selbstbestimmungsrecht für die

Deutschen in Polen nicht geltend machen konnte, ein Argument, das sich vor allem gegen die Polen richtet. Es kann dies nur als Ausdruck dessen gedeutet werden, daß es nach oekonomischer und nach internationaler sozialistischer Auffassung bedeutungslos ist, in welchem Kulturkreis Menschen leben, in welches Kollektivsystem Arbeitskräfte eingeordnet werden. Wirtschaftliche Gesichtspunkte werden geltend gemacht, wenn es heißt, die Deutschen seien als Arbeitskräfte in Polen erforderlich, und es bedürfe deshalb eines finanziellen Ausgleichs. Aus diesem Grunde wird auch nicht von einer Auswanderung der Deutschen in die Bundesrepublik gesprochen, sondern umschreibend von einer „Familienzusammenführung", da nach polnischem Recht die in Polen Lebenden nur die polnische Staatsangehörigkeit besitzen können und es daher auch kein Minderheitenrecht gibt! Dabei wäre es doch naheliegend, die Einwanderung Deutscher aus den Oststaaten zu fördern und diese anstatt der ausländischen Arbeitskräfte zu übernehmen. Während bis zum Abschluß des Warschauer Vertrages monatlich 2000 Deutsche aus Polen auswandern konnten, sind es zur Zeit monatlich nur noch einige Hundert, obgleich sich 280.000 zur Einwanderung in die Bundesrepublik angemeldet haben.

*

Es werden eine Reihe durchaus berechtigter äußerer Umstände angeführt, aus denen heraus Ehepaare die Planung von Kindern zurückstellen. Es sind dies unzulängliche Wohnungsverhältnisse für junge Familien, Erwerbstätigkeit und Ausbildung der Frau, Unmöglichkeit, das Kind von anderen Personen versorgen zu lassen, mangelnde Krippen und Kindergärten, Emanzipationsbestrebungen der Frau, Abwertung der Familie und Mutterschaft. Solche Motive sind mit der Fragebogenmethode erfaßbar, erklären aber nicht den ungewöhnlichen raschen Gesamtablauf des Geburtenrückganges in der BRD. Man kann nämlich nicht den sechsjährigen rapiden Geburtenrückgang damit abtun, daß es sich um eine Welle in der Bevölkerungsentwicklung handele, eine der üblichen Oscillationen, wie man sie häufig finde. Der Trend geht vielmehr in eine eindeutige, ausgeprägte Richtung. Um zukünftige Entwicklungen erkennen zu können, muß man auch unbequeme Hypothesen entwickeln, die nicht gleich mit dem Schlagwort, es handele sich um emotionale Auffassungen, abgetan werden dürfen. Gespräche zeigen, daß mit der Emanzipation der Frau die Auflösung der Familie einhergeht, die sich auch in der Auffassung über Ehescheidungen und ihre Häufigkeit ausdrückt.

Mit dem Verlust der Identifikation mit Familie und Volk tritt ein Verlust an Selbst-Bewußtsein und damit der Identifikation mit sich selbst ein, der den Erhaltungswert in Fräge stellt. Insoweit ist die Bevölkerungspolitik ein charakteristischer Ausdruck allgemein problematischer Auffassungen in der Bundesrepublik. Da sich ähnliche Zeitströmungen auch in anderen westeuropäischen Ländern finden, ist es sehr wohl möglich, daß diese uns im Generationsverhalten folgen.

Welche äußeren Hilfen für Ehen mit Kindern grundsätzlich möglich sind, ist aus den Wegen ersichtlich, die in der DDR eingeschlagen sind (vgl. S. ff.). SCHWARZ fordert sehr mit Recht gleiche soziale Chancen für Familien auch mit größerer Kinderzahl. Demgegenüber werden die Kinder-Steuerfreibeträge für diejenigen, welche ohnehin für die Gesamtheit schon größere Steuerlasten tragen, noch abgebaut, anstatt sie zu erhöhen. WANDER betont, daß staatliche Rahmenbedingungen erfüllt werden müßten, um Eltern und Kindern gleiche Chancen zu geben: Besserung der Wohnungsverhältnisse, Kindergärten, Erleichterungen für die erwerbstätige Frau usw.

Selbstverständlich müssen Begabte aller Schichten in voll ausreichendem Maße in der Ausbildung finanziell unterstützt werden. Allerdings würde sich die Frage erheben, ob solche Förderung nicht aus grundsätzlichen Erwägungen als Darlehen gewährt werden sollten.

In den heutigen Vorstellungen wird aber übersehen, daß, wie die einzelnen Menschen auch die Familien unterschiedliche Voraussetzungen für die soziale Bewährung und den sozialen Aufstieg mitbringen. Der größte Teil der städtischen Oberschicht stammt von Vorfahren ab, die vor einigen Generationen vom Lande abgewandert sind. Erst auf Zwischenstufen als untere und mittlere Beamte, aus der Unteroffizierslaufbahn, als Lehrer sind die Angehörigen diser Familien durch Initiative und Sparsamkeit aufgestiegen. Die individualistische Ungeduld der heutigen Zeit führt zu der Auffassung, daß staatliche Subventionen eine Verpflichtung darstellten, um individuelle Vorteile (Privilegien) erringen zu können. Demgegenüber werden Familien, die schon in den vorhergehenden Generationen die Ausbildung ihrer Kinder selbst finanziert haben, benachteiligt, wenn sie durch die Kosten für die Ausbildung mehrerer Kinder in ihrem Lebensstandard und in ihren Einkommensverhältnissen soweit gedrückt werden, daß sie an die Grenze kommen, unter der andere durch staatliche Mittel gefördert werden. Dies ist nur **ein** Grund, der für einen **schichtenspezifischen** Ausgleich zwischen Kinderlosen und Familien mit mehreren Kindern spricht. Auch schon ohne Ausbildungskosten wird gerade unter den modernen Verhältnissen der Standard unverhältnismäßig gedrückt.

Bezüglich des schichtenspezifischen Ausgleichs sei an einen alten Vorschlag von THIEDE (zit. nach LENZ) angeknüpft. Besonders bei Beamten ist technisch ein einkommensspezifischer Ausgleich leicht möglich. Grund-

sätzlich scheint er aber auch über Lohn und Gehalt bzw. die Einkommenssteuer erreichbar. In einer, den heutigen Verhältnissen angepaßten Abwandlung könnte ein Ausgleich der Familienlasten in folgender Weise vorgenommen werden:

Ledige und kinderlose Ehepaare	Ehepaare mit Kindern				
	1	2	4	4	
13/15	15/15	16/15	17/15	18/15	
1560,--	1800,--	1920,--	2140,--	2260,--	DM
2080,--	2400,--	2560,--	2720,--	2960,--	
oder 8/10	10/10		+ DM 300,--		

Als Beispiele eines Grundeinkommens sind DM 1800,- und DM 2400,- angeführt. Dabei ist zu beachten, daß dies Normalgehalt erst von Ehepaaren mit einem Kind erreicht sein soll. Bei Ausscheiden der Kinder aus der Familie bleibt dieses Grundgehalt 15/15 erhalten, während das der Ledigen und kinderlosen Ehepaare nicht über 13/15 hinausgeht. Ein derartiger Familienausgleich ist seit Jahrzehnten immer wieder vorgeschlagen. Es ist aber zu erwarten, daß dieser auch in Zukunft aus ideologischen Gründen nie realisiert wird. Ein vereinfachter Vorschlag scheint mir eher akzeptabel zu sein: Man könnte das Standardgehalt auf 5/5 bei ein und zwei Kindern fixieren, während Ledige und kinderlose Ehepaare nur 4/5 des Gehalts beanspruchen könnten. Beim 3. Kind wäre eine beträchtliche Zulage, etwa von DM 300,- bis DM 400,- zu gewähren, ein Betrag, der natürlich die entstehenden Unkosten keineswegs deckt. Es ist nicht unberechtigt, derartige Zuschüsse nicht als Kinderzulagen, sondern als Muttergehalt zu bezeichnen. Es wäre aber unsozial, bei einem Familieneinkommen von über DM 36000,- eine Grenze zu ziehen oder bei niedrigen Einkommen ein erhöhtes Muttergehalt zu gewähren, denn wenn mit diesem Muttergeld die mütterliche Leistung anerkannt werden soll, dann gilt diese für alle Mütter in gleicher Weise. Das Muttergehalt darf keine Angelegenheit der Bedürftigkeit sein. Schon heute garantiert das Bundessozialhilfegesetz für Mütter ein Existenzminimum von etwa DM 200,- zu dem für die Kinder je nach dem Alter Zuschüsse von DM 98,- bis DM 174,- hinzutreten. Durch Zuschüsse für Mieten, Heizungs- und Kleiderkosten können insgesamt Beträge bis zu DM 1000,- gewährt werden. So notwendig dies ist, so unverständlich wäre doch, wenn bei denjenigen Schichten, welche die Steuer bezahlen, ein Familienausgleich nicht möglich ist.

Es wird vorgeschlagen, die Geburtenbilanz in einer mehr oder weniger großen „Bandbreite" um ±0 zu steuern (0-Wachstum). Wenn man nur in Betracht zieht, wie schwer es ist, etwa die Inflationsrate zu steuern, so muß es unmöglich erscheinen, von wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten aus durch Propaganda oder durch finanziell-steuerliche Maßnahmen den Trend für oder gegen das Kind kurzfristig zu beeinflussen. Allerdings zeigen Zeiten wirtschaftlicher Depression, daß die Geburtenfrequenz sehr wohl von oekonomischen Verhältnissen beeinflußt wird (vgl. Abb. 3 u. 5). Eine grundsätzliche Bevölkerungspolitik kann sich als Gesamtkonzeption aber nur auf Generationen beziehen. Vom wirtschaftlichen Aspekt wird betont, bis zum Jahr 2000 seien ohnehin schon die dann tätigen Arbeitskräfte geboren, für diesen Zeitraum seien also die Verhältnisse nicht zu beeinflussen. Die bevölkerungspolitische Bedeutung des heutigen Geburtenrückgangs zeigt sich aber erst nach Ablauf dieser Zeit. Erst die dann sich ergebende Heiratsziffer und die dann abermals notwendigerweise stark absinkende Geburtenzahl werden für die Gesamtpopulation von Bedeutung sein. KÜHN und GRÖNER haben nach dem Frejka-Ansatz eine Modellrechnung über die Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahr 2061 durchgeführt (Abb. 16). Die unter Nr. 3 in der Mitte gezeigte keineswegs unrealistische Rechnung entspricht am ehesten den tatsächlichen Verhältnissen. Unter der Annahme einer Nettoreproduktionsrate (NRR, vgl. S. 11) von 0,85 im Jahre 1971 und von 0,8 für die folgenden Jahre ergibt sich ein äußerst schneller Rückgang der Bevölkerung. Dabei sind bei den Ausgangszahlen die Ausländergeburten noch einbegriffen, außerdem beträgt die NRR nicht 8,5, sondern bereits nur mehr 7,0. Nach KÜHN und GRÖNER würde die Bevölkerung von heute 61.5 Mill. über 52.3 Mill. im Jahr 2021 auf 34.9 Millionen im Jahre 2070 abnehmen. Es würde dies natürlich nicht bedeuten, daß es für die dann Lebenden keine Umweltprobleme mehr gäbe, d. h. wenig Müll, wenige Autos, viel Platz für Gärten usw., sondern daß in Mitteleuropa ein Vakuum entstände, welches sofort durch fremde Bevölkerungen überflutet würde.

Das Modell 2 (erste Spalte) stützt sich auf die Annahme einer NRR von 1,0, bei der sich im Laufe der Zeit ein stabilisierter Bevölkerungsaufbau einspielt.

Das Modell 4 (dritte Spalte) nimmt ein Pendeln der NRR in Zeiträumen von 30 Jahren zwischen 0,8 und 1,1 an.

Von mancher Seite wird angenommen, die NRR würde sich im Sinne des letzterwähnten Modells um 1,0 einpendeln. Angesichts des neuartigen raschen Geburtenrückganges besteht für diese Annahme wenig Wahrscheinlichkeit.

Entgegen diesen Modellen findet man in zahlreichen Zeitungen und Zeitschriften die Wiedergabe einer Modellrechnung des Bundesstatistischen Amtes (SCHUBNELL), nach der bei Zuwanderung von 5 Mill. Ausländern

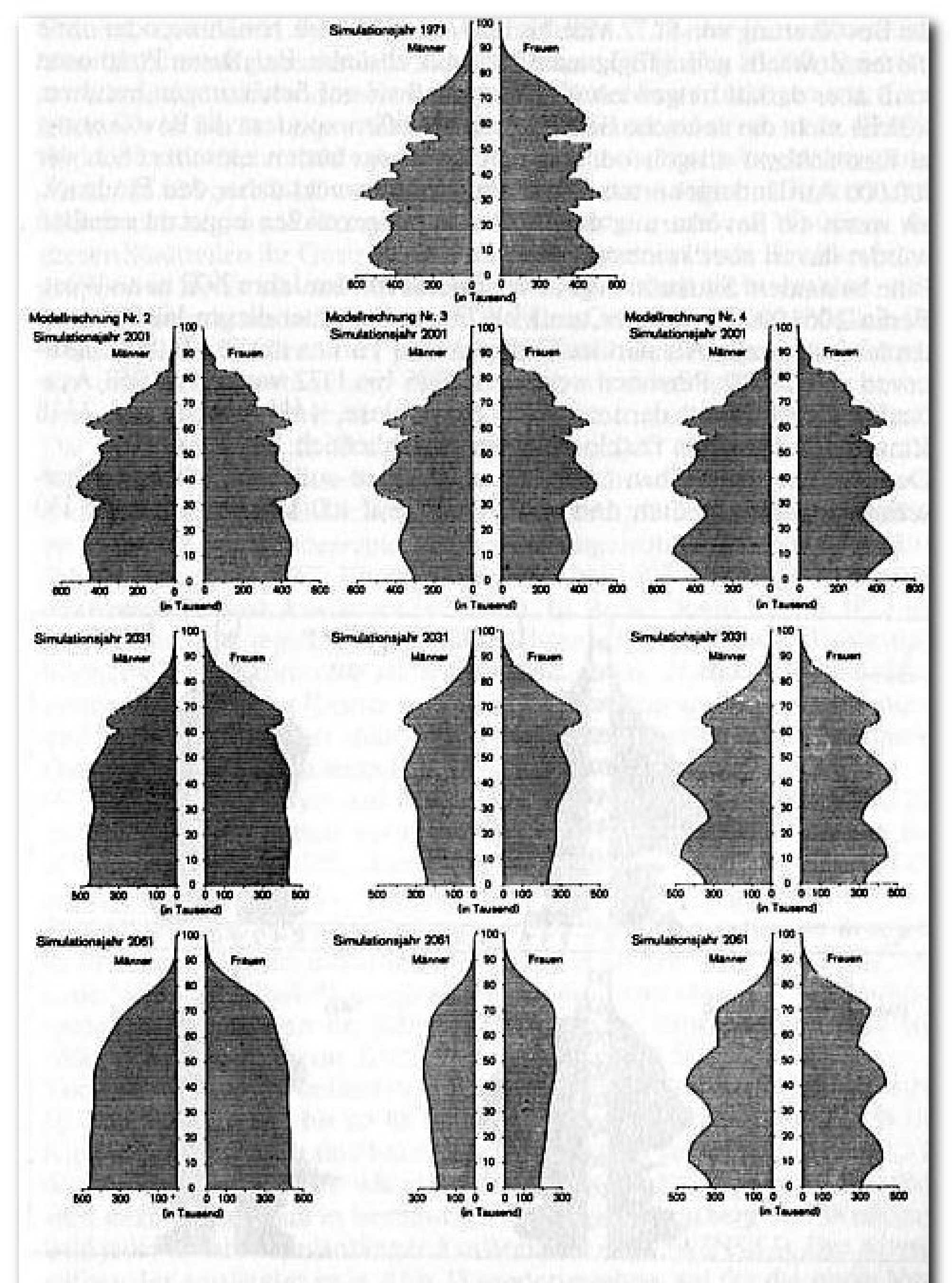


Abb. 16 Entwicklung des Altersaufbaues der Bevölkerung der BRD unter verschiedenen Ansätzen der Nettoproduktionsrate.
(aus KÜHN u. GRÖNER)

die Bevölkerung von 61.72 Mill. bis 1985 auf 62.48 Mill. zunähme, oder ohne diesen Zuwachs geringfügig auf 57.08 Mill. absänke. Bei diesen Prognosen muß aber darauf hingewiesen werden, daß sie auf Schätzungen beruhen, welche nicht die deutsche Bevölkerung betreffen, sondern die Bevölkerung **in** Deutschland ausgehend von den Lebendgeburten einschließlich der 100.000 Ausländergeburten. Diese Prognose erweckt daher den Eindruck, als wenn die Bevölkerung der BRD sich einigermaßen konstant erhalten würde; das ist aber keineswegs der Fall.

Eine besondere Situation liegt in **Westberlin** vor. Im Jahre 1972 hatte West-Berlin 2 062 000 Einwohner, am 1.1.1973 wurden unter diesen 162 509 Ausländer festgestellt. Als stärkste Gruppen sind Türken mit 66 521 und Jugoslawen mit 28 502 Personen vertreten. 1945 bis 1972 wurden 24 058 Ausländer eingebürgert, darunter 5 881 Staatenlose, 4 481 Israelis und 2 338 Einwanderer aus den Ostblockstaaten einschließlich Jugoslawien.

Der Bevölkerungsaufbau (Abb. 17) zeigt einen außerordentlichen Überschuß von alten Leuten und von Frauen, auf 100 Männer kommen 130

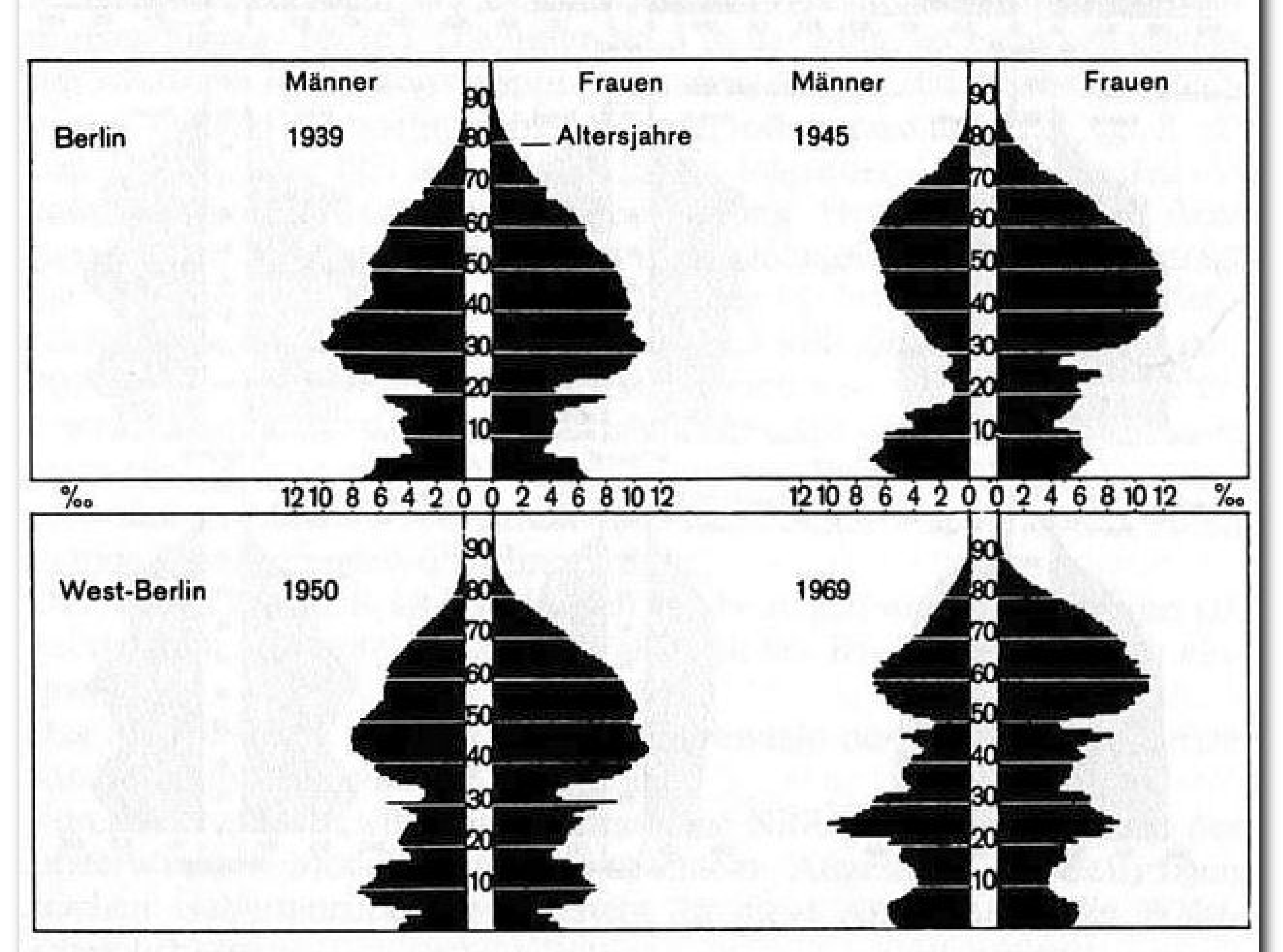


Abb. 17 Bevölkerungsaufbau in West-Berlin 1939-1969 (aus: Berlin, kurzgefaßt 1971)

Frauen, vorwiegend der höheren Altersklassen. 22 % der Einwohner sind über 65 Jahre alt gegenüber 12 % in der übrigen BRD. Die 90.000 registrierten ausländischen *Arbeitnehmer* machen 10 % der Erwerbstätigen aus, dazu kommen in Berlin ungewöhnlich viele Familienangehörige, etwa 80.000, und eine erhebliche Zahl von Ausländern ohne Aufenthaltsgenehmigung, die auf 15.000 geschätzt werden. Da die Hälfte der Ausländer Türken sind, bilden sich regionale Kolonien, wie in Kreuzberg und im Wedding, die diesen Stadtteilen ihr Gesicht geben. Eine Integration dieser Bevölkerungsgruppen in Berlin als einer deutschen Stadt ist einfach nicht denkbar, eine Rückgliederung aus politischen und sozialen Gründen schwer möglich. So werden diese Ausländer in politisch für Berlin schwierigen Situationen, ein erhebliches politisches, soziales und wirtschaftliches Gewicht bekommen, ganz abgesehen von den ethnischen und kulturellen Fragen. Die Geburtenziffer in West-Berlin betrug schon 1972 nur 9,1 ‰, die Sterbeziffer 19,1 ‰, danach liegt ein ungewöhnliches Defizit von 10 ‰ vor. Der Anteil der nichtehelichen Kinder ist mit 12,1 % der Lebendgeborenen im Vergleich zur Bundesrepublik übrigens ungewöhnlich hoch (6 %). Jährlich werden rund 15000 Ehen geschlossen, bei 1407 von diesen sind einer oder beide Partner Ausländer (= 11,6%). In Berlin besaß bereits 1972 ein Viertel der dort registrierten Lebendgeborenen eine fremde Staatsangehörigkeit. Dazu kommen als Kinder von einem fremdländischen Ehepartner die ehelichen Kinder deutscher Männer von ausländischen Frauen und die nichtehelichen deutscher Frauen von ausländischen Männern. Diese Kinder besitzen natürlich die deutsche Staatsangehörigkeit.

Wenn wir in Berlin von den 20488 Lebendgeborenen des Jahres 1972 ein Viertel abziehen, haben wir nur 15366 Geburten aus der **deutschen** Bevölkerung, das entspricht einer Geburtenziffer von 7,4 ‰. Wenn man die geringe Sterblichkeit der Ausländer außer Acht läßt, ergibt sich 1972 ein Sterbeüberschuß bzw. ein Defizit von 25529 Geburten für die **deutsche** Bevölkerung also ein außerordentlich großes Defizit nicht von 9,1‰, wie in der offiziellen Statistik ausgewiesen, sondern von etwa 11,7 ‰. Dementsprechend findet sich im Jahre 1972 trotz aller Zuwanderung eine Bevölkerungsabnahme von 31000 Personen (etwa 0,7 %).

Von den Ausländern befanden sich am =1.1.1973 in Berlin 69.9 % im arbeitsfähigen Alter von 15 bis zu 45 Jahren, von den Deutschen nur 37,3 % (!). Kinder unter 6 Jahren sind bei den Ausländern mit einem Anteil von 11,3 % doppelt so stark vertreten wie in der deutschen Bevölkerung mit 5,6 %; dies wird dazu führen, daß in bestimmten Bezirken, Kreuzberg und Wedding, bald jeder zweite Schulanfänger Ausländer ist (GLOWINSKI). Der Altersaufbau der Ausländer ist in Abb. 18 wiedergegeben, auf der die starke Verbreiterung der jüngsten und die Überbesetzung der arbeitsfähigen Jahrgänge erkennbar sind. Der Aufbau ist geradezu konträr dem Berlins in Abb. 7

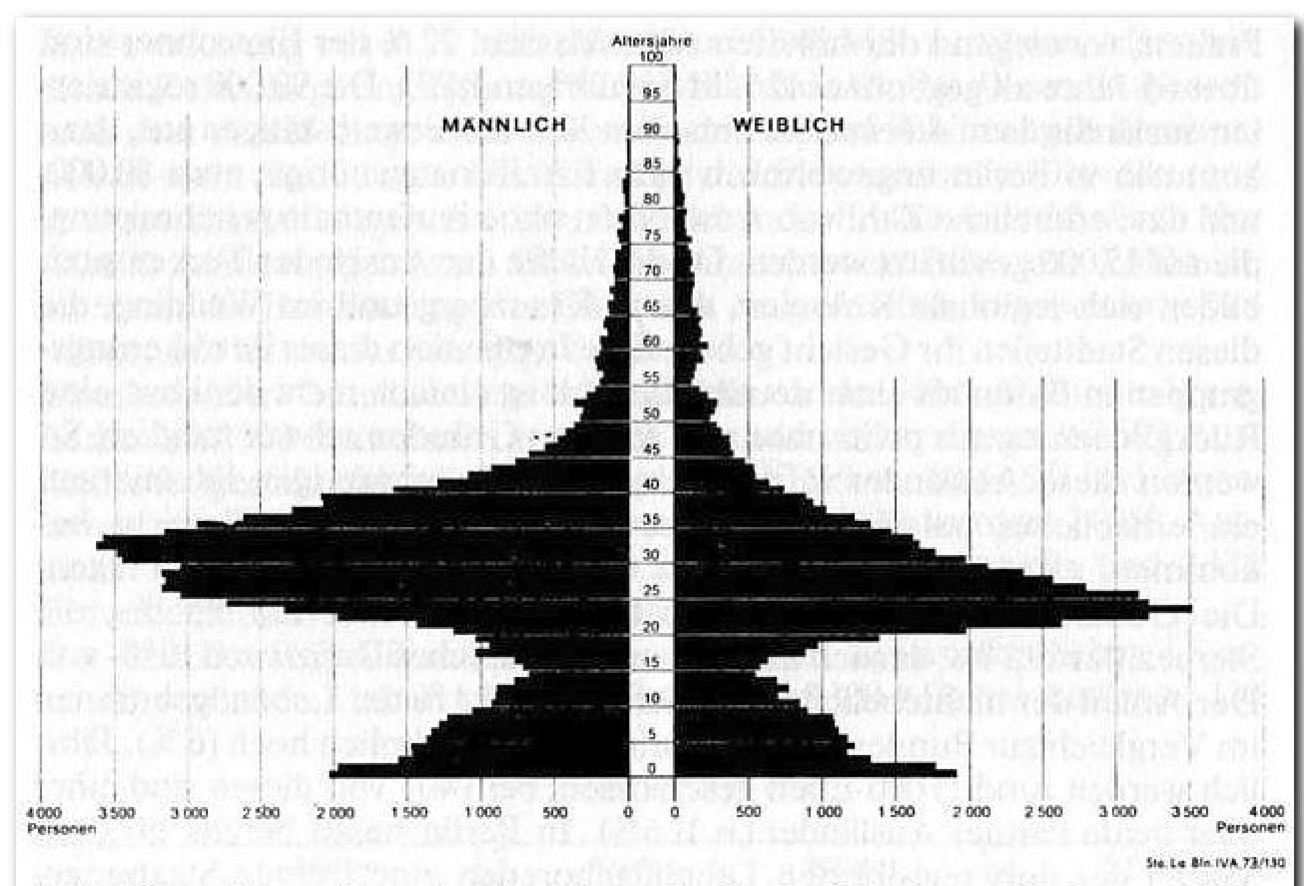


Abb. 18 Altersaufbau der Ausländer in Berlin (West) am 31. Januar 1973

Der Rückgang der deutschen Bevölkerung beruht natürlich nicht nur auf dem Geburtenrückgang, sondern überwiegend auf dem ungünstigen Altersaufbau der Bevölkerung mit der hohen Sterblichkeit. Ein Rückgang der deutschen Bevölkerung um 1% jährlich würde zu einem zunehmenden Bevölkerungsschwund und zu einer Umvolkung führen, der an Schnelligkeit den Entvölkerungsprozeß antiker Weltstädte noch übertrifft.
Auch **Ost-Berlin** hat mit seinen im Jahre 1971 1036044 Einwohnern ein leichtes Defizit von -2,9 ‰ bei einer Geburtenziffer von 12,8 und einer Sterbeziffer von 15,7. Diese liegt deshalb günstiger, weil im Bevölkerungsaufbau die jüngeren Jahrgänge besser besetzt sind.

XI, 3 SCHWEIZ

Anhangsweise sei auf die Verhältnisse in der **Schweiz** eingegangen, weil sie vergleichsweise wegen des Fremdarbeiterproblems für die Bundesrepublik von spezieller Bedeutung sind. Die Geburtenziffer lag 1970 mit 15,8 ebenso wie der Geburtenüberschuß mit 6,7 noch relativ hoch (vgl. Tab. 18).

	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970
Geburtenziffer	17,6	17,7	17,6	18,0	18,4	19,1	19,2	18,8	18,3	17,7	17,1	16,5	15,8
Sterbefälle	9,5	9,5	9,7	9,2	9,7	9,9	9,1	9,3	9,3	9,1	9,3	9,3	9,1
Geburtenüberschuß	8,1	8,2	7,9	8,8	8,7	9,2	10,1	9,5	9,0	8,6	7,8	7,2	6,7

Tab. 18 Sterbefälle und Geburtenüberschuß auf 1000 Einwohner in der Schweiz seit 1958 (Statistisches Jahrbuch der Schweiz)

Seit 1950 hat die Bevölkerung von 4.714.992 auf 6.269.783 zugenommen (Tab. 19). Die Bevölkerungsdichte betrug 1970 152 pro km^2. Im Vergleich zu der relativ geringen Einwohnerzahl hat die Schweiz eine sehr hohe ausländische Wohnbevölkerung mit 982.887 Personen, von diesen sind 593.219 erwerbstätig. Als Jahresaufenthalter werden 617.092, als Niedergelassene 365.795 bezeichnet. Davon waren 363.049 männliche und 103.765 weibliche Italiener, zusammen 466.814, und 75.773 männliche und 36.863 weibliche Spanier, zusammen 112.636. Der Anteil der übrigen Länder an den ausländischen Arbeitskräften ist gering.
HOFFMANN-NOWOTNY hat eine sehr detaillierte soziologische Modellstudie zum Fremdarbeiterproblem in der Schweiz durchgeführt. Es handelt sich um die Auswertung einer Erhebung nach der Fragebogenmethode, die sich auf italienische Gastarbeiter erstreckt. Bei der föderativen Struktur der Schweiz sind die Verhältnisse nicht unmittelbar mit denen in der Bundesrepublik zu vergleichen, wohl aber ergeben sich interessante Gesichtspunkte. Von der ausländischen Wohnbevölkerung waren 53,6 % Italiener, 11,8 % Deutsche, 5,2 % Franzosen, 4,4 % Österreicher, 13,7 % aus dem übrigen Europa, anderer Herkunft waren 11,4 %. Die Rotation unter den Fremdarbeitern ist sehr groß, d. h. die meisten kehren nach kürzerer Zeit bereits in ihr Heimatland zurück. 1963 betrug nach der italienischen Statistik die Zahl der aus der Schweiz Zurückgekehrten 87,1 % der in dem betreffenden Jahr Ausgewanderten. Dagegen war der Anteil der Rückgewanderten gegenüber den Ausgewanderten im gleichen Jahr nach den USA und Kanada nur 1,1 %.
Es hängt dies damit zusammen, daß die Zahl der Einbürgerungen in der Schweiz sehr gering ist. Sie betrug 1956 bis 60 im Jahresmittel 1.861, 1961 bis

65 2.083 und 1966 bis 70 3.939 Personen. Nach den Berichten der Studienkommission des Schweizerischen Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit ist ein Ausländer in der Schweiz für eine Einbürgerung hinreichend assimiliert, wenn er „schweizerisch denkt und fühlt und .... ihm unsere Sitten und Gebräuche selbstverständlich geworden sind. Sicher gehört dazu, daß er sich in der Sprache seines Wohnortes ausdrückt, auch wenn diese mit dem Akzent seiner früheren Muttersprache gefärbt ist. Aus-

Wohnbevölkerung am 1. Dezember 1970	Sprachzugehörigkeit 1960				
	Deutsch	Französisch	Italienisch	Rätoromanisch	Andere
6 269 783	3 604 452 = 74,4 %	979 630 = 20,2 %	198 278 = 4,1 %	49 208 = 1,0 %	12 754 = 0,3 %

Tab. 19 Schweizer nach Muttersprache 1960 (Statistisches Jahrbuch der Schweiz)

schlaggebend ist sodann, daß der Anwärter von der Geschichte und Staatskunde der Schweiz soviel weiß, wie ein Schweizer im Elternhaus und in der Volksschule gelernt hat. Das Hauptgewicht ist bei der Prüfung indessen auf die Einstellung des Bewerbers zum schweizerischen Staatsgedanken zu legen. Wer schweizer Bürger werden will, sollte zur Referendumsdemokratie eine positive Beziehung haben. Das gilt bedingungslos für jene, die mit der Naturalisation stimm- und wahlfähig werden. Das Heimatgefühl unserem Land gegenüber sollte außerdem so lebendig sein, daß der Bürgerrechtsbewerber auch bereit ist, zur Verteidigung seiner Wahlheimat Militärdienst zu leisten".

HOFFMANN-NOWOTNY weist darauf hin, daß die einheimischen Kulturauffassungen nicht homogen sind, sondern nach Sozialschichten und nach Gruppen erheblich differieren können. Es ist nicht zu Unrecht darauf hingewiesen worden, daß die kulturellen Unterschiede zwischen manchen Gruppen der Oberschicht in verschiedenen Ländern geringer sind als die Unterschiede zwischen Ober- und Unterschicht im gleichen Volk. Ähnliches trifft für die Grundschicht zu. Es ist aber einleuchtend, daß starke Einwanderung von Fremdarbeitern und deren Integration in die Unterschicht, besonders wenn diese politisch gesteuert wird, zu einer stärkeren Desintegration in der einheimischen Bevölkerung führt.

In der sozialen Grundschicht haben die Ausländer in der Schweiz von

1930 mit 12,9 % auf 1960 mit 27,8 % zugenommen. Der Anteil der Ausländer bei den ungelernten Arbeitern betrug 1960 sogar 39 %. Die Bildung einer neuen Grundschicht hat dazu geführt, daß erhebliche Teile der bisherigen einheimischen Grundschicht sozial aufgestiegen sind; vielfach sind auch Frauen dieser Schicht durch Ausländer ersetzt worden. Es ist nicht denkbar, daß bei einer Verminderung der Ausländer deren Arbeit wieder von den bereits Aufgestiegenen, unter Umständen sogar bei minderer Bezahlung, übernommen würde. Bei auftretender Arbeitslosigkeit würden weniger die ungelernten und angelernten Fremdarbeiter betroffen sein als vielmehr die aufgestiegene Schicht der Schweizer. Für die Schweiz wird noch in höherem Maße angenommen, als das für die Bundesrepublik der Fall ist (vgl. S. 85), daß ausreichende Investierungen für Rationalisierungsmaßnahmen nicht vorgenommen seien, weil die Arbeit mit ausländischen Arbeitskräften billiger wäre. Dies ist für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung ebenso ungünstig wie die erforderliche Erweiterung der Infrastruktur für die Fremdarbeiter und ihre Familien, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß diese in der Schweiz keineswegs einen solchen Umfang annimmt, wie es in der BRD der Fall ist.

Die Aufstiegsmöglichkeiten der Fremdarbeiter in der Schweiz sind sehr gering auch bei vorhandenen Fähigkeiten. Viele Schweizer stehen auf dem Standpunkt, daß bei der Berufseinstellung Schweizer bevorzugt werden sollten. Die Auffassung, nach der nicht Fähigkeiten, sondern Herkunftsmerkmale die soziale Mobilität (Aufstiegschancen) bestimmen sollen, bezeichnet HOFFMANN-NOWOTNY als Neofeudalismus. Von vielen Gastarbeitern wird dieser Zustand resignierend akzeptiert, andernfalls ist er eine häufige Ursache zur Rückwanderung.

Die obengenannte Studienkommission hat das Problem der Überfremdung angesprochen: der Einfluß von nicht oder nur bedingt assimilierten Angehörigen fremder Kulturen, der so stark ist, daß die wesentlichen und tragenden Vorstellungen, die der eigenen Kultur zugrunde liegen, durch fremde Vorstellungen überdeckt werden und die Bevölkerung ihre Lebensverhältnisse nicht mehr auf Grund ihrer eigenständigen Tradition gestaltet. Der Begriff „Überfremdung" wird bei uns von manchen Seiten als subjektiv und emotional abgelehnt, weil er das Bewußtsein einer kulturellen Einheit voraussetze. HOFFMANN-NOWOTNY zitiert Arnold NIEDERER: „Kulturelle Überfremdung kommt aber niemals von einer Bevölkerungsschicht, welche wie die Fremdarbeiter als das Fußvolk unserer Wirtschaft an der Basis der sozialen Pyramide steht und deren kulturelle Verhaltensweisen von der Mehrzahl unserer Bevölkerung als rückständig und inferior betrachtet werden". Das ist richtig, solange keine Einbürgerung erfolgt und damit keine gesellschaftliche und politische Integration, wie sie allerdings in der Schweiz auch nicht beabsichtigt ist. Zur Frage der Emotionen sei auch hier wiederholt, was bereits an anderer Stelle gesagt ist, daß nämlich

lebendig-bewußte kulturelle Bindungen Voraussetzungen für die Einheit eines Volkes darstellen.
Auch innerhalb des Landes verstärken Gastarbeiter die oekonomischen Unterschiede zwischen den einzelnen Kantonen, wie dies auch bei den verschiedenen Ländern der Bundesrepublik der Fall ist. Exporte von Industrien könnten auch innerhalb des Bundesgebietes in die weniger industrialisierten Länder erfolgen.

Unter den Ländern im deutschsprachigen Raum soll noch kurz die Entwicklung der Bevölkerungsbewegung in Österreich erörtert werden.
Der Altersaufbau weist nach Abb. 19 eine ähnliche Struktur auf wie in der Bundesrepublik. Auch die Bevölkerungsbewegung zeigt nach Abb. 20

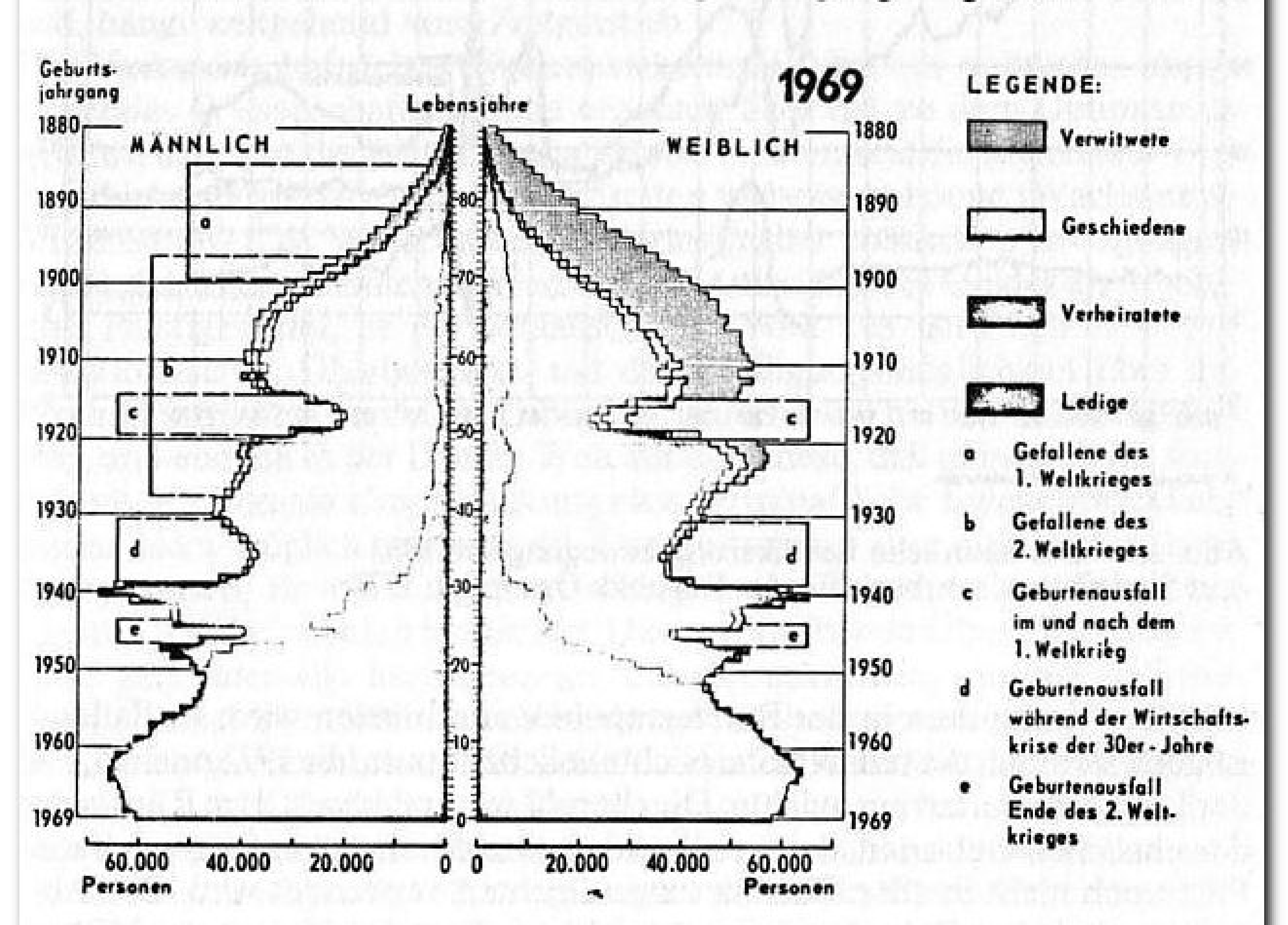


Abb. 19 Die Altersstruktur der Wohnbevölkerung
(aus Statistisches Jahrbuch für die Republik Österreich 1971)

einen sehr ähnlichen Verlauf, naturgemäß bedingt durch die einander entsprechenden politischen und Kriegsereignisse. Allerdings setzt sich in den 30er Jahren der Geburtenrückgang so stark fort, daß es zu einem Defizit kommt. Erst um das Jahr 1940 kommt es durch die Eingliederung in das Deutsche Reich trotz des Krieges zu einem ungewöhnlichen Geburtenanstieg. Während die Nettoproduktionsziffer 1937 nur 0,72 betrug, erreichte sie auch nach dem Krieg 1963 eine Höhe von 1,32, sie sank dann kontinuierlich bis 1972 auf 1,003 ab, sie wird 1973 unter 1,0 absinken. Der Geburtenüberschuß ging von 6,5 ‰ im Jahre 1961 auf 1,2 ‰ im Jahre 1972 zurück. Es ist wahrscheinlich, daß sich der weitere Ablauf der natürlichen Bevölke-

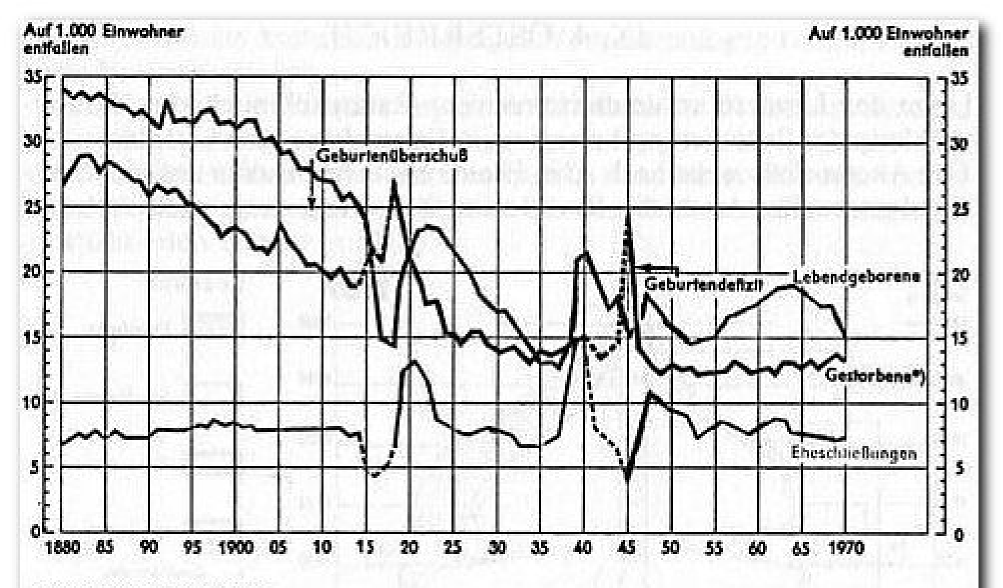


Abb. 20 Die natürliche Bevölkerungsbewegung seit 1880
(aus Statistisches Jahrbuch für die Republik Österreich 1971)

rungsbewegung dem in der Bundesrepublik anschließen wird. Auffallend ist in Oesterreich die relativ hohe Nichtehelichenquote, die 1972 noch 13,7 % der Lebendgeburten ausmachte. Dies beruht wesentlich auf dem Rückgang der ehelichen Geburten, deutet aber auch darauf hin, daß in Österreich die Pille noch nicht in allen Bevölkerungsschichten verwendet wird. Die Abnahme ehelicher Geburten erstreckt sich auf alle Altersklassen der Mütter und bewirkt auch schon eine Abnahme der Erst- und Zweitgeburten.
Die Erteilung von Niederlassungs- und Einwanderungsgenehmigungen an Ausländer hielt sich in den Jahren 1967 bis 1970 in Grenzen, sie stieg in diesem Zeitraum von nur 2534, von denen 1122 Deutsche waren, auf 4.720. Auch unter den 5565 im Jahre 1970 Eingebürgerten waren 1828 Deutsche, ihnen folgten 978 Jugoslawen. 1972 waren im Jahresdurchschnitt 186.465 Ausländer beschäftigt.

X. GRUNDZÜGE EINER BEVÖLKERUNGSPOLITIK.

An grundsätzlichen Erwägungen und einzelnen Beispielen wurde gezeigt, welchen Einfluß die Bevölkerungsbewegung, d. h. Zu- oder Abnahme der Bevölkerung und die Bevölkerungsdichte auf die politischen Zustände hat. Wie diese Einflüsse beurteilt werden und wie man auf sie Einfluß nehmen will, hängt weitgehend vom Zeitgeist ab.
Die Volkswirtschaftslehre (Nationaloekonomie) hat ein weltweites imponierendes Wissenschaftsgebäude errichtet. Dies hat zu dem Optimismus geführt, daß man die Weltwirtschaft global steuern und die regionalen Verhältnisse unbegrenzt durch Zuwachsraten verbessern könne (Wachstumsfetischismus). Die Wirtschaft als Leitprinzip aller politischen Erwägungen ergibt sich in der westlichen Welt aus der Anbetung des Geldes als Macht- und Prestigemittel, in der sozialistischen Welt aus dem marxistischen oekonomischen Glaubenssatz, mit der Verfügungsmöglichkeit über die Produktionsmittel werde der Lebensstandard für die breiten Massen gehoben, und endlich in der Dritten Welt aus der These, daß nur durch die fortdauernde koloniale Unterdrückung eine wirtschaftliche Eigenentwicklung bisher nicht möglich gewesen sei. Das Leitprinzip aller drei Maximen ist oekonomisch, Bevölkerungsfragen werden also fast ausschließlich unter diesen Gesichtspunkten betrachtet. Die bevorstehende Übervölkerung der Erde geht aber alle Menschen an. Extrem auswirken wird sie sich nur regional und ist insofern auch vordringlich ein regionales Problem. Die Bevölkerungsvermehrung läßt sich bis zum Jahre 2000 in ihrem Ausmaß berechnen. Mit Zunahme der Bevölkerungsdichte in den am meisten betroffenen Ländern und mit der hoffentlich bis dahin zunehmenden Rationalisierung dieser Bevölkerungen wird danach wohl ein Geburtenrückgang einsetzen, der sich dann doch den westlichen Ländern mit einer mehr oder weniger langen Verzögerung anpaßt. Die wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen, bis dahin die Lage zu meistern, sind grundsätzlich gegeben. Die Schwierigkeit besteht darin, daß die Regierungen, vielleicht unter Verzicht auf Teile ihrer Souveränität, gezielte einheitliche Planungen treffen müssen und nicht in ihren Machtpositionen eigensüchtig verharren dürfen. Wie schwierig eine Durchführung solcher Planung auf freiwilliger Basis ist, sieht man an den täglichen Diskussionen in der EG. Während die USA nicht zuletzt durch den Vietnam-Krieg und durch die innerpolitischen Verhältnisse in den letzten Jahrzehnten vom rücksichtslosen Wirtschaftsimperialismus abrücken, hat sich die imperialistische Tendenz der Sowjet-Union mit ihrem gewaltigen asiatischen Reich und den europäischen Satellitenstaaten ungebrochen erhalten. Die Mittel für die von der Sowjet-Union durchgeführten und in der ganzen Welt provozierten Rüstungen würden in der Tat ausreichen, den Lebensstandard in allen Ländern und nicht zuletzt in der Sowjet-Union so entscheidend zu

heben, daß auch in den Entwicklungsländern keine Schwierigkeiten beständen. Ähnliches gilt für die von KENNEDY zur Hebung des Selbstbewußtseins der Amerikaner und aus militärischen Gründen eingeleitete Raumschiffahrt. Wenn schon in der EG keine Einigung zu erzielen ist, wird dies in den drei Blöcken erst recht nicht der Fall sein können, weil es sich zwischen ihnen um ideologisch geführte Auseinandersetzungen handelt. Das bedeutet für die Bevölkerungspolitik, daß sie außer von oekonomischen Gesichtspunkten auch noch von abstrakt ideologischen aus gewertet wird. Es ist eine Ironie der Geschichte, aber wohl kein Zufall, daß es sich bei den Supermächten um riesige Länder mit den größten Hilfsquellen, aber einer im ganzen jedenfalls sehr geringen Bevölkerungsdichte (um 20 auf den km^2) handelt.
Zu einer Veränderung der politischen Verhältnisse durch „Entspannung" im Sinne der Konvergenztheorie kann es natürlich nicht kommen, eben weil die Unterschiede in den Systemen ideologisch bedingt sind. Die Änderung könnte höchstens durch eine Revolution oder dirigistische Systeme in den kapitalistischen Ländern erfolgen.
Während zwischen den einzelnen Staaten Entspannung, also Ausgleich und Anerkennung, vorgespiegelt wird, verschärfen sich innerhalb der einzelnen Länder und nicht zuletzt in der Bundesrepublik die Gegensätze. Der Sozialismus des Neides, des Klassenkampfes, des Nur-Habenwollens, des Unzufriedenseins formiert die Kader, um die Menschen und nicht zuletzt die Arbeitnehmer in die kommunistische Knechtschaft zu führen. Wenn das Bewußtsein verändert werden sollte, dann müßte dies in einer ganz anderen Weise „die Herrschaftsklassen" betreffen: sie müßten erzogen werden, wahrhaft sozial zu denken und auch ihren Lebensstil danach einzurichten. Wenn das der Fall wäre, würde sich zeigen, daß in unseren und den anderen Völkern nicht eine Kluft zwischen Herrschenden und Beherrschten besteht, sondern eine kontinuierliche Durchdringung und Durchlässigkeit aller Schichten in einer auf gemeinsamer, kultureller Basis lebenden Bevölkerung. Es muß wieder erkannt werden, daß es sich bei der „Gesellschaft" nicht um ein Kollektiv von Arbeitskräften, sondern um eine Gemeinschaft Zusammengehöriger im Lebensbereich eines Volkes handelt. Große Teile des Bürgertums sympathisieren aus echter sozialer Gesinnung und im Bewußtsein der Notwendigkeit sozialen Handelns mit sozialistischen Kräften. Sie sind überzeugt, daß Parolen wie „Entspannung, bessere Lebensqualität, Erleichterung für die Menschen, mehr Gerechtigkeit, Sicherung des Friedens" zu dem Erfolg führen könnten, den sie versprechen. Große Teile der heute wie früher idealistischen Jugend möchten das Los unterdrückter Minderheiten verbessern. Sie sehen nicht, daß konsequenter Sozialismus in westlichen Ländern noch immer zu einer relativen Schlechterstellung der Arbeitnehmer geführt hat.
Warum diese Erörterungen, was hat dies mit der Bevölkerungspolitik zu

tun? Es muß klargestellt werden, daß neben dem oekonomischen auch das internationale sozialistische Denken den Menschen lediglich als den austauschbaren Teil eines Kollektivs sieht. Wahre menschliche Lebensqualität beruht nicht auf mehr Einkommen und mehr Freizeit, wobei nicht bestritten werden kann, daß diese eine wichtige Voraussetzung bilden. Spezifisch menschliche Qualität liegt nicht in Essen, Trinken und Geschlechtsverkehr, – sie liegt in den geistigen und sittlichen Werten eines Menschen und eines Volkes. Spätestens, wenn bei derartigen Erörterungen das Wort „Volk" gebraucht wird, erhebt sich der Einwand, daß es sich um gefühlsbestimmte Gedankengänge handle, die in der heutigen Zeit rationalen Denkens keinen Raum hätten. Es erübrigt sich, darauf hinzuweisen, welche Emotionen sozialistischem Gedankengut zugrundeliegen. Tatsache ist aber, daß die emotionale Seite des Menschen gegenüber der rationalen und der animalischen die wertvollste ist. Wirkliches soziales Verhalten, Einsatzbereitschaft, Opfersinn, Liebe, Treue, Gemeinschaftssinn, erwachsen nur auf dem Boden eines kulturell gegebenen Gruppenbewußtseins. Zur Emotionalität gehört eben auch, sein Fühlen steuern und beherrschen zu können. Ein Volk, eine Gruppe mit gemeinsamer geschichtlicher, kultureller, sprachlicher und biologischer Zusammengehörigkeit muß das Recht und das Bestreben haben, sich zu erhalten. Das Recht der Deutschen auf Erhaltung ihrer nationalen Eigenheit ist nicht zuletzt auch im Grundgesetz und in der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts enthalten. Es müßte daher alles abgewandt werden, was zum Abbau dieses Volksbewußtseins führt. Das trifft natürlich auch für alle anderen Länder und Staaten zu. In überseeischen Ländern ist die Betonung der nationalen Eigenheit ohnehin eine Selbstverständlichkeit. Selbstverständlich sind wirtschaftliche Gegebenheiten eine wesentliche Voraussetzung für ein menschenwürdiges Leben und Zusammenleben. Leitbild aller Politik und damit Bevölkerungspolitik muß aber der Mensch in **allen** seinen geistigen und seelischen Bezügen sein. Wie erörtert, trifft dies auch in besonderem Maße für die Entwicklungsländer zu, in denen die geistigen Grundlagen nicht durch Aufpfropfung westeuropäischer Gedankengänge kurzfristig zerstört werden dürfen.

Für Europa ergibt sich eine z. B. von HUNKE mit Nachdruck vertretene Modellvorstellung für ein politisches Ethos, das in den Grundprinzipien der eidgenössischen Schweiz verwirklicht ist und auf Freiheit des Menschen und damit auf der verpflichtenden Anerkennung auch der Freiheit jedes anderen, gleich welcher Volkszugehörigkeit, beruht. Politik gegenüber dem Nächsten dürfe nur betrieben werden ohne Überlistung, ohne Betrug und böse Absicht: ein Miteinander, das die freie Entfaltung der Völker zuläßt, und das damit die Integrität der Kultur garantiert. Daraus ergäbe sich eine allgemeine Verantwortlichkeit bei persönlicher und gemeinschaftlicher Freiheit, der ein absolut verpflichtendes Ethos zugrunde liegt. Diese

Auffassungen könnten mit dem Konzept de GAULLE's vom Europa der Vaterländer verbunden werden. Die Vorstellung setzt die Notwendigkeit eines freien, bewußten Volkstums geradezu voraus.
Ein derartiges Prinzip begründet übrigens auch die freie und pflichtmäßige Achtung ohne Arg und Hinterlist zwischen sozialen Schichten. Seit dem Kriege sind die Unterschiede zwischen den sozialen Schichten bei uns wieder größer geworden. Zur Achtung der Würde des Mitmenschen gehört ein Lebensstil ohne Verschwendung, ohne patriarchalischen und akademischen Hochmut. Gerade hier scheinen mir Wandlungen im menschlichen Bereich notwendige Voraussetzungen zu sein, um Gemeinsamkeiten zu ermöglichen und um Mißtrauen abzubauen.

Für den Fortbestand eines geistigen Deutschlands sehe ich nicht pessimistisch, wenn eine Desintegration und stärkere Unterwanderung vermieden werden kann, wenn die Bevölkerung als geschichtlich kulturelle Einheit und auf längere Sicht auch als genetisches Potential erhalten werden kann. Eine europäische Mitte der Deutschen kann durch Desintegration und Kollektivismus schnell zur Auflösung kommen, sie kann aber auch bei wachem Bewußtsein und entsprechender Leistung zu einer festeren Integrierung führen. Für die Deutschen bestehen in Europa drei Möglichkeiten der Entwicklung

1. sie können als offene Gruppe ohne wesentliche politische Bedeutung in Europa leben, etwa wie die Deutschen in den USA.
2. Sie können dissimiliert und desintegriert werden und ihre eigene kulturelle Identität verlieren.
3. Können die Deuschen sich in Mitteleuropa als kulturelles, einheitliches schöpferisches Volk zum Wohl für das ganze Europa entwickeln. Dies muß unser Ziel sein.

XI. THESEN ZUR „BEWÄLTIGUNG DER ZUKUNFT" ANLÄSSLICH DES WELTBEVÖLKERUNGSJAHRES.

1. Die Entwicklung der Weltbevölkerung darf nicht schematisch und global betrachtet, sondern muß nach Ländern aufgegliedert gesehen werden.

2. Die Bewältigung der Zukunft ist nur durch sofort einsetzende intensive internationale Planung und schnelle Inangriffnahme ihrer Verwirklichung möglich.

3. Länder mit größerem Bevölkerungszuwachs und großer Bevölkerungsdichte (Indien) sind kaum noch vor einer Katastrophe zu bewahren.

4. In Ländern mit größerem Zuwachs und mittlerer Dichte (Mexiko, Brasilien, afrikanische Staaten) muß die Bevölkerungs-Planung auf nationaler und internationaler Basis schon mittelfristig erheblich verstärkt werden.

5. Entwicklungshilfe kann nur finanzielle und intellektuelle Anstösse geben. Sie muß auf den derzeitigen soziologischen Gegebenheiten des Entwicklungslandes aufbauen und darf nicht als Ausgangsmöglichkeit einer modernen ideologischen Missionierung angesehen werden.

6. Selbstverständlich müssen die Bemühungen noch verstärkt werden, eine durchgreifende Familienplanung gerade in den Ländern mit starkem Zuwachs volkstümlich zu machen.

7. Es ist ein Irrtum, daß dies durch Änderung der sozialen Struktur (Industrialisierung) oder der „Herrschaftssysteme" zu erreichen wäre.

8. Da Geburtenplanung auf einer rationalisierten Denkweise in der Gesamtheit des Volkes beruht, ist die Einrichtung von Schulen erste Voraussetzung einer bewußten Familienplanung.

9. Wenn die Einrichtung von Schulen bisher keinen ausreichenden Erfolg gezeigt hat, so beruht dies darauf, daß nicht die Kunst des Lesens und des Rechnens bereits verstandbestimmte Haltung bewirkt, sondern erst dies lebendige Durchdringen bewußten Planens in allen Lebensbereichen.

10. Die Verhinderung und Bekämpfung des Hungers wird weniger große Schwierigkeiten bereiten als die Unterbringung und Beschäftigung der Bevölkerungsmassen.

11. Den überseeischen Regierungen müßte klar sein, daß ein starker Bevölkerungszuwachs mit allen seinen innenpolitischen Schwierigkeiten die stärkste Auswirkung auf Bevölkerungen und die politischen Zustände in diesen Ländern selbst hat.

12. Es wäre verfehlt, im Zuge der Industrialisierung der Landwirtschaft nun auch Bauern und Kleinbauern zu entwurzeln und in die großstädtischen Slums zu treiben. Die seelische Ausgeglichenheit und Zufriedenheit

steht vor oekonomischen Gesichtspunkten. Das gilt auch für Europa und die EG.

13. Die westeuropäischen Bevölkerungen sind in der Geburtenbeschränkung den überseeischen seit einem Jahrhundert mit gutem Beispiel vorausgegangen.

14. Der Anteil der westlichen Welt mit ihrem intellektuellen und wirtschaftlichen Potential zur übrigen Welt wird sich vom Jahre 1960 von fast 30 % auf nur 18 % schon im Jahre 2000 verschieben. Dies wird besonders von ausschlaggebender Bedeutung sein, wenn die heutige „Dritte Welt" gezwungenermaßen kommunistisch würde und das Verhältnis demokratischer zu sozialistischen Ländern dann etwa 1 : 5 beträgt.

15. In dem deutschsprachigen Raum, besonders in der Bundesrepublik, vollzieht sich eine in der neueren Geschichte einmalige Veränderung des generativen Verhaltens. Es zeigt sich erstmalig ein Geburtenunterschuß von etwa 2,0 ‰ in ihrer deutschen Bevölkerung.

16. Nach amtlichen Meinungsäußerungen soll dies bis zum Jahre 2000 ohne Bedeutung sein, da das Defizit durch Einwanderung und Ausländergeburten auszugleichen sei. Möglicherweise handele es sich nur um Schwankungen (Oscillationen), die sich bei einer Wachstumsrate von ± 0, also einer stabilisierten Bevölkerung, einpendeln. Oekonomisch seien Störungen bis zum Jahr 2000 nicht zu erwarten.

17. Bevölkerungspolitik darf demgegenüber nicht kurzfristig unter wechselnden oekonomischen Gesichtspunkten betrieben werden; sie muß sich weit vorausschauend auf Generationen erstrecken. Bei den augenblicklichen Geburtenverhältnissen im deutschen Raum würde es nach ein bis zwei Generationen ein so erhebliches Defizit geben, daß ein Vakuum in Mitteleuropa entstände. Natürlich würde es sich mit Ausländern auffüllen.

18. Jede Integration von größeren Bevölkerungsgruppen, sei es von ausländischen Arbeitskräften, sei es durch Wanderung im EG-Raum, führt zu einer Entwurzelung des Menschen aus seinem kulturellen, geschichtlichen und biologischen Untergrund. Der Mensch ist nicht nur oekonomisch bestimmt, sondern im menschlichen Bereich gefühlsmäßig und kulturell gebunden. Der fortschreitende Verlust dieser Bindungen wird die Auflösung der abendländisch-europäisch bestimmten Völker in ihrer geistig-kulturellen Substanz zur Folge haben.

19. In Deutschland ist der Verlust des Bewußtseins der nationalen Identität mit Volk und Familie und dadurch mit der eigenen Persönlichkeit durch die politischen Verhältnisse im besonderen Maße ausgeprägt. Im Zeichen einer nur oekonomisch-kollektiven Auffassung vom Menschen besteht die Gefahr, daß andere westeuropäische Völker in der kulturellen und biologi-

schen Selbstaufgabe bald folgen werden. Demgegenüber muß es erste bevölkerungspolitische Aufgabe einer Regierung sein, durch entsprechende Maßnahmen ihre Bevölkerung in ihren geschichtlichen, kulturellen und biologischen Gegebenheiten zu bewahren.

XII. SCHRIFTENVERZEICHNIS

Arnim, B. von: Bevölkerungsentwicklung, Bevölkerungspolitik und Wirtschaftsplanung in Indien.
G. Fischer Verlag, Stuttgart 1969

Baade, F.: Welternährungswirtschaft, Rowohlts Deutsche Enzyklopädie, Hamburg 1956

Baade, F.: Der Wettlauf zum Jahr 2000.
Gerhard Stalling, Oldenburg 1964

Berlin: Herausgegeben vom Presse- u. Informationsamt des Landes Berlin
6. Aufl. 1971

Brentano, L.: Die Malthus'sche Lehre und die Bevölkerungsbewegung der letzten Dezennien.
D. Franz, München 1909

Burgdörfer, L.: Bevölkerungsentwicklung im III. Reich. Tatsachen und Kritik.
Kurt Vowinckel Verlag, Heidelberg 1935

Burgdörfer, L.: Volk ohne Jugend. Geburtenschwund und Überalterung des deutschen Volkskörpers.
Kurt Vowinckel Verlag, Berlin-Heidelberg 1935

Burgdörfer, F.: Völker am Abgrund.
J.F. Lehmanns-Verlag, München-Berlin, 2. Aufl. 1937

Burgdörfer, F.: Bevölkerungsdynamik und Bevölkerungsbilanz.
J. F. Lehmanns-Verlag, München 1951

Cook, R.C.: Wer wird morgen leben?
Christian Wegner-Verlag, Hamburg 1951

Demoll, R.: Ketten für Prometheus.
F. Brückmann-Verlag, München 1954

Edding, F.: Innereuropäische Wanderung und europäische Integration.
Beitrag zur Konferenz der International Economic Association über international Economic Association über internationale Wanderung,
Kitzbühl 1955

Ehrlich, P.: Die Bevölkerungsbombe.
Karl Hanser-Verlag, München 1971

Fischer, A.: Zur Tragfähigkeit des Lebensraumes.
Z.f. Geopolitik 2, H. 23, 1925

Föhl, C.: Stabilisierung und Wachstum bei Einsatz von Gastarbeitern.
Kyklos, XX 1967, 1

Frejka, T.: Reflections on the Demographic, Conditions needed to establish a US stationary population growth.
Pop. Stud. XXII, 3, 1968

Hunke, S.: Das Nachkommunistische Manifest.
Seebald-Verlag, Stuttgart 1974

Hunke, S.: Das Reich und das werdende Europa.
Alma - Druck u. Verlag, Kreuzau-Stockheim

Jürgens, H.: Familiengröße und Bildungsweg der Kinder.
Beitrag zum ersten Familienbericht der Bundesregierung, 1967

Kirsten, E., E.W. Buchholz u. W. Köllmann: Raum und Bevölkerung in der Weltgeschichte.
2 Bde., Ploetz-Verlag, Würzburg 1955

Köllmann, W. u. P. Marschalck: Hrsg. Bevölkerungsgeschichte.
Kiepenheuer & Witsch, Köln 1972

Kühn, J. u. Gröner, G.: Eine Weiterführung des Frejka-Ansatzes zur Modellrechnungen der Bevölkerungsentwicklung.
Jahrbücher f. Statistik und Landeskunde, 18, 1, 1973

Mackenroth, G.: Bevölkerungslehre, Theorie, Soziologie und Statistik der Bevölkerung.
Springer-Verlag, Berlin 1953

Mackensen, R. u. H. Weber: Dynamik der Bevölkerungsentwicklung.
Karl-Hanser-Verlag, München 1973

Malthus, T.R.: Eine Abhandlung über das Bevölkerungsgesetz.
Jn: Sammlg. sozialwiss. Meister 2 Bde.
Gustav Fischer-Verlag, Jena 1924

Meadows, D., D. Meadows,
E. Zahn, P. Milling: Die Grenzen des Wachstums.
Deutsche Verlags-Anstalt Stuttgart 1972

Pearl, R.: The biology of population.
New York, 1925

Müntzing, A.: Vererbungslehre.
Stuttgart 1958

Penck, A.: Die Tragfähigkeit der Erde. In: Lebensraumfragen europäischer Völker.
Quelle u. Meier-Verlag, Leipzig 1941

Pulte, P.: Die Bevölkerungslehre.
Olang-Verlag, München-Wien 1972

Rensch, B.: Homo sapiens - Vom Tier zum Halbgott.
Vandenhoek u. Ruprecht-Verlag, Göttingen 1959

Rensch, B.: Biophilosophie.
Gustav Fischer-Verlag, Stuttgart 1968

Schade, H.: Kulturentstehung und Kulturablauf als bevölkerungsbiologisches Problem.
Homo 5, H. 2 - 4, 1954

Schade, H.: Ergebnisse einer Bevölkerungsuntersuchung.
Akademie der Wissenschaften und der Literatur.
Franz Steiner-Verlag, Wiesbaden 1950

Schade, H.: Sozial-anthropologische Ergebnisse einer Zensusuntersuchung.
Homo 11, H. 1 - 2, 1960

Schenk, P.: Krankheit und Kultur im Leben der Völker.
Georg Thieme-Verlag, Leipzig 1942

Schubnell, H.: Der Geburtenrückgang in der Bundesrepublik Deutschlands.
Schriftenreihe des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit.
Bd. 6, 1973

Schwarz, K.: Kinderzahl der Ehen bei den Fortpflanzungsverhältnissen 1966 und 1972.
Wirtschaft und Statistik 1974, H. 5, S. 303

Schwarz, K.: Die Bedeutung der Veränderung von Geburtenhäufigkeit und Sterblichkeit für die Entwicklung und den Altersaufbau der Bevölkerung.
Wirtschaft u. Statistik Nr. 3, 1967

Schwarz, K.: Demographische Grundlage der Raumforschungen und Landesplanung.
Jaenicke, Hannover 1972

Schwarz, K.: Entwicklungstendenz der Zahl älterer Menschen.
Ärztliche Praxis XXV, 99, 1973

Schwenk, H.: Wörterbuch demographischer Grundbegriffe Dtsch.
Akademie für Bevölkerungswissenschaft an der Universität Hamburg.
Hofmann-Druck, Augsburg 1960

Schwidetzky, I.: Grundzüge der Völkerbiologie.
Enke-Verlag, Stuttgart 1950
Schwidetzky, I.: Das Problem des Völkertodes.
Enke-Verlag, Stuttgart 1954
Spengler, O.: Der Untergang des Abendlandes. 2 Bde.
C.H. Beck'sche Verlagsbuchhadlung, München 1923
Taylor, G.R.: Die biologische Zeitbombe.
Fischer, Frankfurt a.M. 1969
Taylor, G.R.: Das Selbstmordprogramm.
Fischer, Frankfurt a. M. 1971
Wagemann, E.: Menschenzahl und Völkerschicksal.
Wolfgang Krüger Verlag, Hamburg 1948
Wander, H.: Beziehung zwischen Bevölkerung und Industrialisierung in den Entwicklungsländern.
Die Weltwirtschaft I, 1971
Wander, H.: Wirtschaftliche Konsequenzen des Geburtenrückganges in Westeuropa.
Vortr. auf d. Jahrestag d. Dtsch. Ges. f. Bevölkerungswissenschaft Arnoldshain 1971
Winkler, W.: Demometrie
Duncker & Humblot-Verlag, Berlin 1969
Winkler, W.: Mehrsprachiges demographisches Wörterbuch.
Dtsch. Akademie für Bevölkerungswissenschaft 1960
Witthauer, K.: Verteilung und Dynamik der Erdbevölkerung.
Verlag: H. Haack, Geographisch-Kartographische Anstalt Gotha, Leipzig 1969
Wagemann, E.: Narrenspiegel der Statistik.
Leo Lehnen-Verlag, München 1950
Wirtschaft und Statistik
Monatsschrift des Statistischen Bundesamtes
Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland.
W. Kohlhammer
Stuttgart u. Mainz, 1971
Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik
Staatsverlag Berlin, 1971
Statistisches Jahrbuch für die Republik Oesterreich
Österreichische Staatsdruckerei, Wien 1971
Statistisches Jahrbuch der Schweiz.
Eidgenössisches Statistisches Amt.
Birkhäuser-Verlag, Basel 1971
Demographic Yearbook
U.N. New York
Ausländische Arbeitnehmer 1970
Hrsg. u. Verlag: Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg 1971

Schriften der Deutschen Akademie für Bevölkerungswissenschaften, in Hamburg.
Reihe A
Statistische Methoden und Materialien für Demographen, Bd. I
Nr. 9, 1966
Statistische Methoden und Materialien für Demographen, Bd. II
Nr. 10, 1967
Die Demographische Bedeutung der Steuerung der Menschlichen Fruchtbarkeit.
Arbeitstagung Kirkel, 1967
Nr. 11, 1968
Bedingungen und Auswirkungen einer sich ändernden Alters-Struktur
Arbeitstagung Kirkel, 1968
Nr. 12, 1969
Ausgewählte Themen zu den räumlichen Aspekten der Demographie.
Arbeitstagung Kirkel, 1970
Nr. 14, 1970

Schriften der Akademie für Staatsmedizin in Hamburg.
Zur Entwicklung und Organisation des Gesundheitswesens in Sowjet-Rußland in osteuropäischen Volksdemokratien und in der DDR.
Herausgegeb. v. Prof. Dr. Dr. Hans Harmsen

Beiträge zur Entwicklung der Bevölkerung in der Sowjetunion und in Mitteldeutschland.
Bd. 9, 1957

Beiträge zur Bevölkerungsentwicklung, Sowjetrußlands, Osteuropäischer Volksdemokratien und Mitteldeutschlands unter besonderer Berücksichtigung des Abortproblems.
Bd. 16, 1961

Wandel der Bevölkerungsdynamik im Europäischen Ostraum.
Bd. 28, 1965

Die neuen Ehe- und Familiengesetze in der DDR, Polen und in der Tschechoslowakei.
Bd. 37, 1967

Die Demographischen Auswirkungen der erweiterten Legalisierung der Schwangerschaftsunterbrechung in den Ostblock-Staaten und in Mitteldeutschland.
Bd. 41, 1968

Das Gesetz über die Unterbrechung der Schwangerschaft vom 9.3.1972 der DDR und flankierende Maßnahmen zur Förderung der Geburtenentwicklung der berufstätigen Mutter und junger Ehen
Bd. 61, 1972

Zur Bevölkerungsentwicklung in der UdSSR und den anderen Ostblockstaaten 1960 – 1970.
Bd. 62, 1972

Strukturwandel der Bevölkerung der BRD und DDR 1960 – 1970 und in den kommenden Jahrzehnten
Bd. 63, 1972

Die Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland. Ursachen und Auswirkung ihrer Mobilität und deren Bedeutung für die Bevölkerungsvorgänge.
Bericht über die Jahresarbeitstagung der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft in Arnoldshain/Taunus 1972

Ernst, H.: Soziale und wirtschaftliche Probleme der Beschäftigung von Ausländer.

Hoffmann-Nowotny, H.J.: Determinanten des Widerstandes gegen Integration und Mobilität von Fremdarbeitern.
Eine Analyse am Beispiel der Schweiz.

Jürgens, H.W.: Die Mobilität der Ausländer als Faktor wirtschafts- und sozialpolitischer Zielsetzung und Maßnahmen in der Bundesrepublik.

Oehlert, H.-G.: Der Einfluß der Ausländer auf die Geburtenhäufigkeit im Bundesgebiet.

Schubnell, H.: Möglichkeiten bevölkerungswissenschaftlicher Beiträge zur Lösung von Ausländerproblemen.

Schwarz, K.: Die Ausländer im Bundesgebiet im Spiegel der Bevölkerungsstatistik
und andere Beiträge.

XIII. SACHVERZEICHNIS

Völkerflut

bedeutet in der Weltgeschichte einmalig schnelles Anwachsen von Völkern. Manchen von ihnen droht Hungertod; weder Macht noch Hilfe werden ihn bezwingen können.

Völkerschwund

läßt selbst bei geringem Geburtenüberschuß Völker sich binnen weniger Generationen entscheidend vermindern. Schwund ist oft die Folge von Selbstaufgabe. Sie führt zur Unterwanderung, politisch zur Auflösung.

Im Weltbevölkerungsjahr 1974

warnt der Bevölkerungswissenschaftler die Welt zum letzten Mal, ehe es zu spät ist.